



**PROTOKOLL DES AUßERORDENTLICHEN
BUNDESPARTEITAGES DER SPD**

WIESBADEN, 22. APRIL 2018

RHEINMAIN CONGRESSCENTER WIESBADEN

**EINE NEUE ZEIT BRAUCHT
EINE NEUE POLITIK.**

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----|
| Tagesordnung..... | 3 |
| Geschäftsordnung | 4 |
| Eröffnung und Begrüßung | 6 |
| Konstituierung..... | 12 |
| Grußwort des Oberbürgermeisters von Wiesbaden | 18 |
| Grußwort des Vorsitzenden der Partido Socialista Obrero Español (PSOE)..... | 22 |
| Rede des kommissarischen Vorsitzenden der SPD | 25 |
| Vorstellung der Kandidatinnen für den Parteivorsitz..... | 30 |
| Befragung der Kandidatinnen für den Parteivorsitz | 46 |
| Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission..... | 55 |
| Wahl des/der Parteivorsitzenden..... | 55 |
| Antragsberatung IA4..... | 57 |
| Antragsberatung IA3..... | 63 |
| Wahlergebnis der Wahl der Parteivorsitzenden..... | 65 |
| Bericht der Antragskommission | 68 |
| Antragsberatung Leitantrag IA1 und IA6 | 72 |
| Dank an Martin Schulz | 100 |
| Schlusswort der Parteivorsitzenden | 106 |
| Delegierte | 108 |
| Delegierte mit beratender Stimme | 122 |
| Rednerinnen und Redner | 123 |

Tagesordnung

11.00 Uhr

Eröffnung

Thorsten Schäfer-Gümbel, Landesvorsitzender der SPD Hessen

Konstituierung

- Wahl des Parteitagspräsidiums
- Beschlussfassung über die Tagesordnung
- Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
- Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Grußworte

- Sven Gerich, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Pedro Sánchez, Generalsekretär der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE)

Rede

Olaf Scholz, kommissarischer Vorsitzender der SPD

Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Wahl des/der Parteivorsitzenden

Bericht der Antragskommission

Antragsberatung

Dank an Martin Schulz

16.00 Uhr

Schlusswort

Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut § 15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrates haben auf dem Parteitag Rederecht. Die Vorsitzenden bzw. benannten Vertreter/Vertreterinnen der nahe stehenden Organisationen haben auf dem Parteitag Rederecht zu ihren Anträgen nach § 22 Abs. 3 Organisationsstatut.
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist. Die Beschlussunfähigkeit wird nur auf Antrag festgestellt. Solange die Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist, gilt der Parteitag als beschlussfähig.
3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt.
4. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt drei Minuten.
5. Die Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen, unter Beachtung der Geschlechterquote, das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen und werden in eine Redner/innenliste eingetragen, die vom Plenum aus gesehen werden kann. Berichterstatter/Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
6. Die Berichterstatter/Berichterstatterinnen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher/die Sprecherin der Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals das Wort, und äußert er/sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.
7. Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 50 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden. Der Parteivorstand hat ein eigenes Initiativrecht.
8. Änderungsanträge, die nach Ablauf der Antragsfrist des § 22 Abs. 1 Organisationsstatut eingegangen sind, sind nur zulässig, wenn sie von stimmberechtigten Parteitagsdelegierten mündlich begründet werden und sich auf den Text behandelte Anträge beziehen. Wesentliche und umfangreiche Änderungen vorliegender Anträge müssen schriftlich rechtzeitig vor der

Abstimmung eingebracht werden. Die Entscheidung darüber, welcher Änderungsantrag als wesentlich und umfangreich zu qualifizieren ist, trifft das Parteitagepräsidium.

9. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/ Diskussionsrednerinnen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt drei Minuten.
10. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner/eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.
11. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.
12. Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein und von einem Saalmikrofon gestellt werden, wenn der Redner/die Rednerin dies zugelassen hat. Die amtierende Tagungsleitung kann im Anschluss an einen Debattenbeitrag eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die der Redner/die Rednerin kurz antworten darf.
13. Die Schatzmeisterei erstellt einen Vorschlag zur Zusammensetzung der Mandatsprüfungs- und Zählkommission (MPZK), welcher durch den Parteitag beschlossen wird.

Protokoll des außerordentlichen Bundesparteitags der SPD am 22.4.2018 in Wiesbaden

Tagungsort: RheinMain CongressCenter

Motto: EINE NEUE ZEIT BRAUCHT

EINE NEUE POLITIK.

Beginn: 11.14 Uhr

Eröffnung und Begrüßung

Thorsten Schäfer-Gümbel, stellvertretender Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ein herzliches Willkommen hier in Wiesbaden, der Landeshauptstadt von Hessen, in einer wunderbaren neuen Halle.

(Beifall)

Ich bin wirklich stolz darauf, dass wir zur zweiten Veranstaltung überhaupt in dieser Halle sein können und die SPD damit unter den ersten Gästen ist, mit denen diese neue Halle ihre Arbeit aufnehmen kann. Deshalb bin ich sehr froh, euch alle, Sie alle in Wiesbaden begrüßen zu können.

Liebe Genossinnen und Genossen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Mitglieder unserer Partei sind der größte Schatz, den die Sozialdemokratische Partei hat. Das hat sich in den letzten Wochen und Monaten wieder mal bewiesen.

(Beifall)

Deswegen möchte ich die Begrüßung auf dem außerordentlichen Parteitag in Wiesbaden in diesem Jahr auch ein bisschen anders gestalten.

Ich will zuallererst Stefan Engel, den Juso-Landesvorsitzenden von Sachsen und Ortsvereinsvorsitzenden von Dresden-Pieschen, begrüßen

(Beifall)

und dazu passend alle ehemaligen Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, die ganz sicherlich auch mal Ortsvereinsvorsitzende gewesen sind. Lieber Rudolf, lieber

Kurt, lieber Franz, lieber Sigmar, lieber Martin, ein ganz herzliches Willkommen, schön, dass ihr da seid!

(Beifall)

Ich darf ganz herzlich Sanaa Boukayeo begrüßen, Genossin aus Rüsselsheim, die für den Opel-Betriebsrat arbeitet, und dazu passend die Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaften, stellvertretend den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes Reiner Hoffmann. Ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Ich darf begrüßen Jasmina Hostert aus Baden-Württemberg,

(Beifall)

die „Alleinerziehend & laut“ mitgegründet hat, und dazu passend alle Sozial- und Familienverbände, stellvertretend die Präsidentin des Sozialverbandes VdK, Ulrike Mascher. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Die Sozialdemokratische Partei ist Kommunalpartei. Deswegen darf ich herzlich begrüßen Sophia Schiebe und Kai Dolgner, die in Kiel und in Rendsburg-Eckernförde bei der Kommunalwahl antreten.

(Beifall)

Erfolgreiche Oberbürgermeister wie den Wiesbadener Sven Gerich und den Mainzer Michael Ebling darf ich ebenfalls begrüßen. Ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Ich darf ganz herzlich den Firmengründer und langjährigen Firmeninhaber Claus Wisser begrüßen und damit alle Vertreter aus Wirtschaft und Unternehmen - herzlich willkommen! -

(Beifall)

sowie viele weitere Gäste aus Kirchen, gesellschaftlichen Gruppen, Kulturschaffende und viele andere mehr. Ihnen allen ein ganz herzliches Willkommen auf unserem außerordentlichen Parteitag in Wiesbaden!

(Beifall)

Einen besonderen Gruß möchte ich an unsere internationalen Gäste auf diesem Parteitag ausrichten, stellvertretend an eine große Juso-Delegation, die im Rahmen einer internationalen Konferenz in den letzten Tagen hier in Hessen getagt hat, aber auch an den Vorsitzenden unserer Schwesterpartei von Spanien, Pedro Sánchez, und an Sergei Stanishev, den Vorsitzenden der SPE. Ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Fast am Ende der Begrüßung möchte ich einen wirklich wichtigen Gruß in diesen Tagen und Wochen aussprechen an die Gäste der Sozialdemokratischen Schwesterparteien aus der Türkei, der CHP und der HDP. Ihr habt unsere Solidarität in diesen schweren Tagen und Monaten. Wir wünschen euch viel Erfolg bei den Wahlen im Juni!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, da wir die Partei der Arbeit sind, möchte ich einen besonderen Gruß am Anfang dieses Parteitags an all diejenigen richten, die bei der Technik, der Verpflegung und der Sicherheit dafür sorgen, dass dieser Parteitag einen super Ablauf haben wird. Einen herzlichen Dank an all diejenigen, die am heutigen Sonntag für uns arbeiten müssen!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, der letzte Parteitag ist noch nicht lange her. Ich finde, wir tun gut daran, es auch nicht zur Regel zu machen, dass wir uns alle paar Wochen zu einem neuen außerordentlichen Parteitag treffen. Auch wenn ich euch alle gerne wiedersehe.

(Beifall)

Aber dieser letzte Parteitag ist mir auf eine besondere Weise in guter Erinnerung geblieben. Ein Parteitag, in dem wir um das beste Argument und den besten Weg intensiv gerungen haben. Ein Parteitag, der im wechselseitigen Respekt nach den besten Lösungen für die Sozialdemokratische Partei und das Land gesucht hat. Ein Parteitag, der mich nicht nur stolz gemacht hat in der Art und Weise, wie wir miteinander diskutiert haben, sondern der trotz aller Schwierigkeit in der Diskussion und der Entscheidung die Partei deutlich zusammengeführt hat. Das finde ich wirklich gut und hoffe, dass das auf dem heutigen Parteitag in gleicher Weise funktionieren kann.

(Beifall)

Wir haben nach diesem letzten Parteitag in Koalitionsverhandlungen einen Koalitionsvertrag ausgehandelt. Und wir haben mit unserem Mitgliedervotum mit klarer Mehrheit entschieden, dass wir dem Koalitionsvertrag zustimmen. Wir haben danach eine Regierungsmannschaft gebildet und haben die Arbeit in der neuen Großen Koalition aufgenommen.

Aber es gab nach dem letzten Parteitag auch schwierige Tage und in diesem Kontext auch viel Kritik an der Parteiführung - in manchen Punkten ausdrücklich zu Recht. Wir haben das in vielen Regionalkonferenzen und Veranstaltungen in den letzten Wochen und Monaten miteinander diskutiert, von der Bundestagswahl an bis zu den letzten Wochen. Aber wir haben, mit der Kritik umgehend, insbesondere in der Parteiführung, in den letzten Wochen ein Klima herstellen können, in dem das Mannschaftsspiel wieder deutlich nach vorne gerückt ist. Das ist ein guter Anfang für das, was wir uns an langem Weg der Erneuerung für die SPD vorgenommen haben.

(Vereinzelt Beifall)

Mein Wunsch ist, liebe Genossinnen und Genossen, dass vor allem eines im Rahmen der Erneuerung unserer Partei klar wird: Ich will, dass es in Zukunft in unserer Partei kein Wir oder Ihr mehr gibt, denn nur gemeinsam sind wir stark.

(Beifall)

Ich bin stolz, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir am heutigen Tag nach fast 155 Jahren erstmals eine Frau an die Parteispitze wählen. Das ist für die SPD ein guter Tag, das ist für die Demokratie ein guter Tag.

(Beifall)

Aber ich hoffe genauso, dass danach auch die Einheit der Partei in den Vordergrund gerückt wird mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen, die wir in diesem Jahr vor uns haben. Die Erneuerung der Partei - und darüber werden wir heute auch diskutieren - muss vor allem eine programmatische Erneuerung sein. Wir müssen dabei endlich die Handbremse lösen. Ich finde, dass mit dem, was in den letzten Wochen auch im Parteivorstand im Gespräch mit vielen in den Landesverbänden und -bezirken entstanden ist, ein guter Anfang gemacht ist. Der zentrale Dreh- und Angelpunkt dieser Erneuerung gerade in einer Zeit des Wandels muss aus meiner Sicht sein, dass das, was uns seit den Gründungstagen ausmacht, wieder gilt: dass aus technischem Fortschritt sozialer Wohlstand für alle wird. Das ist der Kernanspruch der sozialdemokratischen Idee, der heute so aktuell ist wie in den Gründungstagen.

(Beifall)

Ich habe es eben schon gesagt, liebe Genossinnen und Genossen: Wir stehen vor schwierigen Landtagswahlen in Bayern und in Hessen. Ich will mit Blick auf die bayrische Landtagswahl, die zwei Wochen vor der hessischen stattfindet, am 14. Oktober, Natascha Kohnen als Spitzenkandidatin der bayrischen SPD die volle Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei zusagen.

(Beifall)

Da ihr heute in Hessen seid, erlaube ich mir, ein paar Bemerkungen zur hessischen Landtagswahl und darüber hinaus zu machen. Auch weil ich gestern mehrfach gefragt wurde, ist da in Hessen überhaupt was möglich. Ich will das mit aller Zuversicht und auch mit Selbstbewusstsein sagen, liebe Genossinnen und Genossen: Die hessische SPD hat inzwischen knapp 56 000 Mitglieder. Wir sind die mit Abstand stärkste und größte Partei in Hessen. Wir haben viele Genossinnen und Genossen in Nordhessen und in Südhessen. Aber was wir seit 2008 ganz besonders gelernt haben, ist, dass Gemeinsame, das Wir in den Vordergrund zu rücken.

So ist es uns in den letzten Jahren nach einem schwierigen Neuanfang gelungen, Stück für Stück sozialdemokratische Gestaltungsräume zurückzugewinnen. Inzwischen stellt die hessische Sozialdemokratie wieder neun von zwölf Oberbürgermeistern in Hessen. Wir stellen 13 von 21 Landräten

(Beifall)

und das teilweise wirklich unter schwierigsten Rahmenbedingungen, wenn ich mir Oberbürgermeisterwahlen wie in Rüsselsheim oder in Offenbach in den letzten Jahren anschau. Wenn dann als I-Tüpfelchen in den letzten Wochen eine erfolgreiche Oberbürgermeisterwahl in der größten und zentralsten Stadt in Hessen, in Frankfurt am Main, gelingt, dann ist das eine gute Voraussetzung.

Ich will das einfach einmal sagen, liebe Genossinnen und Genossen. Die CDU-Herausforderin unseres Oberbürgermeisters Peter Feldmann hat am Ende 16 von 490 Wahlkreisen gewinnen können. Wir haben einen so fulminanten Sieg in Frankfurt, in der mit Abstand größten Stadt unseres Landes, erzielt, in einem wirklich schwierigen Umfeld rund um die Verhandlungen zum Koalitionsvertrag. Das letzte Mal haben uns 4 000 Stimmen gefehlt. Diesmal, bin ich sicher, werden wir 4 000 Stimmen zu viel haben, um eine eigenständige sozialdemokratisch geführte Landesregierung in Hessen umzusetzen.

(Beifall)

Diese Zuversicht, liebe Genossinnen und Genossen, resultiert auch daraus, dass wir programmatisch gut aufgestellt sind. Wir erleben in diesen Tagen, dass Schülerinnen und Schüler vor der Landesregierung gegen Unterrichtsausfall protestieren; dass immer mehr Menschen die Schnauze voll haben davon, dass sie in überfüllten Zügen und auf übervollen Straßen stehen; dass explodierende Mieten das Wohnen zur sozialen Frage des nächsten Jahrzehnts machen. Wir haben dazu Antworten. Dazu kommt aber, liebe Genossinnen und Genossen, dass Hessen auch ein Land ist, in dem wir dringend eine politische Erneuerung brauchen. Hessen ist das einzige Bundesland, in dem es nicht gelungen ist, einen Untersuchungsausschuss im Landtag zur Aufklärung der NSU-Mordserie gemeinsam einzusetzen, weil sich am Ende die Grünen verbeugt haben vor der Entscheidung der hessischen Union und vor Volker Bouffier, die keine Aufklärung über einen Untersuchungsausschuss wollten.

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist nur ein Beispiel von vielen, die deutlich machen, wo wir auch in den politischen Grundsatzfragen in Hessen auseinanderliegen. Dass am vergangenen Freitag Schwarz-Grün den Big-Brother-Award für das neue Verfassungsschutzgesetz erhalten hat, als Negativauszeichnung, ist ein weiteres Indiz dafür, dass die Zeit für einen Wechsel in Hessen überreif ist. Nach 19 Jahren gehört die Union auf die Oppositionsbänke.

(Beifall)

Die hessische SPD und auch ich, wir spielen nicht auf Platz, wir spielen auf Sieg. Die Alternativen für die Hessinnen und Hessen sind relativ klar und einfach zu beschreiben. Entweder das Land wird von der Union geführt oder von uns. Das Land wird entweder von Volker Bouffier geführt oder von mir. Entweder es herrscht Rückschritt oder es herrscht Fortschritt. Das ist die Auseinandersetzung, die wir am 28. Oktober gewinnen wollen.

(Beifall)

Deswegen will ich zum Schluss ein wichtiges Anliegen ansprechen, das in den letzten Tagen nicht nur die Hessinnen und Hessen bewegt, sondern auch die Freundinnen und Freunde in Rheinland-Pfalz und in Thüringen in besonderer Weise. Das ist die Lage bei Opel.

Opel gehört zur Identität dieses Bundeslandes wie wenig Anderes. Opel ist neben VW der große Autohersteller in Hessen mit einer teilweise sehr bewegten Geschichte. Wir haben im letzten Jahr erlebt, dass mit dem Verkauf von Opel an PSA neue Chancen, neue Hoffnungen entstanden sind, unter anderem, weil die Beschäftigten viel dafür

getan haben, dass dieser Wechsel zustande kommt, und viel dazu eingezahlt haben, an dieser Stelle eine Zukunft für Opel zu schaffen.

Deswegen bin ich wirklich froh, dass mit dem Wirken auch über die Mitbestimmung über die Betriebsräte, aber vor allem auch der IG Metall - ich will an der Stelle ganz ausdrücklich Jörg Hofmann, den IG-Metall-Vorsitzenden, in unseren Reihen begrüßen -, wir wirklich Vieles auf den Weg gebracht haben, um Opel sicher zu machen, in Rüsselsheim, in Kaiserslautern und in Eisenach. Umso prekärer ist es für uns, jetzt zu erleben, dass all das, was in den letzten Jahren an Zusagen gemacht wurde, in Richtung der Beschäftigten, in Richtung der Zukunftsfähigkeit von Opel, jetzt durch die neue Unternehmensführung infrage gestellt wird, dass mit Drohungen und mit Missachtung von Verträgen versucht wird, alles aufzulösen, was im letzten Jahr verabredet wurde.

Aber wir sagen sehr klar gerade in dieser Situation: Herr Tavares, halten Sie sich an Ihre Zusagen. Und ich will das nicht nur für Herrn Tavares sagen, sondern für viele andere, egal, ob sie Joe Kaeser bei Siemens heißen, Tavares bei Opel oder O'Leary bei Ryanair: Es darf niemals ein Zweifel stehen, liebe Genossinnen und Genossen, daran, dass in solchen Situationen die Sozialdemokratie auf der Seite der Beschäftigten steht und der Zukunft ihrer Arbeitsplätze.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben euch dazu eine Resolution vorgelegt, um diese Unterstützung zu dokumentieren, die hiermit auch förmlich eingebracht ist und, hoffe ich, später auch größtmögliche Unterstützung erfährt als Zeichen der Solidarität.

Konstituierung

Am Ende muss ich jetzt noch formal den Parteitag konstituieren. Für das Tagungspräsidium auf dem außerordentlichen Bundesparteitag schlägt der Parteivorstand daher folgende Personen vor: Doris Ahnen, Niels Annen, Oliver Kaczmarek, Anke Rehlinger und Manuela Schwesig. Hierzu liegt euch die Tischvorlage 1 aus. Gibt es dazu Anmerkungen? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann bitte ich jetzt um Zustimmung zu diesem Tagungspräsidium mit euren Delegiertenausweisen. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Das scheint niemand zu sein. Wer enthält sich der Stimme? - Auch nicht. Dann ist das so entschieden, und ich wünsche uns jetzt einen guten Parteitag. - Herzlichen Dank.

Manuela Schwesig, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Thorsten, für deine engagierte Rede. Vielen Dank für die Gastfreundschaft von dir, deinem Landesverband. Wir, Genossinnen und Genossen, freuen uns auf den 28. Oktober. Dann haben die Bürgerinnen und Bürger hier in Hessen die Wahl, ob sie bei Rückschritt bleiben oder eben auf den Fortschritt setzen. Ich glaube, Thorsten hat deutlich gemacht, dass er der richtige Kandidat ist, dass er der richtige Ministerpräsident ist für dieses Land, ein starker, empathischer MP, der für die Zukunft steht. Dafür, Thorsten, hast du unsere volle Unterstützung. Wir freuen uns auf den Wahlkampf.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, auch von uns ein herzliches Willkommen. Wir haben in den letzten 13 Monaten fünf Parteitage zusammen bestritten. Wir haben als gemeinsam schon ganz gute Erfahrungen, und wir hoffen vom Tagungspräsidium und freuen uns auch darauf, dass wir auch diesen Parteitag gut meistern werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, bevor wir in die Formalien eintreten, möchte ich euch gerne vorschlagen, sofort die Resolution zu Opel abzustimmen. Thorsten hat eben sehr engagiert vorgetragen, dass die vielen Frauen und Männer, die bei Opel arbeiten, in Sorge sind. Von diesem Parteitag sollte gleich ganz am Anfang das Signal ausgehen, dass wir hinter den Beschäftigten stehen. Das ist die SPD, die SPD der Arbeit und derjenigen, die sich jeden Tag verrichten. Deshalb schlage ich euch vor, die Resolution sofort abzustimmen, um gleich mit einem guten Signal zu starten.

(Beifall)

Wenn ihr damit einverstanden seid, dann bitte ich euch um euer Kartenzeichen. Wer ist für die Resolution? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Das sehe ich nicht. Ein einstimmiges, starkes Signal von diesem Parteitag an die Beschäftigten bei Opel. Wir stehen hinter euch.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn ihr von diesem Parteitag, auf den ja ein großer Blick gerichtet ist, twittern wollt, dann nutzt den Hashtag „spdbpt“ und berichtet von diesem Parteitag.

Wir begrüßen natürlich auch alle Gäste, die heute dabei sind, und freuen uns jetzt, einzusteigen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Tagesordnung, die auf euren Tischen vorliegt. Dazu möchte ich einiges sagen.

Wir haben erstmals seit 1995 zwei Kandidatinnen auf dem Bundesparteitag. Thorsten hat es angesprochen: Viele von uns haben sich schon immer gewünscht, dass diese SPD auch mal von einer Frau geführt wird. Heute gibt es sogar zwei Kandidatinnen. Das zeigt, dass wir eine lebendige Partei sind und bereitstehen für die Erneuerung. Deshalb steht natürlich die Wahl der Parteivorsitzenden hier im Fokus dieses Parteitages. Beide Kandidatinnen haben sich zum Verfahren verständigt. Sie werden jeweils 30 Minuten zur Vorstellung haben, und dann besteht auch noch die Gelegenheit für Fragen. Dazu liegt euch auch ein abgestimmter Vorschlag vor, den wir im Kontext der Geschäftsordnung noch mal ganz genau miteinander besprechen, beraten und abstimmen. Das müssen wir nicht jetzt machen; ich wollte euch nur schon ankündigen, wie dieses Verfahren „Wahl der Parteivorsitzenden“ dann stattfindet. Das werden wir gleich noch einmal beim Thema Geschäftsordnung bereden.

Bevor wir dann in den Wahlgang eintreten, hören wir zwei Grußworte, und zwar von Sven Gerich als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden und von Pedro Sánchez, den Thorsten eben bereits begrüßt hat. Olaf wird dann als kommissarischer Parteivorsitzender zu uns sprechen, und dann kommen wir bereits in den Wahlgang mit den Vorstellungsreden und Fragemöglichkeiten an die Kandidatinnen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben gemeinsam die Aufgabe, dass dieser Parteitag respektvoll und fair miteinander über die Bühne geht. Wir haben auch - wie immer - den Spagat hier im Präsidium zu bewältigen, dass die Delegierten einerseits zu uns sagen - völlig zu Recht -, sie wollen Zeit haben, dass uns aber andererseits auch schon alle darauf hingewiesen haben, dass alle mit dem rechtzeitigen Ende um 16.00 Uhr geplant haben, zum Beispiel bezüglich der Züge. Das wollen wir zusammen hinbekommen. Dafür haben wir auch gemeinsame Spielregeln.

Wir werden nach der Wahl noch wichtige Anträge beraten. Ich nenne den Leitantrag zum Arbeitsprogramm, die Resolution zu Syrien, einen wichtigen Antrag zum Thema Wohnen und auch zu § 219.

Ihr seht: Das Programm für den heutigen Tag ist ziemlich voll. Wir wollen uns zum Abschluss auch bei Martin Schulz bedanken. Das wäre unser Vorschlag für den Ablauf des heutigen Parteitages. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um Zustimmung zur Tagesordnung. Vorher frage ich, ob es einen Antrag oder eine Wortmeldung gibt. - Das sehe ich. Ich habe eine Wortmeldung von Rolf Wiegand aus Berlin. Lieber Rolf, du hast da Wort. - Entschuldigung, ich habe hier eine andere Karte vorliegen. Es gibt einen anderen Genossen, der etwas vorstellen will.

Es wäre schön, wenn ihr mir vorher eine Karte gebt. Dann kann ich euch aufrufen.

Christian Haß, Berlin: Ich schlage vor, weil es ja doch eine sehr wichtige Wahl ist, dass nach der Vorstellung der Kandidaturen auch die Möglichkeit der Aussprache besteht. Ich halte nur reine Fragestellungen für nicht zielführend, selbst wenn gesagt wird, Genossinnen und Genossen, wir sind hier alle unter Zeitdruck. Das mag ja alles sein. Deswegen beantrage ich, dass dann eine entsprechende Aussprache stattfindet. Ich denke, das wäre auch Sinn eines Erneuerungsprozesses. Eine reine Tombola kenne ich vom Rummel, aber nicht vom Parteitag. Deswegen denke ich, wäre es sinnvoll, entsprechend so zu verfahren. - Schönen Dank.

(Beifall)

Manuela Schwesig, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir über das Verfahren, was zur Wahl der Parteivorsitzenden gehört - Vorstellungsmöglichkeiten, Fragemöglichkeiten, gegebenenfalls, wie der Genosse eben vorgetragen hat, Aussprachemöglichkeiten -, gleich in der Geschäftsordnung ganz entspannt und in Ruhe miteinander sprechen. Dafür nehmen wir uns auch Zeit, euch ohne Druck das Verfahren, das zwischen beiden Kandidatinnen abgestimmt ist, einmal vorzustellen. Dann können wir darüber sprechen und auch abstimmen.

Hier geht es um die Tagesordnung, die euch vorliegt. Schaut bitte noch mal drauf. Da steht erst einmal der Punkt „Wahl der Parteivorsitzenden“, und zu diesem Tagesordnungspunkt gehört eben ein Verfahren, das wir gleich in der Geschäftsordnung beraten und abstimmen. Deshalb wäre meine Bitte, dass wir jetzt diese Tagesordnung so, wie sie euch vorliegt, abstimmen. Ich bitte um Zustimmung.

Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich habe ehrlicherweise nicht einmal Gegenstimmen oder Enthaltungen gesehen, jedenfalls eine große Zustimmung. Vielen Dank, dann ist damit die Tagesordnung beschlossen.

Wir kommen dann zur Geschäftsordnung, wie ich es eben angekündigt habe. Wie gesagt, wir wollen uns Zeit miteinander nehmen und intensiv beraten, und wir wollen auch, dass möglichst viele zu Wort kommen. Aber dafür gilt auch, dass ihr die Redezeit, die in der Geschäftsordnung verankert ist, bitte einhaltet. Darauf werden wir hier wie immer achten.

Jetzt komme ich zum Verfahren für die Wahl der Parteivorsitzenden. Dieses Verfahren liegt für euch auf den Tischen. Das ist eine Tischvorlage. Bitte schaut jetzt mit mir gemeinsam darauf. Wir gehen es einmal ganz entspannt zusammen durch.

Ich will euch dazu im Vorfeld sagen: Es gibt bisher kein Verfahren, keines in der Satzung, wie es läuft, wenn wir mehrere Kandidaten haben. Es gibt auch keine Präzedenzfälle für den heutigen Tag. Deshalb hat sich der Parteivorstand Gedanken darübergemacht, wie das Verfahren gestaltet werden kann, und hat dieses Verfahren mit beiden Kandidatinnen - Simone Lange und Andrea Nahles - auch abgestimmt. Das ist das, was ich euch jetzt vorstelle.

Beide Kandidatinnen werden sich vorstellen. Sie haben für ihre Reden jeweils 30 Minuten Zeit. Die Kandidatinnen werden sich in alphabetischer Reihenfolge vorstellen, also zuerst Simone Lange, dann Andrea Nahles. Nach dieser Vorstellungszeit haben die Delegierten - die Delegierten, bitte! - die Möglichkeit, den Kandidatinnen Fragen zu stellen. Wir schlagen euch deshalb vor, dass wir den Kandidatinnen jeweils fünf Fragen stellen, für deren Beantwortung sie 7 Minuten Zeit haben. Hierfür haben wir Fragekarten produziert, auf die ihr eure Fragen an die Kandidatinnen notieren könnt. Schaut bitte auf eure Plätze. Ihr habt solche Karten. Die Karten enthalten die folgenden auszufüllenden Felder: Vorname und Name der Fragesteller, Landesverband/Bezirk/Unterbezirk, Frage an - da schreibt ihr bitte den Namen der Kandidatin rein -, und dann gibt es natürlich ein Feld für die Frage.

Was passiert mit diesen Fragekarten? Am Wortmeldetisch stehen mit den Namen der Bewerberinnen gekennzeichnete Boxen, in welche die Frage an die jeweilige Bewerberin eingeworfen wird. Im Anschluss an die Vorstellungsreden werden durch die Sprecherin der Mandatsprüfungs- und Zählkommission jeweils fünf Fragen gezogen. Hierbei sind mindestens zwei Fragen von weiblichen bzw. männlichen Fragestellenden zu ziehen. Gegebenenfalls sind so lange weitere Karten zu ziehen, bis eine quotierte Fragestellung erreicht ist. Die überzählig gezogenen Karten des überrepräsentierten Geschlechts werden nicht berücksichtigt.

Es geht noch weiter, liebe Genossinnen und Genossen.

Die auf diese Weise gezogenen Fragekarten werden von der Sprecherin der Mandatsprüfungs- und Zählkommission an das Tagungspräsidium übergeben. Dabei ziehen wir zuerst die Karten für Simone Lange. Das Tagungspräsidium verliest dann die fünf Fragen. Danach hat Simone 7 Minuten Zeit, die Fragen zu beantworten, und im Anschluss gibt es das gleiche Prozedere für Andrea. Es werden die fünf Fragen für Andrea Nahles gezogen und verlesen, und auch Andrea hat dann 7 Minuten Zeit, die fünf Fragen zu beantworten.

Das ist das Prozedere, das wir uns überlegt haben, das in einem Teil Vorstellungszeit enthält und im anderen Teil, dass ihr Fragen stellt und dass wir aus diesen Fragen eben Fragen ziehen, weil es zeitlich natürlich nicht möglich ist, alle Fragen zu stellen und auch zu beantworten. Das ist ein Verfahren, das wir uns gemeinsam überlegt haben, sehr fair, sehr transparent, und - noch einmal - das mit beiden Kandidatinnen abgestimmt ist.

Habt ihr noch Fragen zu diesem Vorschlag? - Das sehe ich nicht. Dann möchte ich gerne, dass wir zur Abstimmung kommen.

Wer ist mit - -

(Zuruf)

- Kleinen Moment! Wer? - Die Wortmeldung ist zurückgezogen.

Ich frage noch mal: Gibt es noch eine Wortmeldung zu diesem Verfahren?

(Zurufe)

– Wir hatten davor einen Antrag, der sich auf dieses Verfahren bezogen hat. Das war der Antrag, diese Fragen nicht nur zu stellen, sondern eben auch eine Aussprache zu ermöglichen. Das sieht unser vorgeschlagenes und abgestimmtes Verfahren nicht vor. Deshalb lasse ich zunächst darüber abstimmen, ob ihr möchtet, dass das noch zusätzlich dazukommt. Wer das möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Eine große Mehrheit ist dagegen. Also ist dieser Antrag zur Geschäftsordnung abgelehnt.

(Vereinzelt Beifall)

Weitere Anträge sehe ich nicht. Dann bitte ich euch um Zustimmung zu diesem Verfahren. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen. Vielen Dank dafür.

Ich möchte euch noch über den Antragsschluss informieren. Wir schlagen euch in Abstimmung mit der Antragskommission vor, den Antragsschluss für alle Initiativen und Anträge auf 11.50 Uhr zu legen. Ich bitte euch jetzt insgesamt um Zustimmung zur Geschäftsordnung. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch die Geschäftsordnung so miteinander beschlossen.

Dann kommen wir, liebe Genossinnen und Genossen, zur Wahl der Mandatsprüfungs-

und Zählkommission. Der Vorschlag für die Besetzung der Kommission liegt auf euren Plätzen; das ist die Tischvorlage 4. Wenn keine Einwände gegen den Vorschlag bestehen, bitte ich um Zustimmung mit dem Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann sind die Mitglieder der Mandatsprüfungs- und Zählkommission so bestätigt. Herzlichen Dank an alle, die bereit sind, mitzumachen. Die gewählten Mitglieder treffen sich bitte jetzt sofort. Der Treffpunkt ist von euch aus gesehen links neben dem Wortmeldetisch. Ihr werdet dort von der Genossin Annette Tönsmann in Empfang genommen und in den Raum der MPZK geführt. Noch einmal: Bitte jetzt treffen! Herzlichen Dank, dass ihr mitmacht.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zum Grußwort des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Wiesbaden. Lieber Sven Gerich, du hast das Wort.

(Beifall)

Grußwort des Oberbürgermeisters von Wiesbaden

Sven Gerich, Oberbürgermeister von Wiesbaden: Einen wunderschönen guten Morgen hier in Wiesbaden, liebe Genossinnen und Genossen! Herzlich willkommen in unserem neuen Messe- und Kongresszentrum! Herzlichen willkommen im RMCC, das wir in der vergangenen Woche eröffnen durften! Ich bin sehr stolz darauf, dass ihr es seid, liebe Genossinnen und Genossen, die nach einem Abend für Ehrenamtliche, einer akademischen Feier, einem Wochenende der offenen Tür und einer ausverkauften Zaubershow die Ersten seid, die hier tagen, die Ersten seid, die hier diskutieren, die Ersten seid, die hier wichtige Beschlüsse fassen und damit unser neues Kongresszentrum als Erste als Tagungsort benutzen.

Es ist für mich dementsprechend ein doppeltes Zeichen, dass ihr nach Wiesbaden gekommen seid. Die älteste und die stolzeste Partei Deutschlands kommt zur Bestimmung ihrer eigenen Zukunft in Deutschlands neues und modernstes Kongresszentrum seiner Art. Ihr kommt damit in eine Stadt, in der die Sozialdemokratie vor etwas mehr als zehn Jahren so tief gesunken war, wie man dies niemals für möglich gehalten hätte, in eine Stadt, in der die SPD sich aber nichtsdestotrotz wieder herangekämpft hat.

Liebe Genossinnen und Genossen, für uns war damals, vor etwas mehr als zehn Jahren, nichts mehr selbstverständlich. Die Wiesbadenerinnen und Wiesbadener haben uns ausgelacht und im ernsthaften Gespräch miteinander kein Stück Brot von

uns angenommen. Ihr könnt euch sicher sein: Das sind keine schönen Erinnerungen. Aber wir haben uns den Mund abgewischt, haben uns neu sortiert, haben uns zusammengerissen, sind zu jeder noch so kleinen Veranstaltung gegangen, haben Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Organisationen geschmiedet, Termine gerobbt, Präsenz vor Ort gezeigt.

Wir haben die Menschen in unserer Stadt gefragt, was sie von ihrer Stadt erwarten, wie sie sich ihre Stadt vorstellen, und, liebe Genossinnen und Genossen, langsam – ganz langsam – haben wir Vertrauen zurückgewonnen. Das haben wir geschafft, weil wir zu den Menschen gegangen sind, weil wir zugehört haben und weil wir niemals etwas versprochen haben, was wir nicht halten konnten.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, das hat sich alles gelohnt. Wir konnten zwischenzeitlich eine Oberbürgermeisterwahl gewinnen, stellen, wenn auch knapp, die stärkste Fraktion im Rathaus, stellen den Stadtkämmerer, den Sozialdezernenten und 17 von 26 Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern.

(Beifall)

Dennoch ist auch bei uns nicht alles Gold, was glänzt. Unser Ergebnis ist kein Höhenflug, und auch in der hiesigen Stadtpolitik machen wir in einem Kenia-Bündnis natürlich Kompromisse. Ja, Genossinnen und Genossen, manchmal tun die auch weh. Ich will hier auch nicht als Oberlehrer stehen. Ich will euch damit nur sagen, dass es hier vor Ort ganz konkret gelungen ist, einen massiven Niedergang zu stoppen, den Trend umzukehren. Und, liebe Genossinnen und Genossen, ich will euch Mut machen. Ich glaube, was im Kleinen geht, das kann uns gemeinsam auch im Großen gelingen.

(Beifall)

Das, was wir hier in der hessischen Landeshauptstadt geschafft haben, ist, dass uns die Menschen wieder mehr Vertrauen entgegenbringen, dass sie uns, Genossinnen und Genossen, vor Ort wieder Glauben schenken. Sie vertrauen uns. Sie vertrauen uns, dass wir jeden Tag unser Bestes für diese Stadt geben und über die Verbesserung des täglichen Lebens nicht nur in Sonntagsreden schwadronieren, sondern dass wir im täglichen Tun ernsthaft daran arbeiten,

(Vereinzelt Beifall)

dass wir daran arbeiten, Wohnungen zu bauen, um die Mieten auf ein erträgliches Maß zu drücken, dass wir Elektrobusse anschaffen und eine Citybahn bauen, um eine

gesunde und umweltverträgliche Mobilität in der verstopften Innenstadt zu gewährleisten. Und sie vertrauen uns, dass wir eine Schule nach der anderen, ein ums andere Bürgerhaus und unzählige Sporthallen sanieren und neu bauen, damit wir den Verfall der örtlichen Infrastruktur endlich stoppen.

(Beifall)

Der eine oder andere von euch wird sagen, das sind Kleinigkeiten. Das ist nicht der große Wurf, werdet ihr einwenden. Das ist doch täglich Brot, mag man meinen. Nein, Genossinnen und Genossen, das ist es nicht. Denn genau das ist es, was die Menschen in unseren Städten von uns erwarten. Sicher: Es gibt keine praktische Politik ohne eine Idee, keine praktische Politik ohne eine innere Überzeugung, keine praktische Politik ohne einen Überbau, ohne auch eine große Vision. Aber, Genossinnen und Genossen, bitte nicht nur große Politik! Bitte mehr zu den Menschen gehen, bitte verlorengegangenes Vertrauen neu aufbauen!

(Beifall)

Und auch das muss gesagt sein: Wenn sich unser Unterbezirk dann an das Willy-Brandt-Haus wendet mit der Frage, wer sich denn vom Bundesvorstand vorstellen könnte, am Samstag in einem wichtigen Wahlkampf in den unterschiedlichsten Stadtteilen für Hausbesuche zur Verfügung zu stehen, und wir bekommen nicht eine einzige Person genannt, dann frage ich mich – ich glaube, zu Recht –, wozu Leiteträger denn dienen, wenn wir nachher alle schulterklopfend nach Hause fahren, aber die Menschen da draußen von unserer Filterblase auf den Parteitag im wahren Leben überhaupt nichts mehr mitbekommen.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, wir taten immer gut daran, wenn wir das echte Leben da draußen, draußen auf der Straße, in den Fokus unserer täglichen Arbeit, in den Fokus unserer Politik gerückt haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben im zurückliegenden Jahr viel diskutiert, uns mit uns selbst beschäftigt und, ja, uns gestritten. Das hat uns alle viel Kraft gekostet und war sicher nicht die beste Werbung in eigener Sache. Aber wir haben jetzt ein Ergebnis. Lasst uns bitte diesen Parteitag, verdammt noch mal, zum Anlass nehmen, uns auf unsere Werte und auf unsere Stärken zu besinnen und mit neuer Geschlossenheit nach vorne zu blicken. Es liegt nämlich an uns, die Menschen da draußen davon zu überzeugen, dass diese Republik eine starke Sozialdemokratie dringender braucht als vielleicht jemals zuvor.

(Beifall)

Nehmt dabei von einem Nichtdelegierten und demütig zu euch sprechenden Oberbürgermeister einer kleinen Großstadt eine Bitte mit in die heutigen Beratungen: Bei aller Wichtigkeit von dicken Antragspaketen dürfen wir die Menschen und ihre elementaren Bedürfnisse nach einem sozialen und sich kümmernden Staat nicht vergessen.

(Beifall)

„Die wahren Revolutionäre sind für mich immer noch die Reformer“: Ihr werdet das Zitat kennen. Seid genau in diesem Sinne als Revolutionäre herzlich willkommen in der Landeshauptstadt. Herzlich willkommen hier in Wiesbaden! Ich wünsche euch gute Beratungen, gute Ergebnisse. – Glück auf!

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Lieber Sven, vielen Dank für dein Grußwort und auch für die mahnenden Worte. Wir freuen uns, dass wir hier bei dir zu Gast sein dürfen, bei einer so erfolgreichen SPD mit einem so erfolgreichen Bürgermeister. Herzlichen Dank dafür und auch von meiner Seite noch mal einen schönen guten Tag!

Genossinnen und Genossen, bevor wir jetzt gleich zum dem Grußwort unseres europäischen Gastes kommen, will ich doch noch einmal kurz die Gelegenheit nutzen, um Udo Bullmann zu gratulieren. Udo ist nämlich als Vorsitzender der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament gewählt worden. Udo, wir freuen uns und gratulieren dir. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Da wir beim Thema Europa sind: Unser Gast ist schon angekündigt worden, der Vorsitzende unserer spanischen Schwesterpartei, Oppositionsführer Pedro Sánchez. Wir freuen uns sehr, Pedro, dass du bei uns bist. Das ist ein Zeichen der Verbundenheit, der Solidarität, und deswegen freuen wir uns, dass du zu uns sprechen wirst. Compañeras, compañeros, es un gran honor dar la bienvenida al Secretario General del Partido Socialista Obrero Español. Pedro, tienes la palabra.

(Beifall)

Grußwort des Vorsitzenden der Partido Socialista Obrero Español (PSOE)

Pedro Sánchez, Parteivorsitzender der PSOE: (Simultanübersetzung) Guten Tag! Liebe Andrea, liebe Simone, lieber Martin, lieber Sigmar, es ist eine große Freude, hier bei euch auf diesem Kongress zu sein. Recht herzlichen Dank für eure Einladung!

In meinem Büro in Madrid, im Hauptbüro der Partei, habe ich ein großes Bild an der Wand hängen. Dieses Bild zeigt einen wichtigen Moment. Präsident Kennedy und Willy Brandt, damals Bürgermeister von Berlin, grüßen zusammen von einem Auto aus die Menschen, die auf der Straße stehen. Das ist ein ganz berühmtes Bild davon, als der amerikanische Präsident 1961 in Berlin war, in einer Stadt, die von einer Berliner Mauer noch getrennt war. Ich möchte euch sagen, dass dieses Bild sehr hilfreich ist, um das Eis zu brechen, wenn ich Leute in meinem Büro treffe. Ich beginne immer damit, dass es ein ganz tolles Bild ist, auf dem zwei Führungspersönlichkeiten zu sehen sind, die optimistisch in die Zukunft schauen.

Das Inspirierendste dieses Bildes ist für mich aber nicht das Bild der Führungspersönlichkeiten, sondern die Menge der Personen, die sich an der Straße ansammeln. Das war zu einer Zeit, als wir viel Ungewissheit hatten. Es war mitten im Kalten Krieg, und in den Gesichtern sieht man keine Angst, keine Furcht, sondern man sieht Gefühle: Vertrauen, Entschlossenheit, Optimismus und vor allem Hoffnung.

(Beifall)

Das ist genau das, was die Sozialdemokratie immer gezeigt hat für die Menschen in Spanien und Europa, nämlich Hoffnung. Wenn die Hoffnung versagt, wenn die Menschen nicht mit Optimismus in die Zukunft schauen, sondern Angst haben und resigniert sind, dann sind die Einzigen, die davon profitieren, die, die Rezepte aus der Vergangenheit versprechen, und deshalb können wir es nicht zulassen, dass die Furcht anstelle der Hoffnung tritt.

(Beifall)

Wir müssen jene bekämpfen, die versprechen, dass die einzige Alternative darin bestünde, dass man die Uhr der Geschichte anhält. Wir müssen Hoffnung gegenüber denen zeigen, die einfache Lösungen für komplizierte Probleme - Klimawandel, Globalisierung, Ungleichheit und auch neue Probleme, wie die Migration oder Terrorismus – anbieten.

Ich komme aus einem Land, das eurer Partei, der SPD, sehr viel schuldet – und gerade auch Menschen wie Willy Brandt, jemand, der den Fall der Demokratie in Spanien

gesehen und 40 Jahre später mit eurer großen Partei, der SPD, die Wiederbelebung dieser Demokratie mit gefördert und unterstützt hat. Nicht nur wir als PSOE, sondern ganz Spanien hat immer große Gefühle der Dankbarkeit gegenüber der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Beifall)

Heute, liebe Freunde, ist Spanien eine gefestigte Demokratie, die stolz auf den langen Weg dieser vier Jahrzehnte der Freiheit zurückschaut. Die Demokratie bedient sich der Rechtsstaatlichkeit. Sie integriert Vielfalt auf verschiedene Art und Weise, so, wie auch hier in Deutschland. Sie ist eine voll funktionierende Demokratie, die sich auch den Bedrohungen stellt, die natürlich auch in der jüngsten Geschichte Europas immer wieder auftreten, zum Beispiel dem Sezessionismus.

Liebe Freunde, die Herausforderung des Sezessionismus in Katalonien ist nicht nur eine Bedrohung der Integrität Spaniens, sondern auch des europäischen Projektes insgesamt.

(Beifall)

Die europäischen Werte stehen auf dem Spiel, Werte, die auf einer engeren Union beruhen, wo Solidarität nicht fehlt. Es geht um Werte, mit denen man die Mauern des Nichtverstehens herunterreißen möchte. Wir müssen über die Nationalstaaten hinausgehen und gemeinsam die Rechtsstaatlichkeit durchsetzen; denn niemand kann sich in der Demokratie über die Rechtsstaatlichkeit hinwegsetzen.

Liebe Genossinnen und Genossen, in einer wirklichen Demokratie gibt es Demokratie als Regel auch für die, die für Unabhängigkeitspositionen sind. Niemand kann im 21. Jahrhundert das Gesetz, die Verfassung in Europa brechen, um eigene politische Ziele durchzusetzen.

(Beifall)

Die Bewegung für die Unabhängigkeit hat sich entschieden, das Gesetz zu brechen, gerade weil sie wissen, dass sie keine Mehrheit in der Gesellschaft hat, um das Gesetz zu ändern. Es gibt diese Mehrheit nicht einmal in Katalonien.

Angesichts dieser ernststen Verfassungskrisen, vor denen wir in Spanien und auch in Europa stehen, haben sich die spanischen Sozialdemokraten auch kritisch über die Aktionen der zentralen Regierung geäußert. Wir haben gesagt, dass auch viele Fehler gemacht wurden. Es wurde kein Dialog eingerichtet. Die spanische Rechte war unfähig, die territoriale Vielfalt als Bereicherung und nicht als Bedrohung zu verstehen.

Jeden Tag bin ich noch stärker davon überzeugt, dass die Spanier sich bewusst sind, dass wir mit einer sozialdemokratischen Regierung diese Situation in Spanien nicht bis zu diesem Punkt gebracht hätten.

(Beifall)

Wir können kritisch sein, wir können die Regierung kritisieren - und das tun wir -, aber wir werden niemals die Rechtsstaatlichkeit anzweifeln oder gegen unsere Verfassung vorgehen. Wir haben immer wieder Aufrufe für den Dialog gemacht, sind aber bei denen, die sich einfach nur die Abtrennung von Katalonien zum Ziel gesetzt haben, auf taube Ohren gestoßen.

Wir haben aufgerufen, Brücken zu bilden und einen Dialog zu führen, um die selbstständige Regierung in Katalonien zu verbessern und insgesamt das spanische System der Ordnungen und Gemeinschaften zu verbessern. Alle diese Aufrufe wurden aber von der Unabhängigkeitsbewegung immer mit Ruhe, mit keiner Antwort begegnet. Aber, liebe Freunde, wir werden niemals aufgeben, den Dialog zu führen! Wir werden den Raum für die Politik einfordern.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die terroristische Organisation ETA wird in den nächsten Wochen ihre endgültige Auflösung ankündigen. Das ist eine wunderbare Nachricht, auf die wir in Europa und auch in Spanien lange gewartet haben. Zunächst möchte ich an diejenigen erinnern, die am stärksten unter der Ungerechtigkeit des Terrorismus gelitten haben, nämlich die Opfer und ihre Familienangehörigen. Zweitens möchte ich darauf hinweisen, wie wichtig die justizielle Zusammenarbeit in der Europäischen Union bei diesem Sieg gewesen ist. Denn ohne diese Zusammenarbeit hätten wir es nicht geschafft, diesen Sieg zu erreichen. Das ist das Europa, für das es sich zu kämpfen lohnt, das Europa der Zusammenarbeit, das Europa der Integration, das Europa der Solidarität, das Europa, das gemeinsame Werte vertritt, um diese Werte über die Grenzen hinaus umzusetzen. Das ist der Weg, um eine konstitutionelle Vereinbarung zu schaffen.

Liebe Freunde, wir brauchen in Europa eine starke und enge Zusammenarbeit. Wir müssen Schulter an Schulter beim Aufbau eines sozialen Europas zusammenarbeiten.

(Beifall)

Wir müssen alle zusammen daran arbeiten, um den sozialen Vertrag wieder neu zu beleben, der durch die Rechten gebrochen wurde. Eine der großen Schlussfolgerungen, die wir gelernt haben, ist, dass sich unsere SPD und die PSOE

sich gegenüber der Gesellschaft öffnen müssen. Wir müssen Antworten auf die Herausforderungen der neuen technologischen Revolution finden, die unsere Gesellschaft verändert. Wir brauchen eine Antwort mit Optimismus und Zutrauen in die Zukunft.

Liebe Freunde, die Stimme der Sozialdemokraten muss die Inspiration und die Stärke einer Partei wie die der SPD sein. Wir wissen, dass es im Augenblick ein schwieriger Moment für fortschrittliche Kräfte in Europa ist. Das will ich nicht abstreiten. Aber denkt daran: Die dunkelsten Momente sind immer diejenigen, die der Morgenröte vorausgehen.

Liebe Freunde, ich habe meine Rede begonnen mit der Erinnerung an die Hoffnung in den Augen der Menschen auf das Fehlen von Angst. Hoffnung und keine Angst! Liebe Freunde, das müssen wir erneut durchzusetzen. Das müssen wir zusammen machen.
- Recht herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Lieber Pedro, noch einmal vielen herzlichen Dank für deine Rede und auch für die optimistische Botschaft. Ich glaube, dass sie hier sehr gut verstanden worden ist und angekommen ist. Wir freuen uns, dass du dieses Zeichen der Verbundenheit und der Solidarität heute ausgesandt hast. Wir werden auch in den nächsten Monaten und Jahren eng weiter in Europa, aber auch zwischen unseren beiden Ländern zusammenarbeiten. Noch einmal herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben jetzt zwei Grußwörter gehört. Wir haben uns konstituiert. Wir haben die Vorbereitungen dafür geschaffen, dass wir jetzt in den Teil des Parteitages einsteigen, der traditionell mit der Rede des Parteivorsitzenden beginnt. Deswegen habe ich jetzt die große Freude, die Rede des kommissarischen Parteivorsitzenden ankündigen zu dürfen. Olaf, du hast das Wort.

(Beifall)

Rede des kommissarischen Vorsitzenden der SPD

Olaf Scholz, kommissarischer Parteivorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Am Anfang unserer Parteitage steht in der Regel die lange Rede eines

Vorsitzenden. Heute kommt die kurze Rede eines kommissarischen Vorsitzenden. Ich glaube, das ist angemessen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich danke Pedro Sánchez für sein Grußwort. Ich danke ihm für das, was er gesagt hat. Ich danke ihm dafür, dass er gekommen ist. Aber ich danke ihm vor allem für das Zeichen, das damit verbunden ist. Wir zusammen bilden die europäische Sozialdemokratie. Es wird für die Zukunft von allergrößter Bedeutung sein, dass wir in Europa ein gemeinsames Projekt entwickeln. Danke, Pedro Sánchez!

(Beifall)

Europa ist nicht fertig. Wir haben noch viele Schritte vor uns. Martin Schulz hat immer wieder darauf hingewiesen. Wir haben noch viele Schritte zu gehen, damit die Europäische Union weiter zusammenwächst. Das wird notwendig sein. In einer Welt von bald 10 Milliarden Einwohnern werden die 400 bis 500 Millionen, die in der Europäischen Union gemeinsame Vorstellungen über Rechtsstaat, über Demokratie, über sozialen Zusammenhalt und über ein liberales Miteinander teilen, es nur bewerkstelligen können, dass dies eine Rolle spielt, wenn sie zusammenhalten. Deshalb muss die Europäische Union das zentrale Projekt unserer Generation bleiben.

(Beifall)

Wir werden - auch deshalb bin ich dankbar, dass du gekommen bist - in diesen Jahren die nächsten Schritte gehen müssen. Es geht nicht darum, dass wir Reden halten und Papiere über das schreiben, was in 10, 15 und 20 Jahren passieren soll. Jetzt sind diejenigen, die verantwortlich sind, dran, etwas zu tun. Wir werden das gemeinsam tun - gemeinsam mit unseren Freunden in Spanien.

(Beifall)

Es geht um Fragen, die uns in unserem Land und in Europa miteinander bewegen, zum Beispiel die Frage, was wir mit der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit machen, was wir dazu tun, Europa krisenfester zu machen, und wie wir dafür sorgen können, dass der soziale Zusammenhalt größer wird. Denn wir müssen ja auch bewerkstelligen, dass diejenigen, die auf die populistischen Lösungen setzen, keinen Erfolg haben werden. Wir müssen zeigen, dass mit demokratischer Politik die Zukunft gewonnen werden kann und nicht mit dem Blick in die Vergangenheit.

(Beifall)

Diesen Optimismus und diese Zuversicht auch für die Zukunft zu erreichen, ist nach meiner Überzeugung das Wichtigste, was wir als sozialdemokratische Parteien in Europa erreichen müssen. Ich glaube, dass es uns wieder gelingen wird, eine Situation herzustellen, in der in den wichtigsten Ländern Europas sozialdemokratische Parteien regieren und wir auch den Kurs der Europäischen Union bestimmen können. Wichtig für unseren Kontinent wäre das allemal.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben jetzt eine ganze Reihe von Parteitag hinter uns. Fünf waren es in den letzten 13 Monaten. Das ist natürlich ein Zeichen dafür, dass etwas los ist. Deshalb bin ich sehr dankbar, dass wir Wege gefunden haben, zusammenzuwachsen und miteinander die Aufgaben zu schultern, die jetzt vor uns stehen. Da war der Bonner Parteitag mit einer ganz intensiven Debatte, mit einer sehr sorgfältigen Diskussion darüber, was wir nun als Nächstes tun wollen. Da waren die Koalitionsverhandlungen. Und es hat einen Mitgliederentscheid gegeben, dem überall in Deutschland viele Diskussionen vorangegangen sind. Ich war stolz auf diese Debatte. Ich glaube, wir können das gemeinsam sein. Denn die SPD ist über diese Diskussion und über den Mitgliederentscheid zusammengewachsen. Das ist das, was wir jetzt für die Zukunft brauchen.

(Beifall)

Natürlich wird es auch eine große Rolle spielen, dass wir jetzt gemeinsam dieses Werk angehen - die 66 %, die dafür gestimmt haben, genauso wie das Drittel, das anders abgestimmt hat. Aber ich habe die ganzen Diskussionen so verstanden: Wer für das eine oder für das andere war, war immer an einer gemeinsamen Zukunft und daran interessiert, dass es uns irgendwie gelingen muss, dafür zu sorgen, dass die Sozialdemokratische Partei in Deutschland nicht bei den Ergebnissen verharrt, die wir zuletzt erzielt haben, sondern dass wir uns wieder zutrauen, auch dieses Land zu regieren, dass wir stärkste Partei werden können. Das muss das Ziel sein, das wir alle gemeinsam verfolgen.

(Beifall)

Ich will deshalb gerade an dieser Stelle auch Danke sagen - Danke noch einmal an Martin Schulz, der einen furiosen Wahlkampf geführt und dafür gesorgt hat, dass wir uns nicht kampflös den Situationen ergeben haben, sondern alles versucht haben. Danke für deine Arbeit!

(Anhaltender Beifall)

Martin wird nachher noch zu uns sprechen. Ich habe mit ihm darüber geredet. Wir haben ein gemeinsames Anliegen - das ist schon deutlich geworden -, nämlich wie wir Europa weiter voranbringen können. Das wird auch für ihn eine große Rolle spielen. Ich glaube, dass das auch noch in den nächsten Jahren etwas sein wird, das wir gemeinsam voranbringen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben eine neue Regierung gebildet, sozialdemokratische Ministerinnen und Minister dorthin entsandt, und die Arbeit geht jetzt los. Ich will ausdrücklich sagen: Das ist ein Moment, nicht nur nach vorne zu blicken, sondern auch denjenigen zu danken, die in den letzten Jahren sehr gute demokratische Regierungspolitik betrieben haben, die dafür gesorgt haben, dass es eine Sache gibt, über die niemand in Deutschland einen Zweifel hat, nämlich dass die Männer und Frauen, die für die Sozialdemokratische Partei in der Regierung waren, gute Arbeit geleistet haben und etwas dazu beigetragen haben, dass unser Land sich besser entwickelt hat, die den Unterschied gemacht haben. Deshalb danke an Sigmar Gabriel, Barbara Hendricks, Brigitte Zypries und Aydan Özoğuz!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, für mich enden jetzt zwei Monate als kommissarischer Parteivorsitzender. Ich finde, das haben wir als Parteivorstand, als Team ganz gut hingekriegt. Ich möchte deshalb denjenigen Dank sagen, die dazu beigetragen haben, dass das so funktionieren kann. Ich danke allen voran Lars Klingbeil und Nancy Böhning und all den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Willy-Brandt-Hauses, die ihre ganze Zeit, ihre ganze Energie und ihr ganzes Herz darangelegt haben, dass wir eine so schwierige Zeit miteinander bewältigen können. Es waren auch für euch harte Zeiten und schwierige Arbeiten. Schönen Dank für diese Arbeit!

(Beifall)

Und ich möchte mich bei euch bedanken, den Delegierten und der gesamten Partei: weil ihr uns den Start erleichtert habt und weil ihr uns unterstützt habt in den vergangenen Wochen. Das ist nun der Auftrag: zu liefern und das durchzusetzen, was wir in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben haben.

Manches ist jetzt schon auf dem Weg, etwa wenn es um den sozialen Wohnungsbau geht, die Rechte der Mieterinnen und Mieter, die wir stärken wollen in einer Zeit, in der es überall an Wohnraum fehlt und die Mietpreise steigen, wo wir etwas tun können für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, zum Beispiel mit der Möglichkeit, befristet Teilzeit einzugehen und später wieder Vollzeit arbeiten zu können, und indem wir dafür

sorgen, dass mehr investiert wird in unsere Kitas und unsere Schulen. All das sind wichtige Fortschritte, die notwendig sind. Wir fangen damit an, und wir werden das die nächsten Jahre dieser Legislaturperiode gemeinsam voranbringen.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es wird dann aber auch darum gehen, dass wir die Fragen beantworten, über die Pedro Sánchez gesprochen hat und die uns auf diesem Parteitag auch sonst noch bewegen werden, nämlich: Wie geht es weiter in den 20er- und 30er- Jahren dieses Jahrhunderts? Wie können wir - für unsere Parteien, die in Europa und der Welt als Sozialdemokratische Parteien entstanden sind mit dem Beginn der Industrialisierung, die gekämpft haben für Demokratie und Recht und für einen Sozialstaat und dafür, dass diejenigen, die man nicht sieht, eine Rolle spielen in den Gesellschaften - hier in Deutschland als Sozialdemokratische Partei eine gute Zukunft für unser Land erreichen? Wie können wir sicherstellen, dass, wenn das Second Machine Age beginnt, es möglich ist, dass man eine würdige Arbeit hat, einen sicheren Arbeitsplatz und aufgrund der eigenen Leistung seine Zukunft bestimmen kann? Das ist etwas, worum wir kämpfen müssen. Dafür werden wir eine große Diskussion zu führen haben in der Sozialdemokratischen Partei. Darum ist es richtig und gut, dass wir heute zusammenkommen, um eine Parteivorsitzende zu wählen, die dann diesen Kurs für unsere Partei bestimmen wird. Liebe Genossinnen und Genossen, darum geht es.

(Beifall)

Nun muss man ja ein bisschen vorsichtig sein mit Worten, die darauf abstellen, dass etwas historisch ist. Und weil das so oft gesagt wird, traut man es sich gar nicht mehr, das als Wort überhaupt noch zu erwähnen. Aber ich will sagen: Das ist schon ein historischer Moment, wenn die älteste demokratische Partei unseres Landes, wenn eine der ältesten demokratischen Parteien der Welt, die Sozialdemokratische Partei, heute auf diesem Parteitag eine Vorsitzende wählt. Ich glaube, das ist ein Fortschritt, aber - das will ich gleich dazusagen - ein Fortschritt, der lange fällig war. Gut, dass er heute kommt.

(Beifall)

Wir müssen uns jetzt an die Arbeit machen. Es beginnt tatsächlich eine neue Zeit. Wir werden davon profitieren. Die Sozialdemokratische Partei wird stark werden, geführt von einer Frau. Das wird der Parteitag heute bewerkstelligen. Alles Gute!

(Beifall)

Vorstellung der Kandidatinnen für den Parteivorstand

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Lieber Olaf, ganz herzlichen Dank für deine Rede. Du hast so ziemlich allen gedankt, die in den letzten Monaten schwere Aufgaben zu bewältigen hatten. Du hast einen aus Bescheidenheit ausgespart: Das bist du selbst. Deswegen ist es mir persönlich, aber ich denke, auch für den gesamten Parteivorstand und, ich glaube, auch im Namen des gesamten Parteitages, ein sehr, sehr großes Anliegen, dir dafür zu danken, dass du uns in den letzten Wochen in einer schwierigen Situation mit deiner großen Erfahrung, aber auch mit einer großen Ruhe die Aufgabe des kommissarischen Parteivorsitzenden wahrgenommen hast und insbesondere dazu beigetragen hast, diesen Parteitag vorzubereiten. Ganz herzlichen Dank! Wir haben einmal mehr gemerkt, wie sehr wir uns auf dich verlassen können.

(Beifall)

Liebe Delegierte, verehrte Gäste, unsere Hauptaufgabe ist es in der Tat, heute eine neue Parteivorsitzende zu wählen. Ich darf an dieser Stelle feststellen, dass bis zum Ablauf der Frist auch für initiative Personalvorschläge für dieses Amt uns die bekannten Kandidaturen vorlagen, nämlich Simone Lange und Andrea Nahles. Dementsprechend werden wir gleich wie besprochen zwei Vorstellungsreden in der Reihenfolge des Alphabetes zu hören. Als Erste wird Simone Lange sprechen, ihr folgt Andrea Nahles. Ihr habt in der Zeit immer noch Gelegenheit, eure Fragen auf die Karten zu schreiben und diese in die bereitstehenden Boxen am Wortmeldetisch zu werfen. Am Ende der Reden werden wir die Boxen dann schließen. Bitte denkt noch mal daran: Auf eine Karte geht nur eine Frage, und die kann nur an eine Kandidatin adressiert werden; sie wird dann den entsprechend gekennzeichneten Boxen zugeordnet. Wie bereits dargestellt, werden dann die Mandatsprüfungs- und Zählkommission Fragen ziehen. Die Fragen werden vorgetragen, und die beiden Kandidatinnen haben jeweils die Möglichkeit, sieben Minuten zu antworten.

Das noch mal zum Verfahren. Ich freue mich jetzt auf die beiden Vorstellungsreden; wie gesagt, in alphabetischer Reihenfolge. Liebe Simone, du hast zunächst das Wort.

(Beifall)

Simone Lange, Oberbürgermeisterin von Flensburg: Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Lieber Martin! Lieber Kurt! Lieber Rudolf! Liebe Franz! Lieber Sigmar! Heute gilt es, das höchste Amt der Sozialdemokratie in Deutschland neu zu besetzen. Es ist die älteste Partei

Deutschlands. Sie hat die schönste Geschichte aller Parteien, wie ich finde. Aber ihre Bedeutung reicht weit darüber hinaus. Die Sozialdemokratie basiert auf den Werten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Es sind genau diese Werte, die wir nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa heute umso mehr brauchen.

Allerdings laufen Solidaritätsbekundungen so lange leer, wie diese Werte nicht auf dem Boden der Menschenwürde wachsen. Der Zustand der Sozialdemokratie ist leider ein anderer als der, den die Menschen von uns erwarten.

Wir haben in den letzten 15 Jahren unser Wahlergebnis halbiert. In den Umfragewerten geht es eher nach unten als nach oben.

Im Wettbewerb mit anderen Parteien um den besten und modernsten Politikbetrieb sind wir weit abgeschlagen. Uns fehlt es an Teamspiel, an Offenheit und an Glaubwürdigkeit. Aber Deutschland und Europa brauchen uns. Millionen Menschen leben europaweit in Armut. Pflegenotstand begleitet uns täglich. Die Nationalstaatsbewegungen sind in ganz Europa auf dem Vormarsch. Uns fehlt es an echter Erneuerung. Und wer, liebe Genossinnen und Genossen, die Partei erneuern will, der muss selbstverständlich auf die Einheit der Partei setzen. Aber im Geiste eines fairen Teamspiels und im Einklang mit der Tatsache, dass wir die Herzen der Menschen wieder erreichen müssen.

(Beifall)

Lasst uns frei nach Willy Brandt endlich mehr Demokratie leben. Ich wünsche mir eine Partei, in der wir zueinander finden, angstfrei Demokratie leben können. Demokratie ist für mich die Möglichkeit, um die besten Ideen, um die besten Köpfe zu ringen. Ich kandidiere deshalb, weil Demokratie aber auch nichts mit Alternativlosigkeit zu tun hat.

(Beifall)

Ich biete euch meine Erfahrung, ich biete euch meine Führungskompetenz und vor allem meine Leidenschaft für die Sozialdemokratie. Ich bin heute eure Alternative für eine echte Erneuerung der SPD, damit wir die SPD in Zukunft wieder zur Gewinnerin machen können, nicht nur in Deutschland, auch in Europa.

Wenn wir es endlich schaffen wollen, die Ideologie des Marktradikalismus zu durchbrechen, dann doch nur, wenn wir uns gemeinsam und in ganzer Linie genau diesem entgegenstellen: Schluss mit zweideutigen Denkmustern bei der Rente - ein Stück Staat plus ein Stück Privat. Schluss mit Warteschlangen vor den Sozialämtern. Schluss damit, dass wir unsere Schulen so aussehen lassen, wie sie aussehen.

(Beifall)

Schluss damit, dass wir den eigenen Staat schwächen. Eine starke Kanzlerin beseitigt nicht den Staat, sondern die Armut in unserem Land.

(Beifall)

Ich wünsche mir einen Staat, der Werte schafft, der Würde schafft, der alle Menschen gleich sein lässt. Das kann die Sozialdemokratie. Das muss die Sozialdemokratie als Partei wieder zu alter Stärke zurückführen. Liebe Genossinnen und Genossen, es geht nicht um den Genossen Sachzwang, es geht um die notwendigen politischen Zielbeschreibungen, auch um die Befreiung aus der Zahlensklaverei, raus aus der Selbstlähmung, rein in lebendige Demokratie.

(Beifall)

Dann, sage ich euch, lachen wir in zehn Jahren darüber, dass wir das heute Kampfkandidatur genannt haben. Wir brauchen eine neue, in die Zukunft gerichtete Programmatik. Wir brauchen ein Bewusstsein dafür, dass Frieden und Freiheit nur durch Bildung und Sicherheit hergestellt werden können. Die Sozialdemokratie muss selbstverständlich das Thema Sicherheit, sicheres Leben in das Zentrum ihrer Programmatik holen. Das ist kein Thema, das wir anderen Parteien überlassen dürfen.

Die Menschen erwarten von uns, dass sie wieder sicher mit ihren Renten rechnen können. Die Menschen warten von uns, dass wir die Kommunen ausstatten, dass wir ein Bildungssystem schaffen, bei dem es den Kindern egal ist, ob sie in Bayern oder in Schleswig-Holstein zur Schule gehen, sie dort gleich gut ausgestattete Schulen finden, dass sie Schulabschlüsse machen können, dass sie Chancengerechtigkeit erfahren können und dass sie dies nicht nur aus unserem Programm lesen, sondern im wahren Leben spüren können. Das erwarten die Menschen in unserem Land.

(Beifall)

Wenn wir nicht langsam damit anfangen, liebe Genossinnen und Genossen! Wir zerstören unsere soziale Umwelt, wenn wir uns nicht zurückbesinnen auf unseren Auftrag, die soziale Frage ins Zentrum unserer Debatten zu stellen.

(Beifall)

In der Frage um die soziale Gerechtigkeit geht es mittlerweile nämlich auch um die Frage der Zukunft der Demokratie und des Friedens. Für viele Menschen sind Vater und Mutter Staat zu Rabeneltern geworden.

Die Wahlbeteiligungen der vergangenen Bundes- und Landtagswahlen sind nicht zu unseren Gunsten gestiegen. Sie sind zugunsten demokratiefeindlicher Parteien gestiegen, die noch marktradikaler auftreten als alles, was wir bislang erlebt haben.

(Beifall)

Wenn wir jetzt nicht mutig sind, weiß ich nicht, ob wir es in Zukunft noch sein können. Die Sozialdemokratie muss jetzt erstarren. Die Sozialdemokratie Europas muss jetzt zeigen, dass sie lebt und dass sie den Teufelskreis der schleichenden Entstaatlichung jetzt endlich durchbrechen kann.

(Beifall)

Wir müssen jetzt all unser Wissen, all unsere Fähigkeiten aktiv für innere Sicherheit, inneren Frieden, für Frieden in Europa, für Entspannung in Europa einsetzen. Die Demut gegenüber dem Leben der Menschen verbietet uns, das Leben von Menschen gegeneinander auszuspielen. Das, liebe Genossinnen und Genossen, tun nur Despoten.

Wir haben nicht nur aus unserer Geschichte gelernt, wir haben immer auch unsere Verantwortung getragen und übernommen, auch für andere, die diese Stärke nicht hatten. Und wie viel Stärke in einer Geste liegen kann, hat uns unvergessen Willy Brandt mit der Geste seines Kniefalls gezeigt. Sein Kniefall war auch unser Kniefall.

(Beifall)

Er ist uns bis heute Erinnerung und Auftrag zugleich. Willy Brandt hat mit seiner Geste Verantwortung übernommen als jemand, der selbst im Widerstand war. Mehr Demut, liebe Genossinnen und Genossen, geht nicht.

Wenn er uns eines gelehrt hat, dann, dass wir nur durch Güte versöhnen können, dass wir Frieden nur durch Abrüstung schaffen können.

(Beifall)

Einen guten Sieg erringst du nur, wenn du gut bist. Einen demokratischen Sieg erringst du nur, wenn du Demokrat bist. Erfolgreiche Demokratie lebt vom Miteinander, von den Fähigkeiten, Andersdenkenden fair zu begegnen.

Ich habe eine große Sehnsucht der Mitglieder unserer Partei nach fairen und offenen Debatten in unserer Partei erfahren. Debatten setzen immer unterschiedliche Meinungen voraus und die Bereitschaft, am Ende zu einer gemeinsamen Haltung zu finden.

Das ist es, was ich als Vorsitzende der Sozialdemokratie erreichen möchte: eine Debattenkultur, in der wir gemeinsam mit den Mitgliedern unserer Partei ein Programm schreiben, aus dem die Menschen wiedererkennen können, was unsere Idee von einer Gesellschaft der Zukunft ist.

(Beifall)

Meine Idee ist, dass die Menschen in Zukunft frei, frei von Armut leben können, dass sie sich entwickeln können. Kein Kind in Deutschland soll jemals wieder in Armut aufwachsen müssen.

(Beifall)

Keine Rentnerin, kein Rentner soll in Deutschland jemals mehr aufstocken müssen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns endlich zu echten, konkreten sozialdemokratischen Zielbeschreibungen zurückkehren. Lasst uns die Schere aus dem Kopf nehmen! Lasst uns, immer basierend auf unseren Werten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, unsere Ziele und die Menschenwürde wiederherstellen.

Und, liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir über Hartz IV debattieren, dann ist das keine Vergangenheitsdebatte.

(Vereinzelt Beifall)

Für Millionen von Menschen ist das Alltag, für Millionen von Menschen, die auf uns gesetzt haben, die wir enttäuscht haben, denen wir danken müssen, da sich Deutschlands Stabilität **auf ihrem Rücken** aufgebaut hat. Wir müssen diesen Menschen sagen, dass wir bei der Agendapolitik eines in Kauf genommen haben: Wir haben in Kauf genommen, dass sie heute in Armut leben, trotzdem sie arbeiten. Dafür möchte ich mich bei den Menschen, die es betrifft, entschuldigen.

(Beifall)

Ich möchte nicht über diese Menschen sprechen. Ich möchte mit diesen Menschen gemeinsam

(Vereinzelt Beifall)

über eine Verbesserung unserer Systeme reden, und vor allem möchte ich diese Verbesserung herbeiführen. Das ist unser Auftrag. Diese Menschen zählen auf uns. Lasst uns sie wieder in unsere Partei zurückholen! Das hat uns in den letzten

15 Jahren ein Viertel unserer Mitgliedschaft gekostet. Lasst sie uns zurückgewinnen!
Lasst sie mit uns gemeinsam die Politik und die Lebenswirklichkeit besser machen!
Lasst uns größer denken!

Liebe Genossinnen und Genossen, ich weiß, dass viele von euch denken, ich gehe hier chancenlos ins Rennen. Ich weiß auch, dass es in den Delegationsbesprechungen unterschiedliches Werben um die Kandidatinnen gegeben hat. Das ist auch in Ordnung so. Ich sage euch trotzdem: Heute entscheidet die Sozialdemokratie über ihre zukünftige Ausrichtung: Wollen wir einen neuen Aufbruch wagen, oder sagen wir, es geht auch weiter so? Meinen wir es ernst, oder belassen wir es bei schönen Worten? Die Entscheidung liegt bei euch. Sie kann euch niemand abnehmen. Ihr alle seid frei in eurer Entscheidung, und jede und jeder trägt die Verantwortung für diese Entscheidung. Mich zu wählen, bedeutet Mut. Aber ohne den, liebe Genossinnen und Genossen, geht es nicht.

(Beifall)

Lasst es uns wagen! Lasst uns endlich mutig sein! Lasst es uns machen! Lasst uns ein neues Band schmieden, ein Band der Fairness, des Respekts, des Zuhörens! Lasst uns die Arme öffnen, und lasst uns tatsächlich eine neue Politik machen! Wer sagt, dass die neue SPD-Chefin die Beste sein muss? Es muss die Richtige sein. Lasst uns heute nicht weiter über Trennung von Amt und Mandat diskutieren, lasst es uns heute machen!

(Beifall)

Ich möchte mich bei allen bedanken, die mich in den vergangenen neun Wochen bei dieser ungewöhnlichen Kandidatur unterstützt haben. 21 große Veranstaltungen in fast allen Bundesländern hat es gegeben. Unheimlich viel Zuspruch ist mir in den letzten neun Wochen entgegengekommen. Ich verspreche euch: Egal wie diese Wahl heute ausgeht, wir werden die Erneuerung in jedem Fall machen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich danke euch herzlich für die Aufmerksamkeit. Ich bitte euch um eure Unterstützung, und ich sage euch: Ich bin heute die Richtige für echte Erneuerung der Sozialdemokratie!

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Simone, vielen Dank für deine Rede. – Das

Wort hat jetzt Andrea Nahles.

Andrea Nahles, Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion: Liebe Genossinnen und Genossen! Mein Name ist Andrea Nahles. Ich bin 47 Jahre und lebe mit meiner Tochter Ella in der Eifel. Vor 30 Jahren bin ich in die SPD eingetreten, als Erste in meiner Familie. Katholisch, Arbeiterkind, Mädchen, Land – muss ich noch mehr sagen? Es war nicht unbedingt logisch, dass ich mal große Karriere in der SPD mache. Es war nicht mal logisch, dass ich überhaupt als Frau Karriere mache. Meine Mutter ist heute hier. Hallo Mama!

(Beifall)

Auch du hast damals sicher nicht gedacht, dass ich hier heute mal stehen würde.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Dass ich es heute tun kann, verdanke ich meinen Eltern. Das verdanke ich aber auch einem Bildungssystem, das Chancengleichheit hergestellt hat. Und das verdanke ich der SPD, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Lasst uns nicht vergessen: Auch heute gibt es junge Menschen, die ihr Leben nicht frei gestalten können, so wie sie es wollen, und die es nicht in die Wiege gelegt bekommen. Ich lade euch alle ein: Macht mit in der SPD! Macht Politik in eigener Sache! Nutzt die SPD, um gegen Diskriminierung und für bessere Bildung zu kämpfen! Nutzt die SPD, um für eure Freiheit zu leben, um das Leben zu leben, das ihr euch erträumt! Hier ist der Ort, das zu tun, liebe Genossinnen und Genossen! In dieser Partei und mit dieser Partei!

(Beifall)

Wir haben uns heute etwas sehr Wichtiges vorgenommen: Wir wählen zum ersten Mal in unserer Geschichte eine neue Vorsitzende. Eine Vorsitzen-*de*!

(Vereinzelt Heiterkeit)

Viele Frauen kennen ja diese komische gläserne Decke, an die man immer wieder stößt. Irgendetwas ist da oben ja, weswegen man nicht weiterkommt. Irgendetwas führt ja dazu, dass am Ende doch immer wieder nur Männer ganz vorne stehen. Heute, hier auf diesem Bundesparteitag, wird diese gläserne Decke in der SPD und für die

SPD durchbrochen, und sie bleibt offen, liebe Genossinnen und Genossen! Sie bleibt es!

(Beifall)

An dieser Stelle möchte ich mich einmal bei allen Frauen bedanken, die dafür gekämpft haben und in den letzten Jahrzehnten unermüdlich geholfen haben, diese Decke einzureißen. Lasst mich stellvertretend für alle Heidemarie Wieczorek-Zeul nennen.

(Beifall)

– Ja, das ist schön für dich hier in Wiesbaden, in deiner Heimat. – Sie ist die einzige Frau, die sich bis zum heutigen Tag schon mal um dieses Amt beworben hat. Danke, Heidi, und danke an alle Frauen, die unermüdlich geholfen haben!

(Vereinzelt Beifall)

30 Jahre bin ich in der SPD. Das hat einen ganz einfachen Grund: Die SPD ist die Partei, die meinen Träumen, Gedanken und Sehnsüchten immer eine Heimat gegeben hat. Die SPD ist unsere Partei der sozialen Gerechtigkeit. Denn wir sind nie bereit, hinzunehmen, wenn auch nur ein Einzelner unfair behandelt wird. Wir erklären nicht nur das scheinbar Machbare zum Ziel. Wir wollen und wir können mehr. Wir binden mehr Gruppen ein als alle anderen Parteien, und wir bringen immer auch die Kraft auf, Fehler zu korrigieren. Wir kämpfen leidenschaftlich. Wir streiten. Aber wir sind auch immer wieder bereit, uns viel zu verziehen. Ich sage euch, wie man das nennt. Das ist eine starke Beziehung, die wir miteinander haben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Diese Beziehung haben wir in den letzten Wochen allerdings stark strapaziert. Wir haben es aber auch geschafft, uns aus dieser schwierigen Situation der letzten Monate aus eigener Kraft wieder zu befreien. Das zeigt sich im guten Koalitionsvertrag, das zeigt sich in dem klaren Mitgliedervotum, das zeigt sich in der guten Regierungsmannschaft.

Apropos Regierungsmannschaft - hier möchte ich einmal sehr grundsätzlich etwas sagen -: Man kann eine Partei in der Regierung erneuern. Diesen Beweis will ich ab morgen antreten, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Umgekehrt können unsere sechs Ministerinnen und Minister aber keine gute Arbeit machen, wenn wir sie nicht auch unterstützen. Sie müssen sich auch auf diese Partei

verlassen können. Und deswegen gibt es nicht zwei Parteien, sondern es gibt nur eine Partei, und das sind wir alle hier in diesem Raum und darüber hinaus. Eine Partei!

(Beifall)

Darauf sind diejenigen, die in diesem Jahr Wahlkämpfe haben, auch angewiesen. Das sind Thorsten Schäfer-Gümbel in Hessen und Natascha Kohnen in Bayern. Sie sind darauf angewiesen, dass wir schlagkräftig sind; denn nur so kommen wir zusammen auch zu starken Ergebnissen, und starke Ergebnisse können wir gut gebrauchen. Glück auf! Meine Unterstützung habt ihr auf jeden Fall.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, warum haben wir bei der Bundestagswahl nur 20,5 Prozent der Stimmen bekommen? Es gibt viele Gründe. Mit einem müssen wir uns besonders beschäftigen: Wir haben im Wahlkampf gesagt, was unser Ziel ist, aber wir haben nicht gesagt, wie wir es erreichen wollen. - Wir haben gesagt, wir wollen mehr Gerechtigkeit, aber wir haben nicht deutlich gemacht, mit welchen Mitteln wir das durchsetzen wollen.

Das Ziel zu benennen, aber den Weg im Vagen zu lassen, führt zwangsläufig dazu, dass uns die Menschen nicht vertrauen können und nicht folgen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb müssen wir von heute an - neben dem Ziel der Gerechtigkeit - den Weg benennen, wie wir dorthin kommen, und dafür gibt es nach meiner Überzeugung nur einen Begriff, nur ein Paradigma: das sozialdemokratische Paradigma. Das ist das Paradigma der Solidarität!

(Beifall)

Lasst mich diesen Punkt, Genossinnen und Genossen, ausführlicher beleuchten - ich mache es an unseren Grundwerten fest: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Freiheit ist das Wichtigste, Gerechtigkeit ist unser Ziel, aber Solidarität ist doch das, woran es in dieser globalisierten, neoliberalen, turbodigitalen Welt am meisten fehlt – und, seien wir doch mal ehrlich, ein Stück weit auch der Sozialdemokratie selbst.

(Vereinzelt Beifall)

Solidarität ist aber ein unverzichtbarer Wert und ein unverzichtbares Prinzip für sozialdemokratische Politik. Es geht darum, füreinander einzustehen, auch wenn man aktuell nicht betroffen ist. Dinge solidarisch zu organisieren, heißt, Risiken auf viele

Schultern zu verteilen, Sicherheiten zu schaffen. Obwohl nicht alle die gleichen Voraussetzungen haben, bekommen alle den gleichen Schutz.

Dinge solidarisch zu organisieren, heißt zum Beispiel, öffentlich und gebührenfrei Schulen und Universitäten vorzuhalten, heißt, für eine solidarische Wirtschaft zu sorgen, sodass alle am Wohlstandsgewinn unserer Volkswirtschaft teilhaben. Solidarität in der internationalen Politik heißt, die Existenz anderer Staaten und Interessen anzuerkennen, zu kooperieren und Frieden zu stiften. Diese Prinzipien aber, Genossinnen und Genossen, werden schon seit Jahrzehnten von den Neoliberalen massiv angegriffen, und jetzt kommen die Attacken der Rechtspopulisten dazu.

Die Rechtspopulisten in Deutschland sind eine ernste Gefahr für den solidarischen Zusammenhalt. Es ist hochgefährlich, ihre Argumente nachzuplappern.

(Vereinzelt Beifall)

Wir rufen daher alle eindringlich auf: Steht mit uns gegen Rechtspopulismus und Chauvinismus, gegen Nationalismus und Diskriminierung in diesem Land auf! Das muss die Botschaft auch dieses Parteitages sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Geert Wilders, Marine Le Pen, Heinz-Christian Strache benutzen die Demokratie, ohne ihre Regeln zu respektieren. Sie haben keine Achtung vor demokratischen Gremien und Institutionen, freien Medien, Gerichten, Minderheiten und Andersdenkenden. Sie haben keine Achtung vor den Interessen anderen Staaten. Einer der Hauptgründe aber, warum ich die Rechtspopulisten verachte, ist: Die Rechten suchen nicht die Auseinandersetzung mit den Starken. Sie kämpfen gegen die Schwächsten.

Der Populismus schließt solidarische Lösungen aus. In seiner Logik gibt es nur eine Gruppe. Nur deren Interessen dürfen Gültigkeit haben. Diese Populisten behaupten, sie vertreten das Volk, aber ich sage allen, die sich davon angesprochen fühlen: Vorsicht! Diese Kräfte sind nicht das Volk, sie sind der Angriff auf das Volk, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und das spüren wir auch innerhalb Europas: Viktor Orbán, Jaroslaw Kaczynski.

Donald Trump radiert das Prinzip der Solidarität vollständig aus und bedient ganz offen ausschließlich die eigenen Interessen: America First! Bis gestern haben wir gedacht, dass das in der ältesten Demokratie der Welt nicht möglich ist. Wir wurden eines

Besseren belehrt. Wir wissen, dass daraus nichts Gutes wird, und deshalb ist es doch unser Auftrag, liebe Genossinnen und Genossen, sich dem entschieden entgegenzustellen. Es geht doch um nichts weniger als um den Erhalt unserer eigenen Demokratie - und nicht nur in unserem Land.

Deswegen bin ich auch dir, Pedro, so dankbar, dass du heute hier bist; denn wir kämpfen einen gemeinsamen Kampf, Pedro, gegen diese Umtriebe der Rechtspopulisten überall in Europa und auf der Welt. Stehen wir gemeinsam, wir, die soziale Demokratie Europas! Vielen Dank, dass du heute zu uns gekommen bist, lieber Pedro.

(Beifall)

Wie also kann eine sozialdemokratische Politik aussehen, die dem Prinzip der Solidarität wieder Geltung und Bedeutung verleiht?

Solidarität in der Wirtschaftspolitik ist für die SPD ja kein neues Konzept, aber viele Regeln einer solidarischen Wirtschaftspolitik sind verschwunden oder greifen in einer globalisierten Welt schlicht ins Leere. Deswegen gehört an den Beginn einmal die Erkenntnis: Unser derzeitiges Wirtschafts- und Finanzsystem produziert auch global erhebliche Ungerechtigkeiten. Die Digitalisierung kann diese Ungerechtigkeiten noch verschärfen, wenn wir nichts tun.

Wir brauchen deswegen einen solidarischen Rahmen für die Wirtschafts- und Finanzpolitik, ein neues Wirtschaftskonzept, ein Konzept für eine solidarische Marktwirtschaft, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Was heißt das jetzt? Wir müssen Regeln festlegen, die verhindern, dass Gewinne in Steueroasen gebucht werden. Wir müssen sagen, wie wir neue Jobs in strukturschwachen Regionen schaffen. Wir brauchen echte Konzepte für die Energiewende und die Mobilitätswende in Deutschland, sodass es gelingt, Arbeitsplätze zu schaffen. Die Klimaschutzziele bis zum Jahr 2030 müssen eingehalten werden. Auch das gehört zu einer solidarischen Marktwirtschaft.

(Beifall)

Wir akzeptieren nicht, liebe Genossinnen und Genossen, dass sich immer mehr Internetplattformen zu Monopolisten mausern, die keine soziale Verantwortung übernehmen, die Gewinne in die Taschen weniger Superreichen im Silicon Valley spülen und die mit den Daten von Kunden und Verbrauchern sogar noch politische

Geschäfte machen. Schluss damit, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Uns geht es in der Wirtschaftspolitik um echte Werte. Um die, die echte Werte schaffen, Unternehmen, Handwerker, Einzelhändler, sie konkurrieren mit den großen Internetplattformen und sind teilweise sogar von ihnen abhängig.

Aber während die Einzelhändler bei uns in den Städten Steuern und Abgaben zahlen, ausbilden, vor Ort Verantwortung übernehmen und dem Sportverein spenden, kann die Plattform die Gewinne in die nächste Steueroase abziehen. Ganz ehrlich: Die Regeln, die diese Form von digitalem Kapitalismus zu einer solidarischen Marktwirtschaft machen, müssen erst noch erfunden werden. Wer, wenn nicht wir, sollte das bitte schön tun?! Ich gucke hier in die Augen der Gewerkschaftsvorsitzenden. Mit euch zusammen brauchen wir einen solidarischen Ordnungsrahmen für diese digitale globale Wirtschaft. Ich lade euch ein, das mit uns gemeinsamen auf den Weg zu bringen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich weiß, die FDP sagt da „Bedenken first“. Das ist mir egal. Uns geht es um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, den Mittelstand. Der FDP geht es nur um coole Sprüche. Das reicht nicht am Ende des Tages. Deswegen sind sie zu Recht nicht in der Regierung. Da gehören die nämlich überhaupt nicht hin, liebe Genossinnen und Genossen auf Bundesebene.

(Beifall)

Was heißt denn „solidarische Arbeitsgesellschaft“? - Seit Jahren reden wir ja darüber, dass es den Beruf fürs Leben nicht mehr gibt. Durch die Digitalisierung verliert einmal erworbenes Wissen immer schneller an Wert. Das kann echt jeden treffen. Das geht dann an die Existenz. Jeder und jede muss die Möglichkeit haben, in seinem bzw. ihrem Leben noch einmal einen anderen Beruf erlernen zu können, liebe Genossinnen und Genossen. Diese Legislatur schaffen wir deswegen, lieber Hubertus, das Recht auf Weiterbildungsberatung. Nächste Legislatur schaffen wir das Recht auf Weiterbildung. Das ist es nämlich, was die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in dieser Digitalisierung mindestens von uns erwarten dürfen, dass wir ihnen dabei helfen.

(Beifall)

Es treibt mich um, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - und übrigens auch viele Selbstständige - gar nicht mehr von der solidarischen Institution Sozialstaat Deutschland profitieren, weil sie keinen Tarifvertrag haben. Das sind 40 % der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist die Mehrheit der Arbeitnehmer in Ostdeutschland. Das sind ganz viele Beschäftigte im Dienstleistungsbereich. Das sind ganz viele Frauen. Was kommt bei denen an? - Da gibt es häufig über Jahre keine Lohnerhöhung. Die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen ist um ein Vielfaches größer als bei tarifgebundenen Betrieben. Es gibt ein Drittel weniger Urlaub, keine Überstundenzuschläge und keine Betriebsrenten. Die dort beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer spüren unsere Solidarität nicht mehr, liebe Genossinnen und Genossen. Diese Leute kriegen von der Politik die ganze Zeit nichts mehr mit. Das müssen wir doch ändern. Sie brauchen einen starken Arm in der Politik. Wir sind dieser starke Arm für diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wer denn sonst, liebe Genossinnen und Genossen? Wer denn sonst, wenn nicht wir?

(Beifall)

Was heißt eigentlich „solidarischer Sozialstaat“? - Wir reden ja immer gerne vom Sozialstaat als organisierter Solidarität. Aber empfinden die Bürgerinnen und Bürger das tatsächlich auch so? Der Staat präsentiert sich keinesfalls immer solidarisch und bürgernah, wenn es um konkrete Hilfen geht. Das muss sich ändern - nicht nur beim Arbeitslosengeld II, sondern auch bei der Erwerbsminderungsrente, bei der Beantragung des Kinderzuschlags, beim Wohngeld. Mittlerweile empfinden die Menschen die Rechtsansprüche in diesem Sozialstaat als Hürden, als Hindernisparcours, über den sie nicht mehr kommen. Deswegen brauchen wir dringend eine Sozialstaatsreform, die diesen Sozialstaat bürgernäher, emanzipativer und gerechter macht, als er derzeit ist, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn wir sagen „Wir schaffen Hartz IV ab“ oder „Wir wickeln die Agenda 2010 ab“, haben wir noch keine einzige Frage beantwortet.

(Beifall)

Das reicht eben auch nicht. Wir brauchen gute Konzepte und konkrete Taten. Das machen wir doch auch. Wir haben in diesen Koalitionsverhandlungen einen öffentlichen Arbeitsmarkt für 150.000 Menschen durchgesetzt, für Menschen, die seit Jahren arbeitslos sind. Endlich haben wir das geschafft! Diesen Ansatz setzen wir um. Dann entwickeln wir ihn weiter. Aber lasst uns das doch nicht kleinreden! Das ist ein Riesendurchbruch, auf den ich als alter SoPo hier Jahrzehnte hingearbeitet habe, dass

uns das endlich wieder möglich ist - einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose. Darauf bin ich persönlich stolz, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Gedanklich müssen wir bei der Frage um den Sozialstaat keinen Stein auf dem anderen lassen. Gedanklich müssen wir auch über alles reden - die Jusos vorneweg. Aber um eines bitte ich euch: Lasst uns die Debatte mit dem Blick auf das Jahr 2020 führen und nicht mit dem Blick auf das Jahr 2010, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Schließlich, liebe Genossinnen und Genossen: Was ist ein solidarischer Staat? - In letzter Zeit wird ja viel über Heimat geredet. Es gibt jetzt sogar ein Heimatministerium. Aber was ist eigentlich Heimat? - Heimat ist ein Ort, an dem man sich zu Hause fühlt, sicher fühlt, also ein Ort, an dem niemand ausgegrenzt wird, ein Ort, an dem auch Menschen, die nicht in Deutschland geboren sind, heimisch werden können, ein Ort, der nicht fertig besteht und bewahrt werden muss, sondern der immer wieder durch alle und für alle dazu wird. Heimat entsteht, wenn Menschen miteinander solidarisch sind und wenn ein handlungsfähiger Staat die Voraussetzungen für ein gutes Zusammenleben schafft. Eine solche Heimat, wie ich sie meine, entsteht nicht von selbst. Sie braucht bezahlbare Wohnungen und gute Schulen, ärztliche Versorgung, einen funktionierenden ÖPNV, Polizei, die vor Ort auch präsent ist, und übrigens auch Parks und Straßen, die gepflegt werden. Wir sind auch deswegen so stark in den Kommunen, weil wir das längst verstanden haben, liebe Genossinnen und Genossen. Deswegen ist Heimat ein sozialdemokratisches Thema.

(Beifall)

Es gibt ein großes Bedürfnis nach Heimat und Sicherheit. Deswegen sollten wir auch die Frage der inneren Sicherheit aus meiner Sicht offensiv und selbstbewusst angehen. Für mich steht fest: Der solidarische Staat muss seine Grundwerte verteidigen. Es gibt immer wieder Ereignisse, die unsere Entschlossenheit auf die Probe stellen. Wir müssen ohne jedes Ressentiment und frei von Angst, in irgendeine Ecke gestellt zu werden, die Probleme ansprechen, die in unserem Land existent sind. Wir hatten die Ereignisse am Kölner Hauptbahnhof. Wir haben Personen, die unsere Regeln nicht akzeptieren und missachten. Wir haben antisemitische Vorfälle, gerade in der letzten Zeit wieder massiv. Wir verurteilen das scharf, und wir müssen alles tun, um sie zu ahnden. Wir müssen das auch deswegen tun, weil unsere Demokratie Schaden nimmt, wenn wir nicht auf die Einhaltung unserer eigenen Regeln pochen, und zwar ohne Ausnahme gegenüber allen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Zu unserem Selbstverständnis gehört, dass wir dies frei von Ressentiments tun. Das markiert scharf den Unterschied zur AfD und zu anderen Hetzern. Die instrumentalisieren solche Vorkommnisse jedes Mal, um ihr eigenes Weltbild zu bestätigen. Sie wiegeln auf und treiben einen Keil in die Köpfe und Herzen der Menschen. Wir Sozialdemokraten müssen die Kraft haben, Dinge, die falsch laufen, auch beim Namen zu nennen. Das ist wichtig: Realismus ohne Ressentiments. Das ist unser Kompass für Integration und Zusammenleben der Kulturen.

Und weil wir diesen Kompass haben, können wir auf den Unsinn mit der Leitkultur locker verzichten, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und wie steht es mit der äußeren Sicherheit und der internationalen Solidarität? Liebe Genossinnen und Genossen, zurzeit rennen viele mit dem Zollstock rum und messen, von wem wir uns weiter wegbewegen: von den USA oder Russland. Die USA sind unsere Verbündeten. Aber auch mit Russland sind wir freundschaftlich verbunden. Die Wahrheit ist aber: Beide Regierungen machen eine Politik, die schon lange in vielen Punkten nicht mehr deckungsgleich ist mit unseren Interessen - und mit denen Europas schon gar nicht. Das Verhältnis zu Russland und den USA muss daher gepflegt, aber auch realistisch betrachtet werden. Dazu gehört, Kritik an Russland anzusprechen, etwa wenn das Land sein Veto nutzt, um die Aufklärung von Chemiewaffeneinsätzen zu blockieren.

(Beifall)

Im Gegensatz zu dem, was ich in den letzten Tagen gelesen habe, bedeutet das aber keine Abkehr von der Politik des Dialogs und des Ausgleichs mit Russland. Gerade wir Deutschen wollen Russland gute Nachbarn sein, liebe Genossinnen und Genossen.

Das zeigt die Initiative von Heiko Maas für einen neuen diplomatischen Ansatz für Syrien. Entscheidend ist: Für Sicherheit und Stabilität brauchen wir die Europäische Union, eine eigenständige Europapolitik. In Zeiten, in denen ein US-Präsident Angriffsdrohungen via Twitter verbreitet - mehr denn je -, müssen wir in Europa gemeinsam mit Frankreich und anderen Partnern Führungsverantwortung übernehmen und müssen wir mit Europa auf der globalen Ebene für mehr Kooperation antreten.

Deswegen ist es so wichtig, dass wir auch die UN stärken. Das ist unser großes Ziel. Ich bin überzeugt, „daß der Mensch den Weltfrieden sichern kann, wenn er die internationale Rechtsordnung stärkt, das Misstrauen zwischen den Völkern mindert und das Wettrüsten verhindert“. Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist ein Zitat aus dem „Godesberger Programm“. In diesem Geist wurde die neue Ostpolitik entwickelt, und in diesem Geist müssen wir jetzt eine neue Friedens- und Entspannungspolitik für eine Welt entwickeln, in der Deutschland und Europa zwar nicht mehr im Mittelpunkt stehen, aber, in einer eigenen friedensstiftenden Rolle, mehr denn je gefragt sind, die Verantwortung, die auf uns zukommt, anzunehmen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Lasst mich Folgendes zum Abschluss sagen: Die Voraussetzung für eine solche eigenständige europäische Friedenspolitik hat Martin Schulz geschaffen, indem er den Koalitionsvertrag ausgehandelt hat, der eine echte europäische Trendwende ist. Vielen Dank ganz persönlich von mir, lieber Martin.

(Beifall)

Martin hat den Grundstein gelegt, dass wir ein solidarisches Europa gestalten. Man merkt langsam, in welche Wallungen dieses Kapitel die CDU bringt. Keine Woche vergeht, in der nicht namhafte CDU-Politiker versuchen, sich davon zu distanzieren. Liebe Genossinnen und Genossen, Vertrag ist Vertrag. Wir wissen, was wir verhandelt haben, und wir werden auf die Umsetzung dieses Kapitels, Buchstabe für Buchstabe, dringen. Darauf könnt ihr euch verlassen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, vor 30 Jahren bin ich in die SPD eingetreten. Davon war ich 20 Jahre Ortsvereinsvorsitzende, 10 Jahre Kreisvorsitzende, Unterbezirks-, Landes- und Bundesvorsitzende der Jusos, stellvertretende Parteivorsitzende, Generalsekretärin. Daran merkt ihr schon: Ich bin nicht neu. Ich kenne diese Partei. Aber das, worauf ich am meisten stolz bin - ich glaube, nur die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer werden es sich wirklich vorstellen können -, ist, dass ich zusammen mit Freunden vor 30 Jahren in meinem Heimatort einen SPD-Ortsverein gegründet habe; nicht etwa weil wir damals gehofft hätten oder auch nur daran gedacht hätten, dass mal jemand von uns Parteivorsitzender wird, sondern weil wir etwas für unsere Demokratie tun wollten, weil wir nicht nur zugucken wollten, weil wir was verändern wollten. Es ging um einen Jugendtraum. Es geht heute um andere Fragen. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, der Antrieb, warum ich

hier heute stehe, ist exakt derselbe. Ich glaube, dass man mit demokratischen Mitteln die Welt für jeden Menschen bessermachen kann.

(Beifall)

Deswegen bewerbe ich mich heute um den Parteivorsitz der SPD, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist genau derselbe Antrieb wie vor 30 Jahren, als ich diesen Ortsverein gegründet habe.

(Beifall)

Eine allein kann das nicht schaffen. Das müssen wir gemeinsam schaffen. Deshalb bitte ich um eure Stimme, euer Vertrauen, aber ich bitte auch um eure Mithilfe in den nächsten Jahren. Es wird uns gelingen, Leute. Gemeinsam sind wir stark. Wir packen das! Das ist mein Versprechen.

(Anhaltender Beifall)

Befragung der Kandidatinnen für den Parteivorsitz

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Andrea, für deine Rede.

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr habt jetzt beide Kandidatinnen für den Parteivorsitz gehört. Wir kommen jetzt zur Befragung der beiden Kandidatinnen, so wie wir das heute Morgen beschlossen haben und wie Doris und Manuela euch das schon vorgetragen haben. Ich bitte jetzt die Vorsitzende der Mandatsprüfungs- und Zählkommission - das ist Nora Langer aus dem Bezirk Weser-Ems -, die Fragen für Simone Lange zu ziehen.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Fragen sind ausgewählt. Ich bitte euch, eure Plätze wieder einzunehmen und zu ermöglichen, dass wir die Befragung durchführen können. Herzlichen Dank. - Ich bitte um eure Aufmerksamkeit, damit Simone jetzt hören kann, welche Fragen an sie gestellt werden.

Die erste Frage an Simone kommt von Gerlinde Schermer aus Berlin, aus dem Unterbezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Ich trage die Frage vor: Der Finanzsenator/-minister Deutschlands besteht auf der Einhaltung der schwarzen Null. Gleichzeitig führt dieser Druck dazu, die notwendige Sanierung der Infrastruktur über Public Private Partnership und privatrechtliche ... zu privatisieren, nur um die Schulden außerhalb des Haushalts zu verstecken. Wie findest du diese Politik?

Leider konnten wir ein Wort nicht lesen.

Ich lese alle Fragen vor. Dann kannst du alle Fragen beantworten. Okay? - Es ging einmal um die schwarze Null und um Privatisierungsdruck.

Die zweite Frage kommt von Fabiola Ricciardi aus Nordrhein-Westfalen aus dem Unterbezirk Siegen-Wittgenstein. Die Frage lautet: Welche inhaltlichen Ziele möchtest du im Rahmen der SPD-Erneuerung verfolgen?

Die dritte Frage kommt von Inge Blask aus dem Märkischen Kreis in Nordrhein-Westfalen. Sie fragt: Wie kann es gelingen, die SPD weiblicher zu machen?

Dann haben wir die vierte Frage. Sie kommt von Veith Lemmen aus Nordrhein-Westfalen. Er fragt: Du setzt dich für eine Trennung von Amt und Mandat ein und willst, dass die Vorsitzende viel Zeit in die Partei steckt. Wirst du, solltest du gewählt werden, als Oberbürgermeisterin zurücktreten?

Die letzte Frage kommt auch von Veith Lemmen: Welche konkreten - unterstrichen - Maßnahmen wirst du ergreifen, um die innere Sicherheit zu verbessern?

Hast du alle Fragen notiert, Simone? - Okay. Dann gebe ich dir jetzt für sieben Minuten das Wort zur Beantwortung.

Simone Lange, Oberbürgermeisterin von Flensburg: Liebe Genossinnen und Genossen, ich werde diese fünf Fragen jetzt nacheinander beantworten. Ich fange mit der letzten an. Ich bin gefragt worden, welche konkreten Maßnahmen sehe ich vor mir, wenn es um innere Sicherheit geht.

Zuallererst sehe ich eine andere Definition von innerer Sicherheit, als wir sie bislang immer gehört haben. Innere Sicherheit kann ohne soziale Sicherheit überhaupt nicht einhergehen.

(Beifall)

Daraus resultiert auch schon die Antwort. Dafür brauche ich einen starken Staat, der nicht nur die Schulhäuser wiederherstellt, der vor allem auch das Personal dafür zur Verfügung stellt. Wir brauchen für Chancengerechtigkeit Personal in all unseren staatlichen Institutionen.

Ganz konkret heißt das, wir müssen in unserem neuen Zukunftsprogramm, in unserem neuen Grundsatzprogramm, das wir gemeinsam schreiben werden, unseren Staat wieder so stark machen, dass wir nicht über die Privatisierung von Schulen reden

müssen, sondern über die gute Ausstattung von Schulen, Bildungseinrichtungen aller Art in diesem Land.

Die Trennung von Amt und Mandat hat für mich weniger damit zu tun, wie man sich organisiert oder wie viel Zeit man hat, sondern viel mehr mit dem Interessenkonflikt, der damit einhergeht. Andrea Nahles muss und wird als starke Fraktionsvorsitzende die Regierungsarbeit der nächsten dreieinhalb Jahre tragen. Sie wird sich selbstverständlich mit der CDU/CSU immer wieder auf Kompromisslösungen einlassen müssen. Wie soll das einhergehen mit einer sofortigen Erneuerung der SPD, mit einem starken Profil der Sozialdemokratie,

(Beifall)

wenn ich vormittags mit der CDU/CSU gemeinsame Politik machen möchte und mich am Nachmittag aber gegen die CDU/CSU profilieren möchte? Deshalb bin ich für eine Trennung von Amt und Mandat.

(Beifall)

Selbstverständlich müssen wir die SPD weiblicher machen. Es ist doch traurig, dass wir im Jahr 2018, 100 Jahre, nachdem wir den Frauen das Wahlrecht verschafft haben, nur 30 Prozent Frauen in unserer Mitgliedschaft verbuchen können. Wir müssen uns öffnen auch den Interessen der Frauen, den Themen der Frauen. Wir müssen uns auch strukturell als Partei besser aufstellen, bessere Rahmenbedingungen schaffen, damit Frauen bei uns auch mit viel Spaß Politik machen können.

Ich finde schon, das ist eine eigene Initiative wert, um Frauen zu werben, mehr Frauen in die SPD und natürlich auch mehr Frauen in Führungsebenen der SPD. Auch da sind wir mit unseren Hausaufgaben noch nicht am Ende.

(Beifall)

Die schwarze Null darf niemals - niemals! - Kern sozialdemokratischer Politik sein.

(Lebhafter Beifall)

Sozialdemokratie muss auf einen handlungsfähigen Staat setzen. Der Staat ist kein Unternehmen. Der Staat sind wir Menschen. Deshalb gilt es hier viel deutlicher einen roten Fußabdruck in der Finanzpolitik zu hinterlassen, als die schwarze Null einzuhalten.

(Beifall)

Privatisierungswellen erteile ich eine Absage. Wir haben in den letzten Jahren doch gespürt, was es bedeutet, dass wir viele Aufgaben, die eigentlich unser Staat hätte machen sollen, privatisiert haben. Wo ist unsere Einflussmöglichkeit? Warum müssen kommunale Krankenhäuser eigentlich Gewinne machen?

(Beifall)

Wir wissen das, liebe Genossinnen und Genossen. Wir müssen bereit sein, in unserem Programm konsequenter für mehr Staat, für mehr Staatlichkeit einzutreten, damit wir wieder handlungsfähig werden. Das Gefühl des Staatsversagen, das die Menschen in unserem Land haben, resultiert doch daraus, dass wir nicht mehr zügig umsetzungsfähig sind, dass wir ihnen sagen, wir sanieren diesen Kindergarten in 15 Jahren, weil es früher nicht geht. Wir müssen schneller handeln.

Die inhaltlichen Ziele im Rahmen der SPD-Erneuerung, das ist eine Hausaufgabe, die wir nach innen hin selbst machen müssen. Die Überschrift, die wir heute hinter uns sehen: eine neue Zeit braucht eine neue Politik, die unterstreicht doch gerade das, was ich gesagt habe. Eine neue Politik braucht ein neues Programm. Lasst uns ein neues Grundsatzprogramm schreiben. Lasst uns konkrete Ziele formulieren, die bedeuten, dass ich auch in der Energie- und Klimaschutzpolitik wieder Meinungsführerschaft übernehmen möchte,

(Beifall)

dass ich natürlich in der Frage der Sozialstaatlichkeit wieder Kernelemente formuliere, dass ich natürlich - ich habe es vorhin schon gesagt - auch das Thema Sicherheit als mein eigenes sozialdemokratisches Thema anerkenne und den Menschen formuliere, wie ein sicheres Leben sich in Zukunft gestaltet.

Die SPD erneuert sich nur über ihr Programm, denn wir sind eine Programmpartei.

Aber lasst mich noch eines sagen: Lasst uns aufhören zu glauben, dass Inhalte von Personen zu trennen sind. Inhalte werden immer über Personen getragen.

(Beifall)

Keiner von euch würde je behaupten, dass man Willy Brandt oder Helmut Schmidt hätte von seinen Inhalten einfach trennen können. Sie haben ganz authentisch Politik gemacht für die Sozialdemokratie. Immer dann, wenn wir genau das gemacht haben, Inhalte von Personen getrennt haben, hat das der Sozialdemokratie nicht zum Sieg verholfen. Denn die Menschen merken das.

Deshalb geht mit einer programmatischen Erneuerung selbstverständlich auch eine personelle Erneuerung einher. Anders kann Erneuerung nicht gelingen.

(Beifall)

Und, liebe Andrea: Selbstverständlich ist Solidarität das Thema der Zukunft und auch das Thema, mit dem wir als Sozialdemokratie wieder gewinnen können. Aber in den letzten 15 Jahren haben wir ganz vielen Menschen ihre Solidarität abgerungen. Jetzt wird es Zeit, dass auch der Staat, der übrigens wir sind - wir sind der Staat! - die Solidarität zurückgibt.

(Beifall)

Der Staat ist nicht irgendwer. Der Staat sind wir. Der Staat sind wir als Partei. Wir sind Teil des Staates. Und wir sind auch in der Regierung Teil des Staates. Deswegen gehören wir in diese Verantwortlichkeit hinein. Deshalb kann es nicht sein, dass wir immer und immer wieder Ausnahmen in unseren Zielen zulassen. Jede Ausnahme im Mindestlohn ist eine Verletzung des Solidaritätsgedankens, den wir propagieren.

(Beifall)

Ich habe es vorhin vielleicht nicht deutlich genug ausgedrückt. Wenn ich sage, der Schlüssel zum Erfolg der Sozialdemokratie liegt darin, wie wir mit der Agendapolitik in Zukunft umgehen. Ich stehe dafür, dass ich sage, wir müssen sie rückabwickeln. Selbstverständlich müssen wir einen Prozess dafür aufsetzen. Selbstverständlich müssen wir Ziele formulieren, wie es besser gehen kann.

Für mich kann es besser gehen, denn es gibt die Abkehr von Sanktionen. Es gilt, Anreize zu schaffen, die Menschen zu motivieren, sie wieder dort bei ihrem Menschenbild zu erreichen, das wir als Sozialdemokratie immer vertreten haben.

Kein Mensch wird in seinem Verhalten verändert, indem er bestraft, bevormundet oder sanktioniert wird. Das wissen wir alles längst, aber wir machen es nicht.

(Beifall - Pfiffe)

Lasst uns wirklich mutig sein! Lasst uns mutig sein, die Fehler benennen, nach vorne schauen und die Lösungen dafür gemeinsam erarbeiten. Aber noch einmal: Lasst uns nicht immer über Menschen reden - lasst uns auch mit denen reden, die in den letzten 15 Jahren das ausgehalten haben. - Ich danke euch.

(Beifall)

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Simone.

Wir kommen jetzt zu den Fragen für Andrea, und ich bitte Nora und die MPZK, die Fragen auszuwählen.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Fragen sind jetzt ausgewählt. Ich bitte euch wieder um etwas Aufmerksamkeit.

Die erste Frage an Andrea kommt von Timo Mehlmann aus dem Bezirk Weser-Ems, Unterbezirk Aurich. Er fragt: „Welcher Gewerkschaft gehörst du an, und welches ist dein Arbeiterinnenlied“?

(Heiterkeit)

Andrea Nahles, Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion: Nicht singen, genau!

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium: Die zweite Frage kommt von Jens Bennarend aus Recklinghausen in Nordrhein-Westfalen: „Liebe Andrea, du bist als Fraktionsvorsitzende auch für den reibungslosen Ablauf des Koalitionsvertrags verantwortlich. Gleichzeitig willst du die Partei mit uns als Vorsitzende erneuern. Wie willst du den Spagat zwischen dem Erneuerungsprozess und Regierungsverantwortung meistern? Wie willst du das gestalten?“

Die dritte Frage kommt von Michael Groß aus dem Unterbezirk Recklinghausen in Nordrhein-Westfalen. Er fragt: „Sind die Hartz-Gesetze ein rigides Armutsregime und/oder siehst du die Notwendigkeit für eine große Sozialreform für die 2030er-Jahre?“

Die vierte Frage kommt auch aus Nordrhein-Westfalen, und zwar von Sara Zorlu aus dem Rhein-Sieg-Kreis: „Wir hatten im Wahlprogramm keine Visionen und keine Ideen, wie wir die großen Herausforderungen dieser Zeit lösen wollen. Welche konkreten Vorstellungen hast du, Andrea, für eine gerechtere Gesellschaft in verschiedenen Politikfeldern wie zum Beispiel Rente, Arbeit und Bildung?“

Die fünfte Frage kommt nicht aus Nordrhein-Westfalen, sondern aus Hannover, aus dem Unterbezirk Lüneburg, von Anja Kramer. Sie fragt: „Du hast auf der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum digitalen Kapitalismus eine sehr gute Analyse zu den

Internetmonopolisten abgegeben. Was sind realistische Maßnahmen, die in naher Zukunft umgesetzt werden können, um diese Strukturen zu verändern?“

Ich frage dich: Hast du soweit alle Fragen?

Andrea Nahles, Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion: Ja.

Oliver Kaczmarek, Tagungspräsidium: Dann gebe ich dir das Wort für 7 Minuten zur Beantwortung.

Andrea Nahles, Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion: Ich bin Metallerin, lieber Timo.

(Beifall)

Mein Vorsitzender sitzt auch hier vorne in der ersten Reihe.

Tja, mit den Arbeiterliedern. Ich kenne ja jeden katholischen Schlager auswendig,

(Heiterkeit)

aber das mit den Arbeiterliedern - - Sagen wir mal: „Brüder, zur Freiheit, zur Sonne“.

(Heiterkeit - Zurufe)

Lieber Jens, ja, das ist eine Frage, die ich oft gestellt bekommen habe: Fraktionsvorsitz, Parteivorsitz. Ich denke, es ergibt sich auch aus der Arbeit. Wir haben einen Koalitionsvertrag auf vier Jahre geschlossen, sehr konkrete Maßnahmen, und die Ministerinnen und Minister sind fleißig bei der Umsetzung. Aber dafür brauchen sie bei jedem Meter - wir erleben es doch - natürlich auch die Rückendeckung, um das dann umzusetzen, weil das, was da drinsteht, zuerst mal auf dem Papier steht. Es ist aber noch nicht im Gesetzblatt und schon gar nicht bei den Menschen. Ich denke, dass es in unser aller Interesse ist, wenn wir dafür auch immer wieder Mehrheiten in der Fraktion organisieren. Aber ein Koalitionsvertrag mit einem Rahmen bis 2021 - es ist doch nicht so, dass wir darin unseren Vorrat an Ideen und Vorstellungen für die Zukunft unseres Landes aufbrauchen. Wir brauchen doch Zukunftsdebatten, die weit über das hinausgehen, was wir mit der Union jetzt mühsam errungen haben, und das ist der Ort der Partei. Deswegen ergibt sich diese Frage: Ja, wir müssen in der Regierung stützen,

aber wir müssen auf der Seite auch einen Ideenvorrat in unserer Partei entwickeln, und manchmal beißt sich das. Dann ist es so, liebe Genossinnen und Genossen. Und manchmal beißt es sich hoffentlich auch nicht. Dann ist es einfacher. Aber da, wo es sich beißt - was müssen wir denn tun? Miteinander reden und ringen, damit wir eine Lösung finden.

Ich bin nicht schizophren. Ich bin Fraktionsvorsitzende, und wenn ihr mich wählt, auch noch Parteivorsitzende. Wenn wir das wollen, kriegen wir das auch zusammen hin. Ich glaube daran, dass es geht. Bisher war es doch so, dass der Parteivorsitzende am Kabinetttisch gesessen hat. Das fände ich wirklich schwieriger, als das Parlament und die Partei zu vertreten, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist doch eine Kraft außerhalb dieser Regierung, die wir damit bilden können.

(Beifall)

Michael Groß, ich glaube, nicht eine Sozialreform, die wir 2030 brauchen. Ich glaube, eine Sozialreform, die wir bis 2020 entwickeln müssen, das sollte unsere Zielperspektive sein, denn wir wollen antreten mit Vorstellungen, was wir konkret ändern wollen in der nächsten Bundestagswahl, und es nicht auf einen Sankt-Nimmerleinstag 2030 entsprechend verschieben. Ich möchte uns selber deswegen etwas vorlegen, etwas in den nächsten Jahren, und es nicht verschieben. Ihr habt ja gemerkt, dass das auch eines der Schwerpunktthemen ist, die wir in diesem Leitantrag heute beschließen.

Liebe Sara, jetzt hast du mich nach Rente, Arbeit und Bildung gefragt. Ich kann jetzt nicht alles abarbeiten. Aber du hast auch nach den Visionen gefragt. Wir hätten keine gehabt im letzten Regierungsprogramm. Das finde ich keinesfalls. Mir erschien es damals schon ziemlich visionär, dass wir tatsächlich ein Europa-Kapitel haben, wo die Stärkung soziales Europa drinsteht, dass wir es sogar geschafft haben, das Rentenniveau bei 48 % zu stabilisieren. Das ist vor wenigen Monaten und Jahren noch eine echte Vision gewesen, für die wir hart gerungen haben, die wir jetzt umsetzen konnten. Ich finde nicht nur, dass wir im Regierungsprogramm visionäre Punkte hatten. Wir haben auch vieles im Koalitionsvertrag davon verankern können. Aber zum Beispiel das Chancenkonto noch nicht. Das ist nämlich das, was uns helfen würde bei der Transformation der Arbeitswelt. Da hatten wir eine super Idee mit dem Arbeitslosengeld Q, mit dem „Chancenkonto“, wo wir gesagt haben, jeder kriegt ein Startkapital, wo er selbstbestimmt Zeit für Qualifizierung oder für anderes, was ihm wichtig ist, nutzen kann. Das haben wir noch nicht abgearbeitet. Dafür müssen wir noch um Mehrheiten werben, und genau das müssen wir in den nächsten Jahren auch tun.

Deswegen finde ich, dass an dieser Stelle viele Visionen da sind, andere entwickelt werden müssen. Und einige haben wir sogar schon im Koalitionsvertrag verankern können.

Ja, Mindestbesteuerung, würde ich mal sagen, Anja, wenn du mich fragst. Du hast ja ganz präzise gefragt: Was von dem, was wir gegen die Internetplattform machen können, können wir relativ schnell machen? Das ist doch, dass da, wo die Gewinne erwirtschaftet werden, Genossinnen und Genossen, dann auch die Steuern fällig werden. Das können wir uns ganz konkret vornehmen. Das wäre eine Maßnahme, um dieses Wegschleichen in Steueroasen in Zukunft zu verhindern, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deswegen sage ich an dieser Stelle - ihr merkt es schon -: Wir haben viel zu tun, und das wichtigste Rüstzeug, das wir dafür brauchen, ist, dass wir neugierig sind, neugierig auf neue Einsätze. Wir wollen uns öffnen. Wir wollen auch Ideen hören. Wir wollen uns auseinandersetzen. Wir sind nicht eng damit. Wir wollen keinen Stein auf dem anderen lassen, wenn es uns weiterbringt. Aber eines ist dafür auch erforderlich: Dass wir uns wirklich wieder mit den Inhalten, mit der Politik, die das Leben der Leute bessermacht, beschäftigen und weniger mit der Frage, wie wir denn jetzt auf dem nächsten Parteitag, mit was - - Wir sollten vermeiden, dass wir in dieser SPD in einer ständigen Ausnahmesituation sind, und dafür mehr Zukunftsdebatte möglich machen in dieser SPD. Ich glaube, das verhilft uns zum Erfolg.

Ich wünsche mir, dass wir in zwei Jahren auf dem Parteitag stehen und sagen können: „Hier, Leute, haben wir die Visionen! Hier, Leute, haben wir etwas gemeinsam geschaffen! Hier, Leute, zeigen wir Erneuerung, wie sie sich konkret darstellt, mit den Inhalten, mit einem neuen Spirit in dieser Partei. Das ist es, wofür ich gerne antreten möchte, und dafür werbe ich noch mal um eure Stimme. - Vielen Dank.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Simone, liebe Andrea, herzlichen Dank für eure Antworten auf die Fragen.

Wir kämen damit zum Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Die Vorsitzende ist Nora Langer, der ich jetzt auch das Wort gebe, nicht ohne mich schon mal herzlich bei der Mandatsprüfungs- und Zählkommission für ihre Tätigkeit zu bedanken.

(Beifall)

Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Nora Langer, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 600 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und bis zu 45 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstandes zusammen. Anwesend sind 592 Delegierte und 43 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungskommission geprüft. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 289 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 45,51 %. Die Quote ist also erfüllt und der Parteitag damit beschlussfähig.

(Beifall)

Der älteste Delegierte ist mit 82 Jahren Rudolf Herbers. Er kommt aus der Landesorganisation Hamburg. Die jüngste Delegierte ist mit 20 Jahren Antonia Hillberg. Sie kommt aus dem Bezirk Hannover

(Beifall)

Ich wünsche dem Parteitag einen weiterhin erfolgreichen Verlauf. - Danke schön.

(Beifall)

Wahl des/der Parteivorsitzenden

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Vielen Dank noch mal, liebe Nora.

Wir treten jetzt in den Wahlgang ein. Ich rufe also den Tagesordnungspunkt „Nachwahl des/der Parteivorsitzenden“ auf.

Zunächst wir festgestellt, dass die nach dem Rücktritt erforderliche Nachwahl eines neuen Parteivorsitzenden bzw. einer neuen Parteivorsitzenden gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 Wahlordnung fristgerecht angekündigt worden ist und bis zum Ablauf der Frist für initiative Personalvorschläge für dieses Amt Simone Lange und Andrea Nahles vorgeschlagen sind.

Auf die Nachwahl des Parteivorsitzes finden nach § 10 Wahlordnung die gleichen Bestimmungen Anwendung wie auf die Wahl. Es handelt sich um eine Einzelwahl, bei der im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit die stimmberechtigten Delegierten

erforderlich ist, § 7 Abs. 1 Wahlordnung i. V. m. § 23 Abs. 4 Organisationsstatut. Es handelt sich um eine Einzelwahl gemäß § 7 Wahlordnung.

Ich darf an dieser Stelle die Medienvertreter bitten, sich aus den Gängen zurückzuziehen, und ich darf ganz herzlich darum bitten, dass keine Objektive während des Wahlgangs auf die Delegierten zu richten sind, um die Geheimheit der Wahl zu gewährleisten.

Bewerben sich mehrere Kandidatinnen um ein Parteiamt, hat der Stimmzettel die Form, dass die Stimme für eine der zur Auswahl stehenden Kandidatinnen abgegeben werden kann. Neinstimmen sieht der Stimmzettel in diesem Fall nicht vor. Es kann eine Enthaltung gesondert vermerkt werden.

Der Stimmzettel ist nur gültig, wenn „Ja“ bei einer der Kandidatinnen oder „Enthaltung“ angekreuzt ist, d. h. nur ein Kreuz auf dem Stimmzettel angebracht ist, und wenn auf dem Stimmzettel - das legen wir jetzt hier oben so fest - die Kontrollmarke - das wird euch sehr verwundern - Nr. 1 angebracht ist. Die Kontrollmarke soll auf der Vorderseite auf dem dafür vorgesehenen Feld angebracht werden.

Ich gehe davon aus, dass die Stimmzettel jetzt langsam verteilt werden.

Nach § 23 Abs. 4 Organisationsstatut - darauf darf ich schon hinweisen - ist im ersten Wahlgang gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.

Bestehen noch Fragen zum Wahlverfahren, oder hat jemand noch keinen Stimmzettel? - Haben alle einen Stimmzettel erhalten?

Es gibt noch mal den Wunsch, dass die Kameras sich bitte aus den Delegiertenbereichen zurückziehen. Es ist wichtig, dass die Geheimheit der Wahl gewährleistet ist.

Ich frage jetzt mal ganz vorsichtig: Wo fehlen noch Stimmzettel? Macht einfach noch mal kenntlich, wo Stimmzettel fehlen.

Jetzt frage ich noch mal: Haben alle einen Stimmzettel erhalten? - Das scheint mir der Fall zu sein. Dann eröffne ich den Wahlgang. Bitte verwendet die Kontrollmarke Nr. 1.

Ich habe den Eindruck, wir können jetzt mit dem Einsammeln beginnen.

Hebt ihr bitte die Stimmzettel hoch, wo noch welche vorhanden sind? – Bleibt doch bitte noch sitzen, bis wirklich alle Stimmzettel eingesammelt sind. Sonst ist es für die

Mitglieder der Mandatsprüfungs- und Zählkommission ganz schwierig, den Überblick zu behalten.

Hat jemand einen Stimmzettel, der noch nicht eingesammelt ist? – Offensichtlich ist das nicht der Fall. Dann ist damit der Wahlgang geschlossen.

Antragsberatung IA4

Niels Annen, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen! Erst mal vielen Dank an Doris, dass du uns durch diesen Wahlgang geführt hast. Ihr wisst, dass wir bei anderen Parteitagen manchmal unterbrochen haben. Aber wir haben einen sehr engen Zeitplan, und es liegen ja auch noch einige Anträge vor. Deswegen würden wir vom Präsidium euch vorschlagen, dass wir einen weiteren Antrag aufrufen, damit wir noch möglichst viel Programm schaffen. Unser Vorschlag ist, dass wir den Antrag IA 4 – da geht es um die Frage der Mieten und der Mietentwicklung und um den Wohnungsbau – aufrufen.

Bevor ich das tue, möchte ich euch bitten – ich weiß, man ist jetzt in Gedanken bei der Wahlentscheidung und möchte vielleicht einen Kaffee trinken oder mit dem Nachbarn bzw. der Nachbarin reden –, weil wir versuchen, ein schnelles Ergebnis zu bekommen, möglichst auf euren Plätzen zu bleiben und auch diesem wichtigen Tagesordnungspunkt eine entsprechende Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Deswegen: Ihr solltet euch vielleicht doch noch mal auf die Plätze setzen. Diejenigen, die sich unterhalten wollen, bitte ich, das draußen zu tun, damit ich jetzt den Antrag IA 4 aufrufen kann. Er wird vorgestellt von unserer Spitzenkandidatin in Bayern, Natascha Kohnen. – Natascha, du hast das Wort.

(Beifall)

Natascha Kohnen, stellvertretende Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen! Wohnen ist ein Grundrecht für jeden in unserem Land. Egal wo du lebst – sei es in Wiesbaden, Leipzig, Hamburg, München oder Berlin, lieber Michael Müller –, du musst dir dein Dach über dem Kopf leisten können. Wohnen bedeutet auch Heimat. Denn wer sich sein Dach über dem Kopf nicht leisten kann, wer aus seinem Stadtviertel wegziehen muss, weil er mit den Mieten nicht mehr mithalten kann, liebe Genossinnen und Genossen, der verliert seine Heimat. Wenn immer mehr Menschen in unserem Land Angst haben, dass sie nicht mehr dort leben können, wo sie leben möchten, wenn sie Angst haben, ihre Heimat zu verlieren, dann verlieren sie die Zuversicht in die Zukunft, und sie verlieren auch die Zuversicht in unser Land. Aber

vor allen Dingen verlieren sie dann auch die Zuversicht in die Handlungsfähigkeit von Politik. Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, wird die Frage nach bezahlbarem Wohnraum zur sozialen Frage der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall)

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Kräfte des freien Marktes beim Wohnungsbau regieren. Dann gibt es nämlich nur einen Teil der Bevölkerung, für den das funktioniert – das sind die oberen 10 Prozent –, aber für die große Mehrheit der Menschen in unserem Land funktioniert das eben nicht mehr. Deswegen müssen wir uns der Wohnungsnot, die sich schon seit Jahren und Jahrzehnten anbahnte, entgegenstellen – mit aller Kraft, auf allen Ebenen.

(Beifall)

Wir müssen den sozialen Wohnungsbau fortsetzen: Kommune, Land, Bund, alle miteinander. Wir müssen ein wirklich schlagkräftiges Mietpreispaket verabschieden, eine schlagkräftige Mietpreisbremse und eine Kappungsgrenze einführen – all das habt ihr jetzt in der Regierung zu tun –, und wir brauchen vor allen Dingen eine neue Bodenpolitik, die diesem Bodenpreiswahnsinn endlich ein Ende setzt. Das ist unsere Aufgabe als Partei, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Der Antrag, den ihr vor euch habt, ist für mich auch eine klare Ansage an den zuständigen Bundesbauminister, dass sozialer Wohnungsbau eben nicht die Fußnote eines Innenministers ist, sondern verdammt noch mal seine Hauptaufgabe!

(Beifall)

Die Voraussetzung für Sicherheit ist ein bezahlbares Dach über dem Kopf; das brauchst du. Dieser Bundesinnenminister sollte keine Debatten über Religionsfreiheit lostreten, mit denen er Menschen auseinandertreibt und gegeneinander ausspielt, sondern er sollte sich, verdammt noch mal, endlich daransetzen, sein Ministerium zu sortieren und den Wohnungsbau anzugehen – nichts Anderes. Denn das ist der Schlüssel für die Zukunft und für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

(Beifall)

Deswegen meine Bitte an euch: Stimmt diesem Antrag zu! – Herzlichen Dank.

Niels Annen, Tagungspräsidium: Liebe Natascha, vielen Dank, nicht nur dafür, dass du den Antrag hier eingebracht hast, sondern auch dafür, dass du uns, glaube ich, auf dieses wichtige Thema mit der nötigen Energie und dem nötigen Kampfesmut eingestimmt hast.

Ich habe im Moment zu diesem Themenkomplex drei Wortmeldungen vorliegen. Auch hier möchte ich um die notwendige Aufmerksamkeit bitten. Sie gilt zunächst dem nächsten Redner, Gernot Grumbach aus Hessen-Süd.

(Vereinzelt Beifall)

Gernot Grumbach, Hessen-Süd: Liebe Natascha, herzlichen Dank! München und Frankfurt liegen in dieser Frage dicht beieinander. Aber eine Frage können wir vermutlich noch besser beantworten: Wer ist der größte Bodenspekulant in Hessen? Es ist das hessische Land selber. Wir haben in Frankfurt ein Polizeipräsidium gehabt, das lange leer gestanden hat, und dafür hat die Stadt Frankfurt ein Konzept mit sozialen Einrichtungen und Wohnungsbau entwickelt. Dafür hätte sie einen Preis aushandeln können, der höher war als alle Schätzungen. Aber das Land war der Meinung, dass man dieses Ding ohne Bindung verkaufen muss und dafür dann vielleicht 20 Millionen mehr kassiert. Wir halten das für die blanke Heuchelei. Wenn Menschen sagen, die Kommunen sollen ihren Grund hergeben, und zwar dafür, dass sozusagen billiger gebaut werden kann, und wenn das Land Hessen locker sagt: „Wir machen genau das nicht“, dann ist das ein Verstoß.

Natascha hat einen wichtigen Punkt genannt, in dem wir uns über die Landesgrenzen einig sind: Es wird mit billigerem Wohnungsbau nicht gehen, wenn wir nicht die Grundstückspreise langfristig in den Griff bekommen. Es kann nicht sein, dass sich bezahlbarer Wohnraum sozusagen über Stadtteile verteilt. Auch in der Innenstadt muss es für Menschen, die keine überdurchschnittlichen Einkommen haben, möglich sein, zu wohnen. Dazu brauchen wir eine Reform des Bodenrechtes, die dafür sorgt, dass – da ich ein älterer Sozialdemokrat bin, kann ich erinnern an einen alten sozialdemokratischen Oberbürgermeister aus München – die Bodenpreise von den Preisen für die Gebäude getrennt werden. Denn wenn die Gemeinden wieder Herrin ihrer Grundstücke sind, werden sie auch in der Lage sein, eine andere Bodenpolitik zu machen. Zusätzlich müssen wir dafür sorgen, dass die Gemeinden mit Vorkaufsrechten ausgestattet werden. Das, was das DIW gerade gefordert hat, nämlich zu sagen, die Kommunen sollen, weil es doch gerade die höchsten Grundstückspreise gibt, ihre Grundstücke endgültig verkaufen, damit alle ihre Schulden abbauen, bedeutet doch: Die deutsche Wirtschaft will, dass die Mieterinnen

und Mieter mehr Miete statt weniger zahlen. Wir müssen dafür sorgen, dass sie weniger zahlen.

(Vereinzelt Beifall)

Zum Schluss – der allerletzte Punkt –: Ich finde, dass wir an der Stelle auch dafür sorgen müssen, dass der Zwiespalt erhöht wird. Auf der einen Seite treten Grundstückseigentümer dafür ein, bei der Grundsteuer einen möglichst geringen Wert für ihre Grundstücke anzusetzen. Aber wenn sie verkaufen, wollen sie möglichst viel haben. Ich bin dafür, beides aneinander zu koppeln: Wer niedrige Grundsteuern zahlt, kann keine hohen Verkaufspreise haben, auch beim Vorkaufsrecht, und wer hohe Grundstückspreise haben will, muss hohe Grundsteuern zahlen. Nur beides zusammen ergibt einen Sinn. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Lieber Gernot, vielen Dank. – Ich darf jetzt Matthias Kahle aus dem Bezirk Hannover aufrufen. Matthias, du hast das Wort.

Matthias Kahle, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich finde den Antrag an sich schon ganz gut, nur leider ein bisschen zu kurz gesprungen. Für die nahe Zukunft passt das, ja. Aber langfristig haben wir noch etwas Anderes zu berücksichtigen, nämlich, dass wir Regionen haben, in denen die Grundstückspreise und die Immobilienpreise gerade ins Bodenlose fallen.

Es gibt Regionen, in denen man für ein Grundstück von 4.000 Quadratmetern mit einem Haus mit 300 Quadratmetern Wohnfläche – Baujahr: in den 90er-Jahren - nicht mal mehr 200.000 Euro bekommt. Das ist das Problem. Dort gibt es keine sonstige Infrastruktur. Es gibt keine Ärzte mehr, es gibt keine Schulen mehr, es gibt keine Kindergärten mehr. Es gibt aber auch kein schnelles Internet. Das heißt: Wer sollte dort Arbeitsplätze schaffen? Wer sollte in die Ecke noch freiwillig hinziehen wollen?

Das ist doch eigentlich das Problem. Die Menschen sind also gezwungen, aus diesen Gegenden wegzuziehen und dorthin zu ziehen, wo die Arbeit ist; das ist momentan in den Ballungszentren.

Wir müssen also dafür sorgen, dass in den nächsten Jahren mehr und mehr Menschen auch wieder in den ländlichen Regionen, in den heute strukturschwachen Regionen leben und arbeiten können. Dafür müssen wir kämpfen – als Erweiterung zu diesem

Antrag.

Ich hoffe, dass sich der neue Bundesvorstand in den nächsten zwei Jahren darum kümmern wird, dass dort entsprechende neue Anträge gestellt werden, damit wir eine Basis dafür schaffen, auch den ländlichen Raum zu stärken. – Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Lieber Matthias, vielen Dank. Ich habe das jetzt als Anregung und nicht als Antrag verstanden. Dies werden die zuständigen Genossinnen und Genossen dann hier natürlich auch mit aufnehmen.

Ich habe jetzt noch eine Wortmeldung – das ist im Moment die letzte Wortmeldung zu diesem Themenbereich – von Michael Siebel aus Hessen-Süd. – Michael!

Michael Siebel, Hessen-Süd: Genossinnen und Genossen, herzlichen Dank an den Parteivorstand, dass wir uns mit diesem Initiativantrag, diesem Thema, widmen.

Nachdem Gernot schon die Themen Bodenrechte und Bodenrechtsreform aufgegriffen hat, möchte ich noch einige Akzente dazu setzen:

Erstens. In der Geschichte der SPD hat die Wohnraumversorgung immer nur in den Metropolen eine Rolle gespielt. Im Gothaer Programm ging es zum Beispiel letztendlich auch nur um die Versorgung in den Metropolen. Wir haben eine Situation, in der wir heute feststellen müssen, dass wir auch in den Gemeinden rund um die großen Städte einen erheblichen Druck auf den Wohnungsmarkt haben. Meine herzliche Bitte ist, bei der Konzeptentwicklung zu diesem Thema auch den ländlichen Raum nicht zu vergessen, sondern ihn vielmehr aktiv mit in die Wohnraumentwicklung einzubeziehen. Meiner Ansicht nach können wir das Problem nur so angemessen lösen.

Zweitens. Ich glaube - da schließe ich ein bisschen an meinen Vorredner an, ohne einen Änderungsantrag zu stellen -, dass sich auch die Sozialdemokratie in Deutschland wieder dem Thema „Neue Gemeinnützigkeit“ widmen sollte.

(Vereinzelt Beifall)

Ich halte das für eklatant wichtig, weil wir wissen, dass der öffentlich geförderte

Wohnungsbau und die Organisationen, die Aktiengesellschaften und GmbHs, die im öffentlichen Bereich „unterwegs“ sind, die Trends setzen und tatsächlich Dynamik in das System hineinbringen. Deshalb: Lasst uns die Diskussion zum Thema „Neue Gemeinnützigkeit“, die bei anderen Parteien schon geführt wird, aufnehmen.

Dazu gehört erstens, dass das, was in den Wohnungsbauunternehmen erwirtschaftet wird, auch wieder für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wird. Zweitens gehört dazu, dass wir uns dafür einsetzen, dass Mitbestimmungsrechte für Mieterinnen und Mieter in den Aufsichtsgremien der Organisationen tatsächlich verankert werden. Die können am besten beurteilen, was die Mieterinnen und Mieter brauchen, und ich finde, es gehört auch in ein Konzept der SPD, die Mieterinnen und Mieter in die Verantwortung der Wohnungsbauunternehmen hineinzubringen.

Dritte und letzte Bemerkung. Genossinnen und Genossen, bitte macht in der Bundesregierung endlich das wahr, was wir seit vier, sechs – wie viele auch immer – Jahren fordern, nämlich das Herausstreichen dieses einen blöden Satzes aus dem BImA-Gesetz, der besagt, dass die BImA zum Höchstgebot verkaufen soll.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, es ist wirklich einfach. Es ist ein Satz, der gestrichen werden muss. Wenn dort, wo wir Flächen des Bundes haben – und das sind nicht nur die großen Konversionsflächen, sondern das sind teilweise auch kleine Flächen, die wir entwickeln können -, zum Höchstgebot verkauft wird, dann verhindern und behindern wir die Möglichkeit von Konzeptvergaben und städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen. Wir wollen diesen Umweg nicht gehen, sondern wir wollen, dass das BImA-Gesetz umgesetzt wird.

Ich habe aus den Reihen der CDU bei den Wahlveranstaltungen zur Wahl zum Deutschen Bundestag übrigens niemanden gehört, der dagegen gewesen ist. Lasst uns das durchsetzen. Es ist ein wesentlicher Punkt dessen, was der Bund auch für die Entwicklung von Flächen für den Wohnraum erwirken kann. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank. – Ich müsste jetzt einmal die Antragskommission fragen, weil von Michael eben ja ein Vorschlag gemacht worden ist. – Okay. Michael, es war ja, genau wie beim Vorredner, sozusagen die Anregung, das, was du vorgetragen hast, in der Debatte mit aufzugreifen. Dann würden wir uns diese beiden Dinge sozusagen mit in unser Aufgabenbuch schreiben.

Damit komme ich zur Abstimmung über den IA 4 – Stichwort: Wohnen – in der Fassung der Antragskommission, da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? - Dann ist er mit überwältigender Mehrheit angenommen worden.

Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen, auch für die inhaltliche Arbeit an diesem wichtigen Thema, das uns in den nächsten Jahren mit Sicherheit noch sehr intensiv beschäftigen wird.

Ihr seht, wir haben im Moment noch kein Ergebnis, und deswegen schlage ich euch vor, dass wir noch einen weiteren Antrag aufrufen. Ich möchte das aber vielleicht nicht nur mit dem Appell verbinden, dem Redner gleich zuzuhören, sondern auch mit dem Appell, sich langsam wieder auf die Plätze hier zu begeben, was ich hiermit getan habe.

Antragsberatung IA3

Ich rufe jetzt den Initiativantrag IA 3 des Parteivorstands auf. Hier geht es um die wichtige Frage Familienzusammenführung. – Da man, glaube ich, sagen kann, dass die Initiative hierfür aus dem Landesverband NRW gekommen ist, gebe ich jetzt gerne Marc Herter zur Einführung das Wort. – Marc, du hast das Wort.

(Vereinzelt Beifall)

Marc Herter, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen, es ist die vornehmste Aufgabe dieses Bundesparteitags der SPD, eine neue Parteivorsitzende zu wählen, es ist aber genauso gut eine wichtige Aufgabe, an einem solchen Tag Stellung zu aktuellen politischen Themen zu nehmen. Wir haben das gerade in Bezug auf die Wohnungspolitik auch getan.

Wenn wir uns Erneuerung versprechen, dann hat das auch was damit zu tun, dass wir vieles anders und fast alles besser machen wollen, vor allem in Koalitionen, gerade in Großen Koalitionen - anders, als wir das vielleicht bisher getan haben. Wir haben versprochen, wir wollen es uns nie wieder in einer Großen Koalition bequem machen. Wir wollen auch in einer Großen Koalition unser Profil schärfen und dafür sorgen, dass in der Regierung Sozialdemokratie sichtbar wird. Wir haben hier und heute die Gelegenheit, das in Bezug auf die Familienzusammenführung zu tun.

Liebe Genossinnen und Genossen, nach dem Zweiten Weltkrieg war es das Rote

Kreuz, das Familien, die auf der Flucht auseinandergerissen worden sind, wieder zusammengeführt und geholfen hat, dass sie sich zusammenfinden. Das ist eine historische Erfahrung hier in Deutschland, aus der auch Verantwortung dafür erwächst, eine Zuwanderungsdebatte nicht nur abstrakt zu führen, sondern hier und heute ein klares Bekenntnis zur Familienzusammenführung und dazu abzulegen, dass Kinder ein Recht haben, mit ihren Eltern aufzuwachsen, und dass Ehepaare ein Recht haben, zusammenzuleben.

(Beifall)

Das hat auch was mit gelingender Integration zu tun, liebe Genossinnen und Genossen. Denn wer hat einen freien Kopf für einen Sprachkurs, wenn Sorge um die Familienangehörigen besteht? Wer hat einen Kopf für Arbeit und Ausbildung, wenn er sich über Tage Sorgen machen muss, dass die Nachricht aus der alten Heimat ausbleibt?

Wie hält es die CSU mit dem Schutz der Familie? Ich kann keinen familienpolitischen Anspruch mehr in dem erkennen, was Seehofer in seinem Referentenentwurf offenbar hat aufschreiben lassen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben bei der Abfassung des Koalitionsvertrags gerade verhindert, dass der Familiennachzug auf Dauer ausgesetzt bleiben soll. Wir haben durchgesetzt, dass diese Aussetzung im Sommer beendet wird, dass sie aufgehoben wird.

Ja, der schmerzhafteste Teil des Kompromisses war, dass eine monatliche Begrenzung dafür da ist. Umso mehr müssen wir hier und heute einfordern: Das, was im Vertrag steht, ist auf Punkt und Komma umzusetzen. Wir werden es als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht dulden, dass an diesem Punkt gerüttelt wird.

Wir werden nicht zulassen, liebe Genossinnen und Genossen, dass der ehemalige bayerische Ministerpräsident wohl aus parteitaktischem Kalkül vor der bayerischen Landtagswahl versucht, das Spiel in der dritten Halbzeit noch zu drehen. Liebe Genossinnen und Genossen, ich will euch bitten, heute mit mir, mit uns zusammen aus Nordrhein-Westfalen ein klares Signal von diesem Parteitag auszusenden, eine klare Ansage auch an den zuständigen Fachminister zu machen und Rückenwind für unsere Bundestagsfraktion und unsere Bundesminister für Familienzusammenführung und für Integration zu geben. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium: Lieber Marc, vielen herzlichen Dank. - Mir liegen im Moment zu diesem Bereich keine Wortmeldungen vor. Ich weiß nicht, ob eine Wortmeldung übersehen worden ist. - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag, den Marc eben vorgestellt hat, in der Fassung der Antragskommission. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Ich sehe im Moment keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag einstimmig so beschlossen. Herzlichen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich werde jetzt vor der Bekanntgabe des Ergebnisses keinen Antragsbereich mehr aufrufen. Ich habe möchte diese Gelegenheit aber für einen freudigen Hinweis nutzen: Roland Helber aus Oberreichenbach, der am 21. April sein 50-jähriges Parteijubiläum gefeiert hat, ist heute hier bei uns zu Gast. Ich glaube, wir können dir hier alle gemeinsam noch einmal mit einem Applaus herzlich gratulieren. Lieber Roland, schön, dass du einer von uns bist und geblieben bist!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich schlage vor, dass wir den Parteitag jetzt kurz unterbrechen, bis das Ergebnis vorliegt. Das wird nicht mehr allzu lange dauern. Wir wollen jetzt nicht die anderen wichtigen Antragsbereiche dazwischendrängen. Sobald wir ein Signal der Mandatsprüfungs- und Zählkommission haben, werden wir euch das Ergebnis bekannt geben. Vielen Dank.

(Kurze Unterbrechung)

Wahlergebnis der Wahl der Parteivorsitzenden

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ich bitte darum, dass alle wieder zu ihren Plätzen gehen; denn das Wahlergebnis liegt vor. - Ich sehe, dass die meisten jetzt wieder auf ihrem Platz sind. Ich möchte das Wort an die Sprecherin der Mandatsprüfungs- und Zählkommission geben, an unsere Genossin Nora. Liebe Nora, du stellst uns das Ergebnis vor.

Nora Langer, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich gebe euch das Ergebnis der Wahl der Parteivorsitzenden bekannt:

Abgegebene Stimmen: 631. Davon ungültig: 7. Damit gültige Stimmen: 624.
Enthaltungen: 38.

Auf Simone Lange entfielen 172 Stimmen.

(Beifall)

Auf Andrea Nahles entfielen 414 Stimmen.

(Beifall)

Damit wurde Andrea Nahles zur Vorsitzenden der SPD gewählt mit einer Zustimmung von 66,35 %.

(Anhaltender Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Liebe Andrea, damit bist du mit eindeutiger Stimmenmehrheit zur Parteivorsitzenden gewählt worden. Ich frage dich natürlich von dieser Stelle aus: Nimmst du die Wahl an?

Andrea Nahles, Vorsitzende der Bundestagsfraktion: Ich nehme die Wahl an.

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Einen herzlichen Glückwunsch von uns allen!

(Beifall)

Nora Langer, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Ich bedanke mich.

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Dann können wir im Parteitagsmodus fortfahren. Bevor wir allerdings noch einmal zu den inhaltlichen Fragen und insbesondere auch zur Antragsberatung übergehen können,

hat die Kandidatin Simone Lange noch darum gebeten, eine kurze Erklärung abgeben zu dürfen. Liebe Simone, du hast das Wort.

(Beifall)

Simone Lange, Oberbürgermeisterin von Flensburg: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte Andrea ausdrücklich alles Gute für das Amt der Parteivorsitzenden wünschen, viel Kraft und viel Erfolg! Ich sage ihr selbstverständlich zu, auch im Sinne der Einheit der Partei meinen Beitrag zu leisten.

(Beifall)

Das ist heute einer der ersten Schritte zur Erneuerung der Partei - einer von vielen. Das ist kein Ende, sondern der Start der Erneuerung der SPD. Wir haben viele Kräfte, die für die Erneuerung in der Partei weiterhin kämpfen werden, die Jusos allen voran, stellvertretend Kevin Kühnert. Ich denke, dass wir gemeinsam auch mit der Initiative „Progressive Soziale Plattform“ die SPD dann wieder auch zur Gewinnerin machen können. - Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, wir lassen uns einen Augenblick Zeit, damit die Glückwünsche überbracht werden können, und steigen dann in aller Ruhe in die Antragsberatungen ein.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir können natürlich den Wunsch, ganz viele Glückwünsche zu überbringen, absolut nachvollziehen. Nichtsdestotrotz haben wir uns noch einiges vorgenommen. Wir wollen nicht nur gutes Personal, sondern auch gute Inhalte. Dazu müssten wir so langsam wieder in die Antragsberatungen einsteigen. Ich würde also darum bitten, dass alle ihre Plätze einnehmen. Dann wird Olaf Scholz als Sprecher der Antragskommission das Wort haben und uns über die Antragsberatungen insgesamt berichten, aber gleichzeitig auch den Leitantrag für den Parteivorstand vorstellen. Insofern würde ich bitten, dass jetzt die letzten Glückwünsche - zumindest vorerst - überbracht werden.

Ich glaube, dass wir jetzt einen ganz guten Zeitpunkt gefunden haben. Lieber Olaf, du hast das Wort.

Bericht der Antragskommission

Olaf Scholz, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir sind heute zusammgekommen, um eine Vorsitzende zu wählen. Weil das eben passiert ist, will ich an dieser Stelle noch einmal laut sagen: Herzlichen Glückwunsch, Andrea Nahles! Viel Kraft für die Arbeit, die vor dir liegt!

(Beifall)

Wir wissen, dass wir keine kleine Aufgabe zu schultern haben. Die Schultern, auf denen diese Aufgabe am allermeisten lasten wird, werden deine sein. Das verstehen wir sehr, sehr gut. Deshalb, glaube ich, kann ich hier auch für alle sagen: Wir werden dich bei dieser Arbeit unterstützen. Wir werden dazu beitragen, dass die SPD als solidarische Partei alles dafür tut, nach vorne zu kommen und ihre eigenen Aufgaben zu meistern.

Liebe Genossinnen und Genossen, ein paar Anträge sind dann doch auf diesem Parteitag gelandet, trotz der Tatsache, dass er zusammgerufen wurde, um die Wahl durchzuführen. Es geht um eine ganze Reihe von einzelnen Anträgen, die noch vorgestellt werden und zu denen ich mich kurzfassen kann. Es gibt viele Anträge aus den Gliederungen. Wenn ihr euch das Antragsbuch mit unseren Empfehlungen anguckt, stellt ihr fest: Darin wird ein wenig die Situation reflektiert, dass wir heute nur eine begrenzte Zeit haben, und wir haben dafür gesorgt, dass möglichst großes Einvernehmen herrscht. Bezüglich des großen Antragspakets und der Empfehlungen der Antragskommission ist also mein Wunsch und der Wunsch der gesamten Antragskommission: Folgt unseren Empfehlungen. Sie dienen dazu, dass wir hier gemeinschaftlich auf der Basis unserer Überzeugungen entscheiden können. Viele Dinge, die an anderer Stelle zu diskutieren sind, wollen wir an jenen Stellen erörtern.

Ein paar Anträge will ich vorab herausgreifen, weil sie aus unserer Perspektive eine Erwähnung verdienen und wir sie auch annehmen wollen. Zum Beispiel ist unter den Anträgen in dem dicken Antragsbuch einer, in dem wir uns mit der Reduzierung der befristeten Verträge im öffentlichen Dienst beschäftigen. Zum Beispiel geht es in einem Antrag um politische Bildung für Demokratie und gegen Rechtspopulismus. Zum Beispiel ist es so, dass wir zu § 219a StGB einen Beschluss fassen wollen. Die letzte Fassung der Antragskommission, die mit allen abgestimmt ist, liegt euch vor. Katarina Barley wird das demnächst noch begründen. Und wir haben uns fest vorgenommen, zu beschließen, dass der Koalitionsvertrag hinsichtlich seiner Umsetzung evaluiert werden soll auf einem Parteitag. Auch das ist genau beschrieben. Außerdem setzen wir uns mit Agrarpolitik auseinander.

Im Mittelpunkt der Dinge, die wir heute beschließen wollen, steht aber natürlich der Leitantrag, an dem viele gearbeitet haben und der eines nicht tun soll - das will ich vorweg sagen -: eine Debatte abschließen. Das ist also nicht das Ende der Diskussion, sondern der Anfang einer sorgfältigen inhaltlichen Debatte, die wir miteinander führen wollen.

Was steht da an? Was ist die Aufgabe, wenn wir uns vornehmen, die SPD zu erneuern? Wir müssen die Lage, in der sich die deutsche Sozialdemokratische Partei, aber auch die Sozialdemokratischen Parteien in Europa insgesamt befinden, genau verstehen. Ein Thema ist in der Rede von Andrea schon angesprochen worden; es ist aber auch eines, das uns in der letzten Zeit immer mehr und gut verstanden bewegt, nämlich: Wie gehen wir eigentlich damit um, dass sich die Verhältnisse ändern in der Wirtschaft, dass sich Arbeitsbedingungen verändern? Wie können wir angesichts der Auswirkungen, die Globalisierung und Digitalisierung haben, dafür Sorge tragen, dass auch in Zukunft noch gute, sichere Arbeitsplätze möglich sind?

Wie das gehen kann, dass man sich nicht dem Schicksal ergibt, das diese veränderte Welt mit sich bringt, ist etwas, was wir sehr sorgfältig erörtern wollen. Deshalb steht das im Mittelpunkt der Analyse. Denn die Tatsache, dass die Sozialdemokratischen Parteien nicht mehr die Stärke haben, die sie einmal hatten, hat natürlich etwas zu tun mit vielen Fragen, die in jedem einzelnen Land erörtert werden müssen. Aber sie hat auch etwas damit zu tun, dass ganz offenbar andere Zeiten herrschen. Deshalb ist die programmatische Erneuerung eine Sache, die nicht nur ansteht, weil sie mal wieder auf der Tagesordnung steht, sondern die gefordert wird, weil es ein grundlegendes, strukturelles Thema gibt, das wir zu erörtern haben, wenn wir die Zukunftsfähigkeit unserer Sozialdemokratischen Partei, aber auch die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft sichern wollen.

Das soll besprochen werden in verschiedenen Schwerpunkten, die wir uns gesetzt haben, in denen es um Wachstum, Wohlstand und Wertschöpfung im 21. Jahrhundert geht. Wie kann zum Beispiel ein inklusives Wachstum aussehen? Welche Möglichkeiten haben wir, zu erreichen, dass die wirtschaftliche Entwicklung mehr Beteiligungsmöglichkeiten mit sich bringt?

Wir haben zu diskutieren über die Zukunft der Arbeit. Ich habe das eben schon erläutert. Das ist die strukturelle Herausforderung, vor der wir vor allen anderen stehen.

Wir müssen uns Gedanken machen über einen bürgerfreundlichen Staat und natürlich über die Weiterentwicklung des Sozialstaates. An dieser Stelle soll auch die Debatte geführt werden über die Grundsicherung, über das Thema Hartz IV, das immer wieder

angesprochen wird und um das wir uns nicht herumdrücken dürfen, sondern bei dem wir in der nächsten Zeit klare Meinungsbildungen und Beschlussfassungen brauchen, die wir uns auch fest vorgenommen haben, und zwar sorgfältig vorbereitet, nicht am Anfang der Debatte einfach dahingesagt, sondern tatsächlich als Ergebnis einer Diskussion, die wir miteinander führen wollen.

Und dann geht es natürlich auch um die Frage, wie wir in einer sich so schnell verändernden Welt die künftige Rolle unseres Deutschland beschreiben. Denn das ist etwas, was uns alle bewegt: Wie geht es jetzt weiter mit der Europäischen Union? Was kann Deutschland dazu beitragen? Und vor allem anderen: Wie können wir sicherstellen, dass dies eine multilaterale Welt wird, die nicht von einem bestimmt wird, nicht von einzelnen Staaten, sondern in der das Miteinander wieder eine größere Rolle spielt, als das heute der Fall ist?

Alles das soll im Rahmen des Auftrages, den der Leitantrag formuliert, gelöst werden. Die Antwort erfolgt nicht durch den Antrag, sondern durch das, was wir in einem Jahr dazu herausbekommen haben wollen.

Gleichzeitig legt der Antrag fest, dass wir uns auch organisatorisch verändern wollen, dass wir neue Formen der Zusammenarbeit entwickeln wollen. Viele von uns haben verstanden, dass die Foren, die wir hatten, in denen wir über die Frage der Beteiligung an der Regierung diskutiert haben, eine richtige Methode waren. Aber es geht auch darum, die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen, um neue Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen. Das ist das, was wir uns vorgenommen haben. Lars Klingbeil wird später in der Debatte dazu noch etwas sagen. Unser Ziel ist es, mit einer erneuerten Struktur der SPD mehr Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen. Das gilt nicht nur in der Frage des Wie, sondern auch in der Frage des Wo, also: Wie können wir über die Schwäche, die wir im Osten Deutschlands haben, hinwegkommen? Wie können wir eine starke SPD in den östlichen Bundesländern werden? Wie können wir sicherstellen, dass die Sozialdemokratische Partei in Bayern und in Baden-Württemberg die Stärke hat, die ihr zukommt und die auch die pragmatischen Mitglieder dort verdienen?

Das alles muss sichtbar gemacht werden. Letztlich gehört auch die Frage dazu, wie wir sicherstellen können, dass die sozialdemokratische Partei eine Partei ist, in der nicht nur Frauen in Führungspositionen eine immer wichtigere Rolle spielen, sondern in der wir auch sicherstellen können, dass mehr Frauen in die SPD eintreten. Denn das ist das, was wir als Basis dieser Entwicklung brauchen, und dafür wollen wir uns auch einsetzen.

Liebe Genossinnen und Genossen, in diesem Diskussionsprozess haben wir, weil wir ja wissen, dass dies ein Parteitag ist, bei dem es im Wesentlichen um das geht, was passiert ist, nämlich die Wahl einer neuen Vorsitzenden, die Wahl von Andrea Nahles zur künftigen Vorsitzenden und zur jetzigen Vorsitzenden der SPD, es möglich zu machen, dass das hier in der Zeit bewältigt werden kann, die bis zum Ende des Parteitages zur Verfügung steht.

Deshalb ist unser gemeinsames Ziel, dass wir versucht haben, möglichst viel von dem einzuarbeiten, was an Vorschlägen zur ersten Fassung Leitantrages gekommen ist. Ich glaube, wir haben so etwa 99 % aller Vorschläge irgendwie eingearbeitet und versucht, es auch sprachlich so zu fassen, dass man das hinterher noch verstehen kann und dass nicht jede Sache fünfmal im Text des Antrages vorkommt, sondern möglichst nur einmal.

Aber das müssen wir jetzt hier am Ende auch noch hinbekommen. Deshalb mein Wunsch, liebe Genossinnen und Genossen: Es wird sicherlich noch eine ganze Reihe von Vorschlägen geben. Aber bitte lasst uns das Vorhaben, das mit diesem Antrag formuliert wird, nicht kaputt machen, indem man Diskussionsergebnisse, über die wir in einem Jahr streiten wollen, jetzt schon einmal festlegt. Lasst uns vielmehr sagen, darüber genau diskutieren wir. Deshalb ist auch kein Thema, auch keines, das wehtut, ausgelassen worden.

Zum Schluss. Neben dem Leitantrag haben wir noch weitere Initiativanträge. Ich habe zu einigen schon etwas gesagt. Paragraf 219a wird begründet werden. Es bestand großes Einvernehmen. Wohnen haben wir schon beschlossen.

Wir haben einen Antrag zur Familienzusammenführung gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen entwickelt. Auch da wird einvernehmlich noch einmal deutlich gemacht, dass sie Sozialdemokratische Partei für den Schutz der Familie steht und dass das auch im Zusammenhang mit Flüchtlingen ein Prinzip ist, das wir durchsetzen wollen.

Selbstverständlich wollen wir nicht schweigen angesichts der Entwicklung in Syrien. Jetzt ist die Stunde der Diplomatie - gemeinsam für Frieden in Syrien. Auch das ist ein Antrag, den wir hier auf den Weg bringen wollen und für dessen Unterstützung wir bei euch werben. Er ist auch so besprochen worden, dass alle, die dazu Kompetenz und Meinung haben, sich in die Erstellung dieses Antrags eingebracht haben. Es müsste also sehr einvernehmlich funktionieren können.

Ich hoffe, dass das für die Antragsdebatte hilft. Ich wünsche mir sehr, dass wir das zügig und mit den Konsensen, die wir real haben, hinbekommen. Ansonsten hoffe ich,

dass wir dann in den nächsten Jahren die Lebendigkeit und die Kraft entwickeln, die wir uns mit den Anträgen hier vornehmen. - Schönen Dank.

(Beifall)

Antragsberatung Leitantrag IA1 und IA6

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Olaf, als Sprecher der Antragskommission, aber gleichzeitig auch Einbringer des Leitantrages. Dazu gibt es einen Initiativantrag IA 6. Beide Anträge liegen euch schriftlich vor. Wir rufen sie auch beide gleichzeitig auf.

Das weitere Arbeitsprogramm der Antragsberatung hat Olaf schon aufgezeigt. Es geht insbesondere auch um den Syrien-Antrag und darüber hinaus um § 219a.

Ich will nur noch kurz darauf hinweisen, dass wir für die Antragsberatung noch rund eine Stunde zur Verfügung haben. Insbesondere zu dem Leitantrag liegt bereits eine ganze Reihe von Wortmeldungen vor. Es sind schon 35 Wortmeldungen abgegeben worden. Das veranlasst mich, noch einmal darauf hinzuweisen, dass wir gemeinsam zu Beginn des Parteitages mit der Geschäftsordnung vereinbart haben, dass die Redezeit für alle, die jetzt das Wort ergreifen, drei Minuten betragen wird.

Ihr habt bitte Verständnis dafür, dass wir auf die exakte Einhaltung der Redezeitbegrenzung achten werden, damit wir alle, die dazu etwas sagen möchten, nach Möglichkeit zu Wort kommen lassen können. Insofern werden wir auch erstens durch das optische Signal vorne am Rednerpult auf das Ende der Redezeit für den Redner hinweisen, aber auch nicht davor zurückscheuen, die Klingel und die Glocke hier vorn zu benutzen.

Ich hoffe, das findet euer Einverständnis, damit wir die Wortmeldungen zügig abarbeiten können.

Wir kommen jetzt zum Initiativantrag IA 6, der gestellt worden ist zum Leitantrag. Ich darf euch schon einmal die ersten vier Redner nennen, damit sie sich bereithalten können und zügig nacheinander an das Rednerpult treten können. Der erste, der hierzu das Wort hat, ist Michael Jung aus Rheinland-Pfalz. Ihm folgt Petra Köpping aus Sachsen, danach Sebastian Hartmann aus dem Rhein-Sieg-Kreis. Die Vierte in dem Reigen ist Gabriele Lösekrug-Möller aus dem Bezirk Hannover.

Lieber Michael, du hast das Wort.

Michael Jung, Rheinland-Pfalz: Vielen Dank, Anke. - Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Andrea, der Erneuerungsprozess treibt uns in den letzten Wochen und Monaten nach vorne. Ich glaube, im Rahmen des Koalitionsvertrages und des Streites, eines echten Streites, geht es in eine große Koalition oder gegen eine große Koalition, haben wir gezeigt, dass man in der SPD, mit der SPD streiten kann, dass wir uns inhaltlich streiten können.

Allerdings fehlen mir im Leitantrag wichtige Punkte neben der Zukunft der Arbeit. Das Thema ist gesetzt, es fehlt aber, und das mahnen alle Beschäftigten immer wieder bei uns an. Das mahnt der einzelne Bürger, die einzelne Bürgerin an: Es fehlt die soziale Sicherung.

Die meisten Menschen haben Angst, was passiert eigentlich, wenn etwas mit der Arbeit nicht funktioniert, wenn ich nicht mehr arbeiten kann, weil ich krank bin, oder, wenn ich in die Altersruhe eintrete. Dort muss stärker gegengesteuert werden. Deshalb muss das verstärkt aufgenommen werden. Ich erinnere daran, im Rahmen des Erneuerungsprozesses haben wir als Arbeitsgemeinschaften, und vor allem die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ein Programm vorgelegt „Klare Kante für soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherung“. Das soll nach unserem Beschluss des Berliner Parteitages in den Programmprozess einfließen.

Da bitte ich einfach, den Erneuerungsprozess so umzustellen, dass inhaltlich, aber auch organisatorisch die Arbeitsgemeinschaften stärker eingebunden werden. Derzeit sehen wir nur, dass wir ein paar Punkte diskutieren dürfen, aber wir sind nicht dabei bei Beschlussfassungen, wir sind in der Regel als Arbeitsgemeinschaften nicht dabei, wenn auf Bundesebene oder auf regionaler Klausuren stattfinden. Das wollen wir geändert haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Michael. - Es hat jetzt das Wort Petra Köpping.

Petra Köpping, Sachsen: Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen, liebe Freunde, ich bin Petra Köpping aus Sachsen. Ich war viele Jahre lang Bürgermeisterin, Landrätin und bin jetzt Staatsministerin für Gleichstellung und Integration in Sachsen.

Nächstes Jahr jährt sich die friedliche Revolution zum dreißigsten Mal. In Ostdeutschland ist die AfD stabil über 20 Prozent. In Sachsen wurde sie sogar bei der Bundestagswahl stärkste Partei. Das Sie-Ignorieren hat nicht geholfen. Das Darüber-Lustig-Machen hat nicht geholfen. Und ich sage ehrlich: Die Dauerempörungsschleife gegen Rechtspopulisten hat auch nicht geholfen. Deren gezielte Provokationen führen dazu, dass wir nur noch über die Rechtspopulisten reden. Am schlimmsten finde ich, wir reden nur noch über die Themen der Rechtspopulisten.

Nein, der Osten und auch Sachsen bestehen nicht nur aus Nazis. Im Gegenteil, wir haben in Sachsen eine zutiefst stolze Arbeitsgesellschaft. Wir haben aber auch eine zutiefst gekränkte Arbeitsgesellschaft.

Nach 1990 verloren über Nacht 40 Prozent der Arbeitskräfte ihre Anstellung. Für viele war diese Zeit natürlich auch ein Sprungbrett nach vorne, endlich der Enge, der Unfreiheit und Ineffektivität der Planwirtschaft zu entkommen. Doch für noch mehr Menschen wurden Lebensbiografien und Fachkompetenzen über Nacht entwertet. Ich habe in den letzten Jahren gelernt, dass diese Erfahrung der Demütigung und Kränkung unabhängig davon bestehen, ob man erfolgreich war oder nicht.

Ich bemerke leider, dass viele aufgrund der Kränkungen böse, wütend und auch oft ungerecht gegenüber anderen geworden sind und Pöbeleien und Hass freien Lauf lassen. Mir wurde auf einer meiner vielen Veranstaltungen zugerufen: „Sie, Frau Köpping, mit Ihren Flüchtlingen, integrieren Sie erst einmal uns!“ Liebe Genossinnen und Genossen, auch ich habe anfangs geschmunzelt, und dann habe ich den Hilferuf verstanden. Daher sage ich jetzt, im 28. Jahr nach der Wiedervereinigung: Wir brauchen eine Aufarbeitung der Nachwendezeit, deren Erleben und Gefühle viele Ostdeutsche bis heute prägt, egal, ob sie sich erfolgreich durchgekämpft haben oder eben nicht.

Keine Angst - die Debatte ist auch für mich eine Debatte des gegenseitigen Verstehens. Ich wünsche mir von manchem Ostdeutschen, dass diese endlich auch sehen, dass auch Gelsenkirchen, Bremerhaven oder Mannheim einen krassen Strukturwandel hinter sich haben. Doch wer von euch weiß denn, dass bei der Rentenüberleitung der Wiedervereinigung unterschiedlichste Gruppen wie die Eisenbahner, die Bergleute oder die in der DDR geschiedenen Frauen massive Ungerechtigkeiten erfahren haben? Jetzt wissen wir es, und jetzt sollte es auch verändert. Wir in Sachsen haben im Wahlkampf für einen Gerechtigkeitsfonds gekämpft. Im Koalitionsvertrag steht nun ein Härtefallfonds.

Wir werden hart darum kämpfen, dass dieser Fonds auch tatsächliche maximale Ungerechtigkeiten beseitigen kann. Unsere Marktwirtschaft hat Maß und Mitte

verloren. Im Osten verdienen 36 % aller Beschäftigten unter 10 Euro und landen folglich in der Grundsicherung. Altersarmut ist nicht nur ein ostdeutsches Phänomen, aber Ostdeutschland wird zu einem Massenphänomen, was Altersarmut betrifft. Im Osten hat niemand hohe Vermögen oder erwartet hohe Erbschaften, und kaum jemand zahlt Reichensteuer. Nur wenige Spitzensteuersätze. Wenn wir Willy Brandts Vision „Es wächst zusammen, was zusammengehört“ zur Wirklichkeit werden lassen wollen, dann müssen wir das jetzt tun. Wenn wir die SPD erneuern, müssen wir den Osten mitdenken, vor allem dann, wenn wir über eine neue Sozialpolitik streiten und wenn wir über Verteilungsfragen reden. Wenn wir die richtigen Lehren aus der Nachwendezeit ziehen und für mehr Gerechtigkeit in Ost und West kämpfen, dann gehen wir gemeinsam den richtigen Weg zur Erneuerung der SPD. - Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Petra. - Es hat nun Sebastian Hartmann das Wort. Ihm folgt Gabriele Lösekrug-Möller.

Sebastian Hartmann, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben uns auf den Weg der Erneuerung gemacht, und das ist ein erster Schritt, den wir heute wieder gehen. Aber jedes Tun braucht auch ein Ziel, und ich glaube, wir müssen dem Erneuerungsprozess ein klares Ziel voranstellen, indem wir die Fragen klären: Wofür stehen wir heute? Was ist unser gesellschaftlicher Auftrag jetzt? Vor allen Dingen, um dem Ganzen eine Richtung zu geben: Was können wir zukünftig besser machen? Dabei geht es eben nicht nur um „besser wissen“, sondern auch um „machen“? Da ist es im Mittelpunkt des Prozesses auch gut eingeordnet, zu sagen: Ja, wir wollen programmatisch besser werden. Wir wollen klarer werden. Wir wollen uns dort neu aufstellen. Das ist doch die Chance der Sozialdemokratie. Gerade jetzt, wenn Umbruch und Wandel stattfinden, wenn uns die Digitalisierung vor neue Herausforderungen stellt, dann ist es unsere Aufgabe und unser Auftrag, aus technologischem Wandel tatsächlich gesellschaftlichen Fortschritt zu machen. Damit muss das doch eine gute Zeit für die Sozialdemokratie sein, weil wir wissen, dass Politik nicht nur Veränderung ist, sondern Verbesserung der Dinge. Unser Ziel ist der soziale Fortschritt.

Wir haben es auch in Abgrenzung zu allen anderen Parteien immer dann einfacher und besser, weil wir nämlich ein hoffnungsfrohes, ein gutes Bild der Zukunft zeigen können, und das ist etwas, was zu Anfang an den Prozess muss. Wir müssen uns

mehr zutrauen. Wir müssen deutlicher machen, wofür wir stehen, und wir dürfen da vor keiner Debatte zurückschrecken. Wir dürfen auch nichts auslassen in der Diskussion und müssen dann auch Politik für die arbeitende und soziale Mitte in unserem Land machen.

Zur Wahrheit gehört, liebe Genossinnen und Genossen: Immer dann, wenn wir von Aufstieg gesprochen haben und Worte wie „fördern und fordern“ hinzugesetzt haben, dann gab es auch eine Menge Menschen in unserem Land, die gleichzeitig über Abstieg gesprochen haben, und zu den Worten „Aufstieg“ und „Abstieg“ kam das Wort „fürchten“ zu „fördern und fordern“ hinzu.

Deswegen muss uns klar sein: Wir brauchen eine bedingungslose soziale Sicherheit für die Ehrlichen und Fleißigen im Land, damit sie auch wissen, dass sie sich auf uns verlassen können, wenn wir eine solidarische Gesellschaft, eine solidarische Gemeinschaft schaffen wollen.

Also, Genossinnen und Genossen: Wir müssen uns mehr zutrauen, aber wir können auch selbstbewusst und klar in der Sache sein, weil wir eine gute Idee haben. Es wird uns einiges abverlangen. Wir werden nicht nur inhaltliche Fragen klären müssen, sondern wir müssen auch in der Sprache deutlicher werden, vielleicht mal nicht über die Milliarde oder über das Infrastrukturprogramm reden, sondern auch mal deutlicher über die 1.000 Euro reden, die vielleicht die Dieselnachrüstung kostet oder die auf der anderen Seite darüber entscheidet, ob man den Familienurlaub überhaupt noch bezahlen kann. Das müssen unsere Zahlen sein. Das muss unser gutes Wort sein, wenn wir über ein gutes, gelingendes Leben reden, das wir organisieren wollen in diesem Land.

(Beifall)

Lasst mich abschließend einen Satz ergänzen. Wenn wir über Zutrauen reden, müssen wir auch über Vertrauen reden. Wenn wir, liebe Genossinnen und Genossen, über den Zusammenhalt in der Gesellschaft reden, dann müssen wir praktisch unter Beweis stellen, dass wir auch Vertrauen in der Partei organisieren können und verantworten können. Wer von Solidarität spricht, muss das nicht nur als Wert und Wort in einem Papier begreifen, sondern tatsächlich leben. Das gehört an den Anfang dieses Prozesses und sollte im Erneuerungsverfahren und Prozess nicht vergessen werden.

Abschließend: Wenn man sich vertraut und wieder mehr zutraut, dann kann man sich auch zuversichtlich mit Freude am Tun auf den Weg zu einer neuen, starken Sozialdemokratie machen; denn ich bin fest davon überzeugt, dass der Wandel, der

in unserem Land stattfindet, in Richtung des sozialen Fortschritts entwickelt werden muss und verantwortet werden kann nur durch die Sozialdemokratie, die - und das ist am allerwichtigsten - wie keine andere Partei für eine friedliche Welt steht, in der es keine Kriege geben darf, die auf Twitter angekündigt werden, sondern wir sind das spannendste Versprechen für die Zukunft, für eine gerechte, freie und friedliche Welt. Da müssen wir auch zuversichtlich sein, und dann wird das was.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Sebastian. - Es hat jetzt Gabriele Lösekrug-Möller das Wort. Ihr folgt Munib Agha aus dem Ortsverein Erlangen. Danach kommt Annika Klose.

Gabriele Lösekrug-Möller, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich kann direkt an Sebastian anschließen. Er hat zwei Dinge gesagt, die stimmen: Besser wissen ist gut, und besser machen ist auch gut. Das sind meine Stichworte, denn ich will etwas zur politischen Bildung in der SPD sagen. Ich glaube, dass wir davon mehr brauchen, als wir zurzeit haben. Ich finde, das ist sehr notwendig, wenn wir erfolgreich einen Entwicklungsprozess miteinander machen wollen - auf allen Ebenen. Alle werden wissen, dass wir die Partei sind, die in ihrer Geschichte politische Bildung immer als einen zentralen Auftrag gesehen hat. Der ist nie erledigt, und wir werden ihn heute und in Zukunft noch mehr brauchen als bisher.

Also sollten wir das, was unsere Stärke in der Vergangenheit war, weiter ausbauen. Ich spreche das hier an, weil das nicht von alleine geht. Wir haben eine gute Parteischule auf Bundesebene und in vielen Landesverbänden und Bezirken gute Bildungseinrichtungen. Ich erwarte, dass wir diese Ressource in unserem Arbeitsprozess nutzen. Ich erwarte, dass wir auch da ein starkes Netzwerk entwickeln und einen Zugang zu all dem finden, was uns miteinander starkmacht.

Ehrlich gesagt: Das zweite Kraftzentrum in unserer Partei - das spreche ich bewusst so an - sind die Hauptamtlichen, die unsere Arbeit mittragen. Ich finde, wir haben bisher in keinem Antrag irgendetwas dazu drin. Das finde ich schade, und ich weiß nicht, ob es mündlich reicht. Aber wenn wir uns auf den Weg machen, einen Fortschritt in unserer Partei zu entwickeln - programmatisch, strukturell, organisatorisch -, dann will ich euch sagen: Das kriegen wir nur gut hin mit unseren Hauptamtlichen. Wenn ich über das Willy-Brandt-Haus etwas höre, ist das oftmals eher ein Gemäkel als ein Dankeschön. Ich will das hier einmal so aussprechen. Manchen Job, der da gemacht

wird, möchte ich nicht haben. Danke also, dass ihr gut seid, und danke, dass ihr in den Landesverbänden, in den Bezirken und in manchen Bereichen - auch in den Unterbezirken - als Hauptamtliche da seid.

Ich verbinde den Dank allerdings mit einer hohen Erwartung, nämlich mit der Erwartung, dass ihr euch auch genauso konstruktiv einbringt in die Veränderung, die wir vor uns haben. Wir wissen ja, das wird kein leichter Weg sein, aber mit euch zusammen - ich will die politische Bildung darin einschließen, mit all den Stärken, die wir dort entwickelt haben -, müssen wir überhaupt keine Angst vor der Zukunft haben. Wenn wir das dann kombinieren - da komme ich noch einmal auf Sebastian zurück -: Mit Vertrauen, von dem wir nicht nur sprechen sollten, sondern es leben sollten. Ehrlich gesagt: Wer will dann noch unseren Fortschritt aufhalten? - Danke schön.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Gabriele. - Es spricht nun Munib Agha. Ihm folgt Annika Klose. Bereit hält sich bitte Micha Heitkamp aus Nordrhein-Westfalen.

Munib Agha, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte hier für die Änderungsanträge der Jusos werben.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben heute schon sehr viel über das Arbeitslosengeld II gesprochen. Das ALG II, das man nach längerer Arbeitslosigkeit bekommt, ist eine Sozialleistung, die einem das Existenzminimum garantieren soll. „Minimum“ ist für mein Verständnis der kleinste Betrag, den wir einem zugestehen bzw. der einem qua Bürgerrecht auch garantiert wird. Seit 13 Jahren sagen wir: Wir bieten dir jetzt eine Arbeit an. Selbst wenn sie schlecht bezahlt ist, auch wenn sie nicht deiner Qualifikation entspricht und selbst wenn sie nicht einmal sinnstiftend ist, musst du sie annehmen. Wenn du sie nicht annimmst, dann garantieren wir dir nicht mehr das Existenzminimum, sondern geben dir nur noch 70 oder noch weniger Prozent davon. – Es mag sein, dass einige Gerichte diese Philosophie bestätigt haben. Aber – liebe Andrea, du hast ja auch sehr viel von dem Paradigma der Solidarität gesprochen – da müssen wir uns fragen, ob das wirklich mit unserer Philosophie der sozialen Demokratie zusammenpasst; denn Grundrechte sind universell.

(Vereinzelt Beifall)

Egal ob wir jemanden mögen oder nicht: Sie stehen einem einfach zu. Dazu gehört auch das Existenzminimum.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeister Gerich hat vom Tür-zu-Tür-Wahlkampf gesprochen. Das erinnert mich daran: Wenn wir unsere Tür-zu-Tür-Wahlkämpfe in den Vierteln machen, wo wir in den 90er-Jahren noch mehr als 50 Prozent bekommen haben – und das selbst in Nordbayern –, sagen uns viele Menschen: Wir haben früher immer die SPD gewählt, weil die SPD die Partei war, die unsere Interessen vertreten hat. Aber mit der Agenda 2010 und der Rente mit 67 tut sie das nicht mehr, und deswegen gehen wir jetzt gar nicht mehr wählen. – Wir haben es also mit zu verantworten, dass hier eine Krise des Vertrauens in die institutionelle Demokratie herrscht.

Noch ein Punkt: Es geht mir nicht nur um die Betroffenen, sondern auch um die, die Angst haben, Betroffene zu werden. Man muss sich ja auch die Frage stellen: Wieso sind so viele Menschen auch bereit, schlechte Arbeit bzw. schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen? Ich denke, ein gutes Beispiel ist Amazon, wo ja auch für einen Tarif gekämpft wird. Wenn man mit unseren Kolleginnen und Kollegen von ver.di spricht, hört man, dass die immer noch Probleme haben, die Leute zu mobilisieren, um den Arbeitskampf zu bestreiten. Das liegt an zwei Gründen: Erstens sind die alle befristet angestellt. Ich hoffe, daran ändert sich etwas. Im Koalitionsvertrag steht ja etwas dazu. Das Zweite, das Wichtigere, ist aber das Stigma der Hartz-IV-Sanktionen und das Verwehren der sozialen Teilhabe. Ich denke, hier müssen wir ein wichtiges Signal setzen und sagen: Wir haben es verstanden. Diese Sanktionen waren falsch; das ist auch belegt. Wir möchten euch sagen, dass der Sozialstaat hinter euch steht. Geht auf die Straße und streitet für einen Tarifvertrag! – Deswegen noch einmal das Plädoyer dafür: Stimmt den Änderungsanträgen der Jusos zu, damit von diesem Parteitag auch ein Symbol ausgeht. – Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Munib. – Jetzt hat Annika Klose das Wort.

(Vereinzelt Beifall)

Annika Klose, Berlin: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir wollen unsere Partei erneuern, und das ist auch dringend notwendig und gut so. Wir kämpfen für eine Neuausrichtung der Sozialdemokratie, damit wir wegkommen von den neoliberalen Fehlern der 2000er-Jahre und von der Politik des sogenannten Dritten Weges, damit wir uns davon verabschieden und neue sozialdemokratische Perspektiven entwickeln können.

Wir wollen Investitionen und einen starken Staat statt Privatisierung und Abbau öffentlicher Infrastruktur. Wir wollen eine starke soziale Sicherung statt Sanktionen. Wir wollen gute Arbeit und eine Demokratisierung der Wirtschaft statt Niedriglohn und Marktgläubigkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Diese Erneuerung der SPD ist dringend nötig, aber sie kann nur dann erfolgreich und glaubwürdig sein, wenn wir sie in einem europäischen Kontext diskutieren und wenn wir auch mit der sozialdemokratischen Parteienfamilie solidarisch und mit positivem Beispiel voranschreiten. Wenn wir uns in Europa umblicken, sehen wir, dass nicht nur wir mit schlechten Wahlergebnissen zu kämpfen haben, sondern dass auch viele unserer europäischen Schwesterorganisationen und Schwesterparteien mit existenziellen Bedrohungen konfrontiert sind. Auch sie ringen um eine Neuausrichtung, und auch sie ringen um Antworten. In Griechenland, den Niederlanden oder Frankreich stagnieren die sozialdemokratischen oder sozialistischen Parteien zwischen 4 und 7 Prozent. Hier wird die Dramatik doch wirklich deutlich.

Wir müssen sehen, dass wir hier mit positiven Impulsen vorangehen müssen. Ich denke, der vorliegende Leitantrag enthält viele wichtige Punkte. Doch einen sehr wichtigen Punkt klammern wir weiterhin aus: Für einen starken Staat, für eine starke und leistungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge und für soziale Sicherungen, die auch dann funktionieren, wenn die Wirtschaft mal nicht so gut läuft, wie wir uns das vorstellen, und wenn die Steuereinnahmen mal nicht so sehr sprudeln, müssen wir endlich weg von der Schuldenbremse und weg von der Anbetung der schwarzen Null.

(Beifall)

Wenn wir uns in Europa umgucken, stellen wir fest, dass viele unserer sozialdemokratischen Partnerinnen und Partner in einer existenziellen Krise sind und gleichzeitig genau diese Länder massiv von der Austeritätspolitik bzw. der Sparpolitik betroffen waren. Wir haben gesehen, was Sparpolitik und die schwarze Null in Krisenzeiten bedeuten können: Massenarbeitslosigkeit, gerade unter jungen

Menschen, Abbau öffentlicher Infrastruktur und Ausverkauf von staatlichem Eigentum. Diese Politik und diese Konsequenzen dürfen niemals Teil von sozialdemokratischer Politik sein und mit unseren Stimmen durchgesetzt werden.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist eine Frage der Solidarität, dass wir als SPD hier voranschreiten und uns von der schwarzen Null verabschieden und dass wir Investitionen da, wo sie nötig sind, möglich machen. Ich glaube, dass wir auch mit Blick auf unsere europäischen Partnerinnen und Partner – auf europäischer Ebene haben wir dieses Spardiktat ja mit verordnet – hier einen Schritt vorangehen und einen Impuls setzen müssen. Deswegen bitte ich euch: Nehmt den Änderungsantrag der Jusos, der ganz klar eine Abkehr von der schwarzen Null fordert, an, und lasst uns hier ein Zeichen der europäischen Solidarität setzen! – Vielen Dank.

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Annika. – Es folgt Micha Heitkamp und danach Amina Yousaf.

Micha Heitkamp, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich bin jetzt mehrfach gefragt worden, ob ich, wie im Januar, wieder ein schönes „Herr der Ringe“-Zitat zur aktuellen Lage der SPD vortragen kann. Da habe ich gesagt: Nein, ich muss ja nicht immer zu allem etwas sagen. – Ich möchte jetzt aber doch das Wort im Namen eines Kreisverbandes ergreifen, der sich in die Debatte um die Erneuerung in Form eines eigenen Antrags eingebracht hat. Ich habe festgestellt: Wir waren nicht die Einzigen, sondern im Antragsbuch finden sich wirklich viele Anträge von Gliederungen, die offensichtlich fristgerecht bis zum 23. März eingereicht wurden. Aber ich kenne die Hälfte davon nicht halb so gut, wie ich es gerne möchte, und ich mag weniger als die Hälfte davon auch nur halb so gerne, wie sie es verdienen,

(Vereinzelt Beifall)

ganz einfach, weil das Antragsbuch für Anträge, die alle seit einem Monat vorliegen, erst vor sechs Tagen zur Vorbereitung versendet worden ist, und weil der Antrag, der heute unser Leitantrag ist, erst gestern vom Parteivorstand beschlossen wurde und heute als Tischvorlage ausliegt. Genossinnen und Genossen, in allen Diskussionen, die wir zur Erneuerung geführt haben, haben wir uns da schon etwas Anderes vorgenommen.

(Beifall)

Ich bin da in diesen postmodernen Zeiten vielleicht ein Konservativer. Aber ich glaube, dass große Richtungsentscheidungen in einer demokratischen Partei wie der SPD nicht durch die Wahl der Vorsitzenden und auch nicht durch irgendwelche Onlineforen getroffen werden, sondern durch solch altmodische Instrumente wie Delegiertenwahlen und die gute Vorbereitung auf Parteitage. Ich glaube, das sollten wir uns für die Zukunft und für den weiteren Prozess sehr zu Herzen nehmen.

(Beifall)

Das heißt übrigens auch, wenn wir es wirklich ernst nehmen, dass wir Inhalte in der Partei entwickeln wollen, die über das in der Regierung Mögliche hinausgehen, dass es einfach nicht geht, dass der Vizekanzler gleichzeitig Vorsitzender der Antragskommission ist. Das funktioniert in dieser Kombination nicht!

(Vereinzelt Beifall)

Das Ganze passt zu der Performance, die die gesamte SPD seit dem Beginn der nächsten Großen Koalition abgibt. Wir reden immer davon, dass wir große Ideen und Visionen entwickeln wollen. Aber ich habe immer mehr den Eindruck, wir machen es uns richtig bequem, indem wir uns in die Technokratie zurückziehen. Die anderen, die Spahns und die Seehofers, sind die Krakeeler. Wir dagegen sind diejenigen, die solide arbeiten, das, was im Koalitionsvertrag vereinbart worden ist, abarbeiten, und dann kommen wir immer und verkünden Erfolgsmeldungen. Ich habe gerade gelesen, wir haben die Brückenteilzeit eingeführt. Das ist ja inhaltlich gut. Aber wo ist auch mal die große politische Botschaft? Lasst uns doch mal über einen Begriff wie „Freiheit“ reden, die Konservativen und die Neoliberalen da mal angreifen und über unsere Deutungshoheit von Freiheit reden!

(Beifall)

Wenn der Spahn sagt, dass in Deutschland niemand verhungern muss, dann hat er vielleicht recht. Aber er lenkt davon ab, was die Armut in unserer Gesellschaft eigentlich ausmacht - nämlich, dass Menschen die Möglichkeit fehlt, an der Gesellschaft teilzuhaben und in ihrem Leben eigene Wahlentscheidungen zu treffen. Genossinnen und Genossen, da müssen wir mit einem sozialdemokratischen Verständnis von Freiheit, dass alle Menschen in dieser Gesellschaft frei und selbstbestimmt ihr eigenes Leben gestalten können, dagegenhalten.

(Vereinzelt Beifall)

Darauf gibt es keine Antworten in der Nation. Darauf können wir nur mit internationaler Solidarität und mit einem starken Europa antworten. Wenn es nötig ist, müssen wir dafür auch neue Schulden machen können.

Ich bitte deshalb auch darum, den Änderungsantrag der Jusos zu unterstützen und die Abkehr von der schwarzen Null als Prinzip heute als klares Signal zu beschließen.

(Beifall)

Liebe Andrea, ich weiß gerade nicht, wo du bist und ob du mir zuhörst. Ich wollte dir noch eine Botschaft mitgeben. – Ich habe dich heute gewählt, weil ich dir vertraue, diese nicht immer ganz einfache Partei zu führen, aber – da spreche ich, glaube ich, auch im Namen von vielen Genossinnen und Genossen bei uns in den Ortsvereinen - Vertrauen musst du nach all dem, was in den letzten Wochen passiert ist, noch mal erarbeiten. Der richtige Weg wäre, jetzt wirklich damit anzufangen, zu erneuern, und sich nicht zum 112. Mal die Erneuerung wieder nur vorzunehmen. – Vielen Dank. Glück auf!

(Vereinzelt Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Micha. – Amina Yousaf, und ihr folgt Sören Böhrnsen aus Bremen.

Amina Yousaf, Hannover: Liebe Genossinnen - hier dürfen sich die Männer gerne mit gemeint fühlen -,

(Vereinzelt Beifall)

ich möchte auf zwei Themenbereiche eingehen.

Zum einen möchte ich zunächst einmal ein bisschen von meiner politischen Arbeit erzählen.

Ich bin in einem Frauenbündnis – lokal vor Ort zu Hause, in Göttingen - aktiv. Im Dezember konnte ich dort hingehen und war sehr glücklich, mit den Frauen und den anderen Menschen, die sich dort organisieren, darüber zu reden und ihnen sagen zu können: Die SPD wird Mehrheiten finden, um den § 219a abzuschaffen, ohne dass es eine Kompromisslösung ist.

(Vereinzelt Beifall)

Knapp drei Monate später ging ich dort wieder hin – wir haben März –, und ich musste ihnen sagen: Na ja, so genau weiß ich jetzt nicht, was wir machen werden. Wir werden gucken, dass wir Mehrheiten finden, was am Ende dabei herauskommt, weiß ich aber noch nicht.

Es kann doch eigentlich nicht sein, dass wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Menschen, die eine Abtreibung vornehmen wollen oder müssen – aus welchen Gründen auch immer –, nicht ein Informationsrecht und die Informationen nicht wertungsfrei zur Verfügung stellen. In den meisten Fällen ist es so, dass man auf Webseiten der Abtreibungsgegner landet, um sich dort zu informieren. Das ist eine Sache, die so einfach nicht weitergehen kann.

(Vereinzelt Beifall)

Genau weil das der Kernpunkt ist, müssen wir jetzt als Sozialdemokratie einen Beschluss fassen und ihn, finde ich auch, explizit noch mal gesondert zur Abstimmung stellen, weil das auch den Regierungsmitgliedern zu einer handlungsfähigen Position verhilft, um zu sagen: Es ist egal, was unsere Koalitionspartner sagen. Ich meine wirklich die Partner, weil eigentlich ist es Jens Spahn, der sagt, dass Frauen nicht über ihren eigenen Körper entscheiden sollen. Hier brauchen wir eine deutliche Positionierung des Parteitages dahingehend, dass wir eine Abschaffung wollen. Und wenn das mit dem Partner nicht möglich ist, dann machen wir eine Gewissensentscheidung daraus, sodass wir die Mehrheit dafür im Bundestag haben.

(Vereinzelt Beifall)

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Frage nach dem Mindestlohn. Der Mindestlohn ist ohne Frage einer der Punkte, einer der sozialdemokratischen Beschlüsse, die wir mit unserer sozialdemokratischen Politik umsetzen konnten, die die Politik geprägt haben. Trotzdem müssen wir heute feststellen, dass es immer noch Ausnahmen gibt und dass es immer noch nicht zum Leben reicht.

Deshalb müssen wir heute die Forderung aufstellen, dass der Mindestlohn als ein armutsfreies Instrument gilt, der ohne Ausnahmen zum Tragen kommt. Menschen, die in Ausbildung sind, Menschen, die ein Praktikum machen, haben es verdient, den Mindestlohn zu bekommen. Deshalb würde ich mich freuen, wenn ihr den Änderungsantrag der Jusos unterstützen würdet, genau dies in den Leitantrag einzufügen.

(Vereinzelt Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Amina. Vielleicht kannst du deine Änderungsformulierung noch mal bei der Antragskommission hinterlegen. Das würde die Arbeit sehr erleichtern. - Vielen Dank dafür.

Jetzt rufe ich als Nächstes Sören Böhrens auf, und ihm folgt Charlotte Rosa Dick aus dem Bezirk Braunschweig.

Sören Böhrens, Bremen: Liebe Genossinnen! Viel reden wir über die Erneuerung der Partei. Dazu gehört aber auch, eigene Entscheidungen zu hinterfragen. Hierzu gehört selbstverständlich auch Hartz IV. Wer saß schon mal im Wartezimmer eines Jobcenters? Es ist kein schönes Gefühl auf einen Termin zu warten, in dem gleich ein Sachbearbeiter über die Existenz entscheidet.

Natürlich ist es einfach, zu fordern, dies einfach abzuschaffen, was Vielen und auch mir durchaus sympathisch ist. Man darf aber den zweiten Schritt nicht vor dem ersten machen, sondern wir müssen uns zunächst angucken, was besonders schlecht läuft, und das ist insbesondere der Umgang mit jungen Menschen und das Sanktionsregime.

Es kann nicht sein, dass es jungen Menschen untersagt wird, bei ihren Eltern auszuziehen, bis sie 25 Jahre alt sind. Es kann nicht sein, dass jungen Menschen schon bei einer Pflichtverletzung 100 Prozent der Leistungen gekürzt werden können – und danach sogar die Kosten für Unterkunft. Es kann nicht sein, dass Menschen für einen verpassten Termin das Existenzminimum, das absolute Minimum zum Leben, gekürzt werden kann. - Man kann diese Liste weiterführen.

Hartz IV, wie wir es haben, schafft Armut und manifestiert bestehende Armut. Deswegen müssen wir uns auch hiermit auseinandersetzen. Statt Sanktionen müssen wir soziale Sicherheit schaffen. Statt Menschen zu bestrafen, müssen wir sie unterstützen. Das muss der Anspruch der Sozialdemokratischen Partei sein, und dies gehört in einen Erneuerungsprozess dieser Partei auch mit hinein. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Sören. – Charlotte Rosa Dick, und dann folgt Stephan Grüger aus Hessen-Süd.

Charlotte Rosa Dick, Braunschweig: Liebe Genossinnen und Genossen, wir alle wollen in einer Gesellschaft mit hoher Lebensqualität und guter öffentlicher Infrastruktur leben. Wir alle wissen, dass dazu Geld in die Hand genommen werden

muss, und wir alle erleben, dass die Kommunen nicht genügend Mittel zur Verfügung haben. Das sollte man ändern, das müsste man ändern.

Das Problem ist, dass alle öffentlichen Haushalte die Schuldenbremse einhalten müssen. Einnahmen müssen Ausgaben decken, Investitionen sind nur schwer möglich, die Handlungsspielräume sind eingeschränkt.

Ich komme aus Salzgitter. Offiziell ist das eine Großstadt, aber um ehrlich zu sein: Das ist eine Ansammlung von vielen Dörfern mit zwei Zentren. In diesen zwei Zentren, aber auch in den Dörfern drumherum müsste investiert werden. Wir müssen uns oft entscheiden, wo investiert wird, obwohl es überall Straßen gibt, die eigentlich eher eine Aneinanderreihung von Schlaglöchern sind, obwohl an vielen Orten sonntags kein Bus fährt und Menschen wie meine Oma es nicht schaffen, in die Kirche zu kommen.

Die Schuldenbremse, die Politik der schwarzen Null, verhindert, dass wir den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden.

(Vereinzelt Beifall)

Sie verhindert, dass der Bund Länder und Kommunen entlasten kann, und sie nimmt der SPD die Chance, die Partei der Kümmerer zu sein.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, manchmal bedeutet Erneuerung auch „zurück zu den Wurzeln“. Für die SPD bedeutet das meiner Meinung nach: Bedürfnisse ernst nehmen, sich wirklich kümmern. Und die Voraussetzung dafür ist die Abkehr von der Politik der schwarzen Null.

(Vereinzelt Beifall)

Ich freue mich, dass die Jusos einen Änderungsantrag eingebracht haben, und bitte euch, diesen anzunehmen. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Charlotte. – Es hat jetzt Stephan Grüger das Wort, und ihm folgt dann Franziska Giffey.

Stephan Grüger, Hessen-Süd: Genossinnen und Genossen, ich habe mit Interesse den Parteitag dazu genutzt, den Leitantrag zu lesen, der ja als Initiativantrag vorliegt, und ich muss einfach grundsätzlich noch mal sagen: Ich empfinde es als ein Zeichen

der Respektlosigkeit, einen solchen Antrag mit 15 Seiten als Initiativantrag hier vorzulegen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn ich das in meinem Unterbezirk machen würde, würden sie mich zum Teufel jagen, und ich finde, auch das sollte Teil der Erneuerung sein: dass so was in Zukunft nicht mehr passiert. Ich möchte so was nämlich auch in meinem Unterbezirk und in meinem Wahlkreis mit den Genossinnen und Genossen diskutieren können.

(Vereinzelt Beifall)

Beim Durchlesen sind mir einige Punkte aufgefallen. Am meisten ist mir aufgefallen: Schon ganz am Anfang, in der Zeile 61, wird aufgezählt, wofür wir streben: eine offene, soziale, liberale, solidarische und proeuropäische Gesellschaft. Ich habe immer gedacht, dass wir auch für eine demokratische Gesellschaft kämpfen, Genossinnen und Genossen. Ich würde mich freuen, dass, wenn wir schon eine solche Aufzählung machen, hinter „sozial“ auch noch „demokratisch“ kommt. Ich bitte die Antragskommission, diesen Änderungsantrag, der ja sehr überschaubar ist, noch mit aufzunehmen. Ich kämpfe auf jeden Fall für eine soziale und demokratische Gesellschaft. Für mich ist Demokratie nicht nur eine Regierungsform, sondern, wie Georg-August Zinn es hier in Hessen formuliert hat, auch eine Lebensform, Genossinnen und Genossen.

Der Hauptpunkt, der mir in dem Leitantrag fehlt, sind allerdings konkrete Ansagen zum Thema „Zukunft der Arbeit“. Ja, wir sind die Partei der Arbeit. Wir müssen aber die Partei sein, die dafür kämpft, dass kein Mensch Angst haben muss, arbeitslos zu werden, und jeder Mensch das Versprechen hat, seine Existenz auf dem Niveau, das er hat, weiter zu erhalten und wieder neue Arbeit zu bekommen. Dazu sagen wir in dem Leitantrag herzlich wenig.

Ich bin der Andrea dankbar, dass sie das Thema ALG Q hier genannt hat. Das war eine gute Maßnahme, eine gute Entwicklung, die leider keinen Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden hat. Das zeigt aber, dass wir offensichtlich in den nächsten dreieinhalb Jahren eine Doppelstrategie fahren müssen: Auf der einen Seite müssen wir den Koalitionsvertrag umsetzen, so gut es geht. Auf der anderen Seite müssen wir aber den Menschen sagen, was wir in dreieinhalb Jahren anders machen wollen und warum sie uns dafür wählen müssen. Damit müssen wir heute anfangen. Der Leitantrag gibt das leider nicht in dem Maße her. Wir müssen konkret sagen, wofür die Sozialdemokratie in dreieinhalb Jahren stehen wird und wofür man uns wählen soll.

Wenn wir das nicht konkret formulieren können, werden wir in dreieinhalb Jahren genauso dastehen wie vorher. Denn reibungslos zu regieren reicht nicht.

(Beifall)

Ich bin dem Thorsten Schäfer-Gümbel dankbar, dass er konkret formuliert hat - das hat ja auch Eingang in den Leitantrag gefunden -, dass wir an den Vermögensschutz in ALG II herangehen müssen. Aber, Genossinnen und Genossen, wir müssen diese Fragen so formulieren, dass die Bürgerinnen und Bürger vor Ort das auch verstehen. Denn „ALG II“, „ALG I“ und „Hartz IV“ sind Chiffren in der öffentlichen Debatte. Darunter kann sich jeder aber konkret ungefähr so viel vorstellen wie unter „SGB II“. Wir müssen konkret sagen: Wir sind die Partei, die dafür sorgt, dass keiner Angst haben muss, arbeitslos zu werden! Wir sind die Partei, die die Leute in Arbeit bringt, und wir sind die Partei, die dafür sorgt, dass keiner Angst vor der Zukunft haben muss! Wir sind nämlich die Partei, die die Zukunftsängste der Mittelschicht ansprechen muss, und zwar so, dass diese Mittelschicht uns in Zukunft wieder wählt. - Vielen Dank, Genossinnen und Genossen, und Glück auf!

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Stephan. - Als Nächste hat Franziska das Wort.

Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin Franziska Giffey. Seit fünf Wochen bin ich eure neue Bundesfamilienministerin.

(Beifall)

Ich bringe in dieses Amt nicht nur das Engagement und die Leidenschaft für die Themen, die sich damit verbinden, sondern auch 16 Jahre kommunalpolitische Erfahrungen. Ich fand es heute ganz toll, den Wiesbadener Bürgermeister zu hören, der davon gesprochen hat, dass wir Politik aus innerer Überzeugung machen, uns kümmern, zu den Menschen gehen, zuhören sollen, und nicht nur die schönen Worte im Leitantrag zu sehen, sondern zu sagen, was eigentlich das ist, was wir konkret vor Ort tun. Das wünsche ich mir für die kommende Zeit der Erneuerung.

Im Leitantrag steht, dass wir in den letzten Jahren sozialdemokratische Regierungspolitik gemacht haben, die davon geprägt war, viele gute Maßnahmen

umzusetzen. Aber die Frage ist ja: Haben die Leute das eigentlich gemerkt? - Ich glaube, wir müssen manchmal nicht nur gute Dinge tun, sondern auch darüber reden, dass wir gute Dinge erreichen. Deshalb müssen wir so sprechen, dass die Leute uns verstehen, und darauf achten, zu sagen, was wir tun, und zu tun, was wir sagen. Dazu gehören Zuversicht, Kompetenz, Entschlossenheit und konkrete Projekte, konkrete Vorhaben, die sich unmittelbar auf das Leben derjenigen auswirken, die vor Ort sind.

Ich will mich für meinen Teil als Familienministerin um drei große Bereiche kümmern: Wir wollen dafür arbeiten, dass es jedes Kind in Deutschland packt - egal ob in armen oder reichen Elternhäusern geboren, auf dem Land, in der Stadt, in Ost oder in West. Dafür werde ich noch vor der Sommerpause unser gutes Kitagesetz auf den Weg bringen - für eine bessere Qualität der frühkindlichen Bildung

(Beifall)

und für weniger Gebühren, mehr Qualität, weniger Gebühren. Wir wollen den Ganztagsbetrieb in den Grundschulen stärken. Das wird mit Unterstützung der SPD gehen. Ich bitte euch, herauszugehen und zu sagen: Die SPD ist die Partei, die sich für gute frühkindliche Bildung für jedes Kind einsetzt! Wir wollen gerne, dass wir mit dem Kinderzuschlag eine ganz konkrete Maßnahme gegen die Kinderarmut in Deutschland haben! Wir müssen sagen, dass es die SPD macht, gegen die Kinderarmut vorzugehen.

Und wir kümmern uns um diejenigen, die sich kümmern. Wir als Sozialdemokraten müssen doch dafür eintreten, dass wir denjenigen, die in sozialen Berufen tätig sind - das sind zu 80 % Frauen; über 5 Millionen Menschen -, alle unsere Unterstützung geben, ihren Beruf aufzuwerten, für eine bessere Bezahlung all derer, die in den sozialen Berufen tätig sind. Wenn wir sagen, wir kümmern uns um die Kümmerner, dann gehört dazu, dass wir auch für diejenigen eintreten, die sich ehrenamtlich engagieren, die sich für die Demokratie und gegen Extremismus und Menschenfeindlichkeit einsetzen.

(Beifall)

Der dritte Punkt, der auch bei mir ist: Wir wollen uns für die Frauen stark machen; denn Frauen können alles. Das müssen wir immer wieder sagen. Es geht nicht nur um die Frauen in Führungspositionen, sondern auch um diejenigen, die von Gewalt, Zwangsheirat und Unterdrückung betroffen oder bedroht sind. Wir müssen uns für diese Frauen stark machen, für die Familien und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wenn wir über Vollbeschäftigung in Deutschland reden, dann fängt das mit der

Vereinbarkeit von Familie und Beruf an mit starken Frauen. Dafür müssen wir in der SPD stehen.

Lasst uns optimistisch in die Zukunft blicken: Kompetenz, Zuversicht, Entschlossenheit und damit Deutschland spürbar stärker machen! - Vielen Dank.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Franziska. - Als Nächster hat das Wort Kevin Kühnert. Ihm folgt Simone Burger aus dem Landesverband Bayern.

(Beifall)

Kevin Kühnert, Juso-Bundesvorsitzender: Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Andrea, vielen herzlichen Glückwunsch auch von den Jusos zur Wahl, mit der sich große Erwartungen verbinden: zur Zusammenarbeit, zur Ernsthaftigkeit des Erneuerungsprozesses. Ich glaube, dass diese Ernsthaftigkeit auch gegeben ist. Vor allem aber erwarten wir natürlich die Bereitschaft dazu, Platz zu lassen, für die Partei zu diskutieren. Was Andrea aber in den letzten Tagen im Gegenzug eingefordert hat - das möchte ich hier auch gerne noch einmal unterstreichen -, ist: Wenn dort Platz gegeben wird, dann sollten wir uns den Platz für die Diskussion auch nehmen und nicht bei der reinen Kritik an dem stehen bleiben, was in der Vergangenheit schlecht gelaufen ist, sondern jetzt auch unsere Vorschläge einspeisen.

Wir haben den Leitantrag in den vergangenen Tagen und Wochen Stück für Stück besser und konkreter gemacht. Mir war der Rahmen am Anfang zu breit. Es ist wichtig, dass wir diskutieren. Aber wir müssen nicht mehr über Dinge diskutieren, die in unserer Partei schon entschieden sind. Deswegen ist es gut, dass wir in der Zukunft nicht mehr über das Ob von ordentlicher Vermögens-, Erbschafts- und Einkommensverteilung reden, sondern nur noch über das Wie, und dass wir nicht mehr über das Ob von guter Arbeit und Ausbildung sprechen, sondern über das Wie. An manchen Stellen ist uns das aber noch nicht in ausreichendem Maße gelungen.

Wir haben heute hier - ich sage das gerne offen dazu - verschiedene Versuche gehabt, die ich wirklich sehr hilfreich fand, Lösungen zu finden, Kompromissfassungen zu finden zu Themen wie der Politik der schwarzen Null, zur Ausgestaltung des Mindestlohns oder auch zur Frage des Umgangs mit Hartz IV oder der Agenda-Politik in unserer Partei.

Wir hätten, wenn wir uns alle jetzt ganz doll zusammengerissen hätten, Kompromisse finden können, bei denen alle mit großen Bauchschmerzen nach Hause gegangen wären und irgendwie hätten damit leben können. Aber ich will keine Parteitage mehr, auf denen wir mit irgendwie gangbaren schrägen Kompromissen hinausgehen. Deswegen haben wir uns schweren Herzens, aber doch aus Überzeugung dafür entschieden: Wir lassen diese Punkte offen. Wir wollen heute darüber abstimmen, wie wir es mit der schwarzen Null halten, wie wir es mit der Frage des Umgangs gerade auch mit Sanktionen im Hartz-IV-System halten und ob der Mindestlohn wirklich armutsfest und ohne Ausnahmen sein soll. Darüber wird nachher auf Antrag der Jusos noch abgestimmt werden. Ich bitte euch jetzt schon um Unterstützung für diese Positionen.

(Beifall)

Das schreibt jetzt ein bisschen fort, was wir schon auf den letzten beiden Parteitagen gemacht haben. Wir üben gerade wieder eine Streitkultur miteinander ein. An manchen Stellen tut es noch weh, das wieder zu lernen. Bei manchen funktioniert es auch nicht so gut. Deswegen möchte ich euch am Ende noch ein mahnendes Wort mitgeben. Ich bin in den letzten Tagen wieder sehr erschrocken gewesen über eine bestimmte Form der Diskussionskultur in unserer Partei, die es vor allem auch im Netz gibt, die es rund um die Kandidatur von Andrea gab, auch zu der Frage, wie man sich als Delegierter auf diesem Parteitag verhält. Wir haben Martin Schulz heute mit im Raum. Ich finde, Martin Schulz ist durch das, was rund um seine Person im letzten Jahr passiert ist, auf eine besondere Art eine Mahnung dahingehend, dass wir endlich damit aufhören müssen, auf einzelne Personen - im Positiven wie im Negativen - das Wohl und Wehe der SPD zu projizieren.

(Beifall)

Ich werbe um mehr Selbstbewusstsein, liebe Genossinnen und Genossen. Wir haben doch auf den letzten beiden Parteitagen gezeigt, dass wir in der Lage sind, Abstimmung offen zu gestalten. Dann entmündigt euch doch - das sage ich an diejenigen gerichtet, die das in den letzten Tagen tun - nicht selbst mit Heilsbringer Fantasien auf der einen Seite und Zu-Tode-betrübt-Szenarien auf der anderen Seite, die auf einzelne Personen bezogen werden. Wir machen diesen Erneuerungsprozess selbst. Und wenn wir in ein paar Monaten merken, wir sind mit dem, was Andrea und Co. machen, nicht einverstanden, dann machen wir Abstimmungen auf Parteitagen, so wie heute, und dann entscheiden wir, wie wir uns „SPD erneuern“ vorstellen.

(Beifall)

In diesem Geist möchte ich den Prozess vorantreiben. Ich möchte, dass wir als Jusos dabei Verantwortung übernehmen. Denn jetzt wird gearbeitet, und jetzt werden wir politische Antworten finden.

(Beifall)

Anke Rehlinger, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Kevin. - Als Nächstes hat Simone Burger das Wort. Ihr folgt Lars Klingbeil.

Simone Burger, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Dann schließe ich doch gleich mal an: Lasst uns hier und heute über Hartz IV reden. Lasst uns doch mal grundsätzlicher werden: Wie gehen wir als Gesellschaft eigentlich mit armen Menschen um? Was für ein Bild haben wir eigentlich als Gesellschaft von armen Menschen? Im Moment begegnen wir armen Menschen mit einem unglaublichen Misstrauen. Niemand wird so sehr kontrolliert wie Hartz-IV-Empfänger. Die Frage „Was ist eine Bedarfsgemeinschaft? Wann ist eine Beziehung einfach nur eine Beziehung, und ab wann muss mein Partner für mich bürgen?“ geht sehr tief ins Persönliche rein. Trotzdem ist es umstritten. Nirgendwo sind die Regeln so kleinteilig und kleinmütig wie bei Hartz IV. Da wird noch jedes kostenlose Mittagessen auf den Hartz-IV-Satz von einem Kind angerechnet, egal ob die Bürokratiekosten viel höher sind als das, was am Ende dabei herauskommt. Nirgendwo hat Fehlverhalten solche Konsequenzen. Wenn ich einen Termin im Kreisverwaltungsreferat versäume, dann passiert - nichts. Wenn ein Hartz-IV-Empfänger seinen Termin versäumt, dann bedeutet das 10 Prozent weniger vom Regelsatz. Wenn jemand beschließt, dass das Bewerbungstraining nicht sinnvoll ist, und er es einfach abbricht, bedeutet das drei Monate 30 Prozent weniger vom Regelsatz. Das sind aktuell minus 122,70 Euro. Beim zweiten Mal sind es 60 Prozent, und beim dritten Mal gibt es überhaupt keine Leistung mehr.

Es ist genau diese Härte, die ich versucht habe aufzuzeigen, die die Menschen erschüttert hat. Es hat auch die Menschen erschüttert, die nicht davon betroffen sind. Es ist die Angst davor, wie schnell man in Armut fallen kann, und die Angst, wie man als armer Mensch in diesem Land behandelt wird. Deswegen brauchen wir mehr als im IA 1. Wir brauchen eine grundsätzliche Debatte über die Agenda 2010. Und wir müssen einmal festhalten, dass wir an dieser Stelle die falschen Antworten gegeben haben. Deshalb unterstützt den Antrag der Jusos.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Genossinnen und Genossen, bevor Lars das Wort ergreift, will ich mit euch das weitere Verfahren besprechen. Wir haben in dieser Debatte noch insgesamt 30 Wortmeldungen. Ich kriege Signale, dass die Delegationen auf Abreise um 16 Uhr eingestellt sind. Und ich sage auch: Wir sollten uns, wie wir uns vorgenommen haben, die Zeit nehmen, Martin Schulz ordentlich auf diesem Parteitag zu danken, und ihm die Möglichkeit geben, das Wort an uns zu richten. Deswegen wäre mein Vorschlag, wenn ihr damit einverstanden seid: Lars - er ist schon aufgerufen - hat noch das Wort. Dann würden wir Olaf für die Antragskommission bitten, die Debatte aus seiner Sicht noch mal zusammenzufassen bezüglich der vorliegenden Punkte, über die wir abstimmen müssen. Danach würden wir dann in die Abstimmungen eintreten. Mein Vorschlag wäre auch, dass wir alle weiteren Anträge verschieben. Sonst kriegen wir das heute, glaube ich, nicht gut hin, dass alle noch da sein können, wenn wir die Verabschiedung von Martin Schulz vornehmen.

Könnt ihr mit diesem Verfahren einverstanden sein? - Ich muss das abstimmen lassen. Wer stimmt dem zu? - Wer stimmt dagegen? - Einige wenige Gegenstimmen; das Erste war eindeutig die Mehrheit.

Lars, dann hättest du jetzt als letzter Debattenredner das Wort. Danach würde ich dich, Olaf, bitten, für die Antragskommission noch mal das Wort zu ergreifen.

Lars Klingbeil, Generalsekretär: Liebe Genossinnen und Genossen! Heute ist ein Parteitag, mit dem wir ein neues Kapitel in der Geschichte der SPD aufschlagen. Erstmals in der Geschichte der Partei haben wir jetzt eine Vorsitzende. Ich finde, das ist etwas, worauf wir stolz sein können.

(Beifall)

Wir sollten nach außen deutlich machen, dass das was ganz Neues in der SPD ist und dass wir stolz auf diesen Moment sind, auch wenn er natürlich viel zu spät kommt; das wissen wir.

Aber dieser Parteitag schlägt auch ein neues Kapitel auf, indem wir endlich das Wort der Erneuerung, das wir seit einem halben Jahr mit uns herumtragen, mit dem Leit Antrag sehr konkret mit Leben füllen und dem Ganzen eine Richtung und eine Konkretisierung geben. Wir waren im letzten halben Jahr unterwegs und haben insgesamt auf 16 Regionalkonferenzen diskutiert. Wir haben viele Vorschläge von euch bekommen und das Ganze im Leit Antrag niedergeschrieben.

Ich habe einen Wunsch, liebe Genossinnen und Genossen. Ich habe im letzten halben Jahr viel an Leidenschaft und Energie erlebt, als wir in den wichtigen Fragen miteinander gerungen haben. Darauf können wir stolz sein. Ich wünsche mir, dass wir diese Energie jetzt mitnehmen in den programmatischen Prozess, der vor uns liegt. Wir wollen die SPD erneuern, und dafür brauchen wir neue Inhalte, neue Konzepte, und dafür gibt dieser Parteitag den Weg vor, liebe Genossinnen und Genossen.

20,5 Prozent am Wahlabend sind eine Mahnung an uns gewesen. Wir wissen, dass wir die SPD auf einen neuen Weg bringen müssen.

Es sind vier Säulen der Erneuerung, die wir beschrieben haben:

Das Erste ist die Frage, wie wir die Mitglieder beteiligen können. Das Mitgliedervotum war ein erster Weg. Wir werden hier stark auf digitale Beteiligungsinstrumente setzen.

Das Zweite ist die Frage, wie wir Strukturen in der Partei stärken können. Wir haben Regionen, etwa in Ostdeutschland und auch im Süden des Landes, wo wir stärker werden müssen. Wir müssen uns gemeinsam anstrengen; das ist eine Aufgabe der gesamten Partei, liebe Genossinnen und Genossen.

Drittens geht es darum, dass wir besser werden in der Vielfalt, dass wir zeigen: Diese Partei ist vielfältig; sie hat unterschiedliche Köpfe, unterschiedliche Potenziale und Qualitäten.

Viertens - darüber diskutieren wir gerade - geht es um die Frage der programmatischen Erneuerung. Wir brauchen neue Antworten. Ja, Kevin, wir brauchen beispielsweise neue Antworten, wenn es um die Frage der Haushaltspolitik geht. Das haben wir doch auf Regionalkonferenzen gehört. Wir brauchen auch dringend etwas Neues in der Sozialstaatsdebatte. Ich will nicht mehr über 2003 und 2010 reden. Ich möchte über 2020, 2025 reden und über die Frage: Was passiert eigentlich mit denen, die durch Digitalisierung unter Druck auf dem Arbeitsmarkt geraten, und wie kann die SPD die Partei sein, die sie durch diesen digitalen Wandel bringt?

Dafür ist der Leitantrag in der Form, wie er euch vorliegt, der geeignete Startpunkt. Wir müssen uns Zeit nehmen für diesen Prozess, liebe Genossinnen und Genossen. Wir müssen eine intensive Diskussion führen - nicht in der kurzen Zeit dieses Parteitages, sondern diese Diskussion muss in der ganzen Partei stattfinden. Deswegen werbe ich dafür, dass wir den Antrag, wie er von der Antragskommission vorgelegt wurde, annehmen, dass wir uns dann auf den Weg machen, dass wir mit der Leidenschaft der letzten Monate die programmatische Erneuerung der SPD diskutieren und dann mit neuen Ideen, mit neuen Konzepten in die nächsten Jahre gehen. Ich bitte um Unterstützung. - Vielen Dank.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Danke, Lars. - Dann würde ich, wie angekündigt, Olaf das Wort geben für die Antragskommission.

Olaf Scholz, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen wir haben uns einen langen Diskussionsprozess vorgenommen. Der Leitantrag beschreibt, wie er vor sich gehen soll, worum es darin geht und was die Themen sind, die wir bewegen wollen.

Selbstverständlich geht es in diesem Antrag, soweit er nicht wiederholt, worin wir uns alle einig sind und was Beschlusslage ist, nicht darum, die neuen Positionen, die wir uns an vielen Stellen zu entwickeln vorgenommen haben, schon zu beschreiben. Die Versuchung ist immer groß, dass man, wenn man über ein Thema diskutiert, selbst wenn man sagt, das wollen wir jetzt ein, eineinhalb Jahre tun, sagt, das beschließen wir gleich, was am Ende herauskommt.

Mein Rat ist, das nicht zu machen. Mein Rat ist, das auch deshalb nicht zu machen, weil wir uns in der Antragskommission sehr sorgfältig Mühe gegeben haben, all die Anregungen, die Vorfeld gekommen sind, aufzunehmen. Das ist uns fast gelungen - aber eben nicht ganz vollständig, was wiederum kein Wunder ist; denn viele dieser Fragen müssen ja diskutiert werden. Zum Beispiel merkt man auch, wenn man sich bemüht, Konsense, Kompromisse zu formulieren, dass ganz viele Debatten in Wahrheit gar nicht zu Ende geführt sind, dass noch gar nicht klar ist, was denn das Ergebnis sein könnte.

Dann wäre es, glaube ich, ein schwerer Fehler, an dieser Stelle, in dieser Situation, schon bei einzelnen Punkten, die besonders viel Diskussion erfordern, zu sagen, die Diskussion ist eigentlich schon beendet.

Mein Rat ist also, den Antrag, wie er euch vorgelegt worden ist, anzunehmen, die Änderungsanträge, die gestellt worden sind, nicht anzunehmen, sondern auch dabei dem Votum der Antragskommission auf Nichtannahme zu folgen, weil wir genau das debattieren wollen.

Ich finde, zu dieser Debattenkultur, die wir uns vornehmen müssen, müssen auch ein paar Dinge gehören, die vielleicht noch nie vorgekommen sind. Aber ich finde, natürlich muss ein Bundesminister der Finanzen mit vielen, aber zum Beispiel auch

mit den Jusos, lange und ausführlich über die Frage diskutieren, was die richtige Haushaltspolitik ist. Das ist keine Sache, die man sich über die Presse mitteilt, da kann man sich auch einmal einen ganzen Tag Zeit nehmen und mit ganz vielen Leuten darüber reden.

Diese Dinge, die wir alle miteinander tun müssen, stehen vor uns, die sollten wir uns nicht abschneiden. Deshalb noch einmal mein Votum: Nehme den Text an, wie die Antragskommission ihn vorgeschlagen hat. Nehmt die Änderungsanträge, die wir im Einzelnen noch gestellt bekommen haben, nicht an; denn die weichen davon ab.

Einzelne Vorschläge habe ich bekommen, über die ein vollständiger Konsens existiert, die aber zum Teil nicht vorgetragen werden konnten. Es gibt einmal den Vorschlag von Stephan Grüger im Hinblick auf die Aufnahme des Wortes „demokratisch“. Es gibt einen Vorschlag von Heidi, die sich noch einmal mit einem Satz dazu äußert, dass wir mit Atomwaffen in Deutschland nicht so viel zu tun haben wollen. Das sind Selbstverständlichkeiten, zu denen bei uns gar kein Dissens existiert. Deshalb ist das möglich. Da hat die Antragskommission gesagt, das übernehmen wir in den Antrag.

Aber ich bin dafür, dass wir da, wo wir wirklich diskutieren wollen, sagen, wir diskutieren wirklich und beenden die Diskussion nicht heute schon. - Schönen Dank.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Lieber Olaf, es gibt insofern ein kleines Problem, als Jessica und Kevin ihren Antrag noch nicht als eingebracht betrachten und ihn deshalb kurz noch einbringen möchten. Das gewähren wir ihnen natürlich jetzt.

(Beifall)

Du hättest dann noch die Möglichkeit, darauf zu reagieren.

Jessica Rosenthal, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank, dass wir noch die Gelegenheit bekommen, unseren Antrag explizit einzubringen.

Wir haben heute ganz viel über Solidarität gehört. Wir haben auch viel darüber gehört, was das mit unserem Staat zu tun hat und dass das eine unserer wichtigsten Säulen in dieser Partei ist. Aber Vertrauen in den Staat, das entsteht nicht, wenn man vor Ort

marode Schulen, gesperrte Brücken, fehlende Wohnungen, geschlossene Bäder und Bibliotheken vorfindet.

(Beifall)

Wenn das der Alltag ist, dann entsteht kein Vertrauen in den Staat, und dann wird auch ein neues Gefühl der Solidarität nicht entstehen. Das ist eine Gerechtigkeitslücke. Dieser Investitionsstau ist einer der Punkte, bei denen wir unbedingt aktiv werden müssen, bei dem wir die Dinge auch einmal zum Ende denken müssen, und die Solidarität, die wir in diese Gesellschaft tragen, auch in diesem Fall umsetzen müssen. Unsere Zukunft wird nämlich nicht nur in Kontoständen weitergegeben. Das sage ich explizit auch als junger Mensch. Wir bekommen vielmehr auch die Infrastruktur vererbt.

Deswegen möchten wir euch bitten, dem Änderungsantrag der Jusos, nämlich einer Abkehr von der schwarzen Null endlich als Rahmen für diese Diskussion um die Erneuerung zu setzen, zuzustimmen und den Jusos zu folgen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Kevin ergänzend.

(Beifall)

Kevin Kühnert, Juso-Bundesvorsitzender: Ich habe ja noch gar nichts gesagt.

Jessica hat mir gerade im Vorbeigehen zugeflüstert, sie hat den Mindestlohn vergessen. Er ist aber kurz; das könnt ihr selbst lesen. Wir wollen den Mindestlohn als armutsfestes Instrument haben. Das heißt, dass man auch, wenn man lange Zeit in seinem Leben Mindestlohn bezieht, im Alter nicht in der Grundsicherung landet. Nach allen Berechnungen, die wir kennen, heißt das 12 Euro und darüber. Das hat ja der Vizekanzler nach der letzten Wahl auch schon gefordert.

Wozu ich aber vor allem an dieser Stelle noch kurz sprechen will, ist der dritte Änderungsantrag, den wir eingebracht haben, in Zeile 329. Wir sprechen dort noch einmal über Hartz IV und über Agenda und eben nicht, wie es einige immer anmahnen, nur eine Retrospektive heraus, um zu sagen, was damals alles doof war. Vielmehr wollen wir hinterfragen, stimmen die Grundannahmen, die wir damals getroffen haben. Wir glauben, dass an manchen ganz konkreten Punkten die Debatte darüber beendet

ist, weil wir an Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft sehen, dass das für Menschen zu Verschlechterungen geführt hat. Wir benennen drei konkrete Punkte, die ihr mit diesem Änderungsantrag hineinstimmen könnt.

Das ist einmal, dass wir zu niedrige Regelsätze, auch nach den Berechnungen vieler Sozialverbände, haben, die nicht zum Leben reichen, dass die Kosten der Unterkunft ungerecht bemessen sind, weshalb wir in vielen Ballungszentren eine Verdrängung an die Ränder und damit eine Entmischung unserer Städte feststellen. Und es geht uns vor allem um die Sanktionen. Das kann heute abgestimmt werden. Die Sanktionsfrage ist eine Haltungsfrage. Wenn eine Grundsicherung sanktioniert werden kann, liebe Genossinnen und Genossen, dann ist es nach meinem Verständnis keine Grundsicherung mehr.

(Beifall)

Dazu können wir uns heute verhalten.

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: So, liebe Delegierte, jetzt sind die beiden Anträge auch formal eingebracht. Da gab es wohl ein Missverständnis. Wir hatten es durch die Debatte als eingebracht betrachtet. Aber es ist gut, dass Kevin und Jessica das jetzt noch tun konnten. - Jetzt hat abschließend für die Antragskommission Malu Dreyer das Wort.

(Beifall)

Malu Dreyer, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich kann es relativ kurz machen. Warum hat die Antragskommission euch einen anderen Vorschlag gemacht? Nicht, weil wir nicht glauben, dass wir grundsätzlich sprechen müssen über den Sozialstaat. Nicht weil wir nicht glauben, dass wir über Hartz IV, über alles, was damit zusammenhängt, nicht mehr sprechen müssen. Nicht, weil wir nicht glauben, dass wir über den Mindestlohn sprechen müssen. Nein, das alles wollen wir tun. Aber ich halte es für wirklich total unangemessen, innerhalb von 20 Minuten jetzt eine Entscheidung darüber zu treffen, in einer Frage, in der es in unserer Partei sehr wohl unterschiedliche Auffassungen gibt.

Die meisten von uns haben kein besonders gutes Gefühl, wann immer es um das Thema Hartz IV geht. Wir haben viel geändert, in neun Änderungsgesetzen, und trotzdem sind Dinge da, über die wir sprechen wollen. Olaf Scholz beispielsweise

fordert beim Mindestlohn 12 Euro. Es gibt andere, die fordern 20 Euro, wieder andere finden es sowieso ganz falsch, was wir da machen.

Das heißt, ich bin der Auffassung, dass es nicht möglich ist, in einer so kurzen Zeit über so grundsätzliche Fragen zu sprechen. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, sprecht bitte nicht den Leuten in der Antragskommission, die euch diesen Vorschlag machen, ab, dass sie zu den Fragen keine Haltung hätten, dass sie nicht entscheidungsfähig wären. Nein, wir haben vereinbart, dass wir einen Erneuerungsprozess gestalten wollen. Dazu gehört, dass wir uns die Zeit nehmen, über die Themen zu sprechen.

Und ganz ehrlich, ich habe auch einen anderen Anspruch. Ich habe nicht den Anspruch, dass wir Dinge, die jetzt so sind, einfach wegwischen, rückgängig machen und Ähnliches. Ich habe den Anspruch, dass wir eine umfassende Sozialstaatsdebatte führen, worin auch Hartz IV, worin all die anderen dringenden Themen, die wir haben, besprochen werden und wobei die SPD dann hinausgeht und sagt: Das ist unser Konzept für heute, für morgen und für übermorgen.

(Beifall)

Das ist das, was wir euch empfehlen. Deshalb bitte ich euch sehr herzlich, dem Votum der Antragskommission zu folgen.

(Beifall)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, damit kommen wir zur Abstimmung. Ich hoffe, es sind alle Delegierten wieder im Saal.

Wir kommen zunächst zum Änderungsantrag zum Leitantrag IA1. Das Votum der Antragskommission, das eben noch einmal begründet worden ist, ist Ablehnung.

Ich frage also: Wer stimmt dem Votum der Antragskommission zu? - Ich frage: Wer stimmt dagegen?

(Beifall)

Das ist leider hier für uns nicht erkennbar. Wir versuchen es noch mal, und wenn es nicht klappt, zählen wir aus. Wie gesagt, wir sind beim Änderungsantrag. Das Votum der Antragskommission ist Ablehnung. Wer stimmt dem Votum der Antragskommission zu? - Wer stimmt dagegen?

(Zuruf: Die Mehrheit! - Vereinzelt Beifall und Heiterkeit)

Ich glaube, wir kommen nicht umhin, das auszuzählen. Dann muss die Mandatsprüfungs- und Zählkommission jetzt noch mal ihres Amtes walten.

Ihr seid so weit? - Wie gesagt: IA1. Das Votum der Antragskommission ist Ablehnung. Wer diesem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Ihr müsst das jetzt bitte so lange hochhalten, bis ausgezählt ist. - Wir bekommen ein Signal hier oben, wenn ihr so weit seid, ja? Bitte das Kartenzeichen noch mal oben halten; es wird noch gezählt.

Sind alle so weit? - Dann frage ich jetzt: Wer stimmt gegen das Votum der Antragskommission?

(Vereinzelt Beifall)

Seid ihr so weit? - Dann müsst ihr mal gerade das Ergebnis auswerten.

Ich muss noch nach Enthaltungen fragen. - Die dürftet ihr schnell ausgezählt haben.

Dann würde ich euch bitten, das Ergebnis zusammenzuzählen.

Ja, wir haben ein Ergebnis. Mit Ja gestimmt und damit dem Votum der Antragskommission zugestimmt haben 225 Delegierte. Dagegen gestimmt haben 174 Delegierte. Es gab zehn Enthaltungen. Damit ist dem Votum der Antragskommission gefolgt und der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Gesamtantrag in der Fassung der Antragskommission. Ich darf fragen, wer dem die Zustimmung gibt. - Wer stimmt dagegen? - Da fühlen wir uns jetzt allerdings ganz eindeutig in der Lage, zu sagen, dass das Erste eine Mehrheit war und der Antrag damit die Zustimmung des Parteitags gefunden hat.

Liebe Delegierte, liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen damit schon fast zum Schluss des Parteitages, aber wir haben uns noch etwas ganz besonders Schönes vorgenommen. Wir wollen Martin Schulz heute unseren Dank aussprechen, und ich freue mich sehr, dass unsere neu gewählte Parteivorsitzende Andrea Nahles dazu jetzt das Wort ergreift.

(Beifall)

Dank an Martin Schulz

Andrea Nahles, Parteivorsitzende: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Martin, es ist wirklich etwas Schönes, dass ich sozusagen als erste Amtshandlung diese Aufgabe übernehmen darf.

Du hast mit der SPD in den vergangenen 16 Monaten ungeahnte Höhen und Tiefen erlebt. Das waren stürmische Zeiten; das kann man ja wohl sagen. Am Anfang gab es unglaublich Rückenwind, und dann blies uns der Wind ins Gesicht. Was du persönlich und politisch in dieser Zeit erlebt und ausgehalten hast, ist zwar ausführlich beobachtet, dokumentiert und interpretiert worden, aber wie es ist, diese Achterbahn wirklich zu durchleben, ich glaube, das können wir nur ahnen.

Ich möchte dir deswegen in unser aller Namen ganz herzlich Danke sagen. Nicht nur, dass du das so durchgestanden hast, sondern auch, mit welcher Haltung du das durchgestanden hast, das verdient den größten Respekt, lieber Martin.

(Starker, anhaltender Beifall)

Lieber Martin, das ist dein Applaus!

(Fortgesetzter starker Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist manchmal so: Man kennt Menschen schon viele Jahre, aber man lernt sie dann in der besonderen Situation durch die Zusammenarbeit noch mal ganz neu kennen. Ich glaube, das war bei uns beiden so. Viele Jahre haben wir im Präsidium gesessen, aber ich immer mehr Innenpolitik, du definitiv schon immer mehr Europapolitik. Ich kann sagen, dass wir in dem Moment, in dem du Parteivorsitzender geworden bist und die Kampagne anfang, einen sehr intensiven Dialog, eine sehr intensive und sehr vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit hatten, und das hat gehalten, durch alle Stürme, durch alle Widrigkeiten hindurch. Das möchte ich mal sagen - ich finde es eben so wichtig -: Dass wir bei allen Schwierigkeiten auch auf dieser Ebene miteinander solidarisch sind und dass das funktioniert, das müssen wir auch vorleben. Ich glaube, uns beiden ist das bisher ganz gut gelungen, und das soll auch so bleiben, lieber Martin.

Du hast in den Koalitionsverhandlungen auch Spuren hinterlassen; ich habe das eben schon mal gesagt. Die werden über diesen Tag hinausreichen. Denn es ist tatsächlich so, dass niemand anderes als du – mit deiner ganzen Erfahrung, deiner Vernetzung und vor allem, weil du es wirklich auch zur Priorität gemacht hast – den Schwarzen diesen Richtungswechsel in der Europapolitik aus den Rippen geleiert hat. So muss man das wirklich sagen.

(Beifall)

Niemand anderes als du hätte es geschafft, so eine starke europäische Handschrift in diesen Koalitionsvertrag zu bekommen. Darum bin ich ganz sicher, lieber Martin, dass wir in diesen Fragen in den nächsten Monaten und Jahren auf dich nicht verzichten müssen. Denn du wirst deine Stimme für Europa auch weiterhin laut und vernehmlich in unserer Partei und in der europäischen Sozialdemokratie erheben. Da bin ich sicher. Das wünschen wir uns. Also lass dich nicht aufhalten!

(Beifall)

Ich möchte dir ganz klar sagen: Ich bin sehr stark der Meinung – das habe ich in meiner Rede heute auch deutlich gemacht –, dass eine zweite wichtige Gemeinsamkeit der Kampf gegen den Populismus ist, der in den anderen europäischen Staaten ja noch stärker begonnen hat und jetzt erst bei uns in voller Wucht auf die Tagesordnung kommt. Auch in diesen Fragen haben wir dich immer als eine sehr klare, eine sehr deutliche, eine sehr gute und erfrischende Stimme mit klaren Worten – das liebe ich nämlich – gehört. Auch da gilt: In Zukunft gerne wieder mehr!

(Beifall)

Zum Abschied – das ist ja immer ein Moment, wo es auch wehtut – haben wir dir, lieber Martin, ein besonderes Geschenk machen wollen. Was könnte das bei diesem Anlass für einen scheidenden SPD-Vorsitzenden anderes sein als ein Bild? In diesem Fall ist es eine Lithographie von Hans Stein, die einen sehr, sehr großen Sozialdemokraten zeigt, der uns alle bis heute sehr beeindruckt und prägt. Wenn ich in dein Büro kam, hatte ich den Eindruck, dass du ihn auch sehr schätzt; er hing da in mehreren Varianten. Aber das hier ist etwas Besonderes, und ich hoffe, es gefällt dir, Martin. Ich danke dir für alles, was du für unsere Partei bisher geleistet hast. Ich bin mir sicher, dass wir auch weiterhin von dir hören werden. Solidarität!

(Anhaltender Beifall – Andrea Nahles überreicht Martin Schulz ein Bild)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Lieber Martin, du hast das Wort.

Martin Schulz, ehemaliger Parteivorsitzender: Vielen Dank, Doris. – Vielen Dank, liebe Andrea.

Liebe Genossinnen und Genossen! Natürlich sind das Momente, in denen man in seiner Seele berührt ist. Vorsitzender der SPD zu sein, ist etwas Außergewöhnliches und eine außergewöhnliche Ehre. Dass ich es sein durfte, dafür bin ich dankbar. Aus

ganzem Herzen bestätige ich das, was Andrea gerade gesagt hat: Unsere Zusammenarbeit, Andrea, war super und wird super bleiben. Wir haben uns in der Zusammenarbeit nicht nur besser kennen, sondern auch schätzen gelernt. Ich wünsche dir von ganzem Herzen, dass die Basis wie die Parteiführung geschlossen hinter dir stehen; denn das braucht eine Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Genossinnen und Genossen. Jeder, der unsere Partei führt, muss eines wissen: Du brauchst den Rücken frei, um dich mit dem politischen Gegner auseinanderzusetzen und weniger mit dem, was in der eigenen Partei läuft.

(Beifall)

Deshalb muss dieser Parteitag der Andrea den Rücken stärken und den Blick nach vorne richten. Das gilt auch für mich persönlich. Ich habe, als ich aus dem Willy-Brandt-Haus gegangen bin, am Tag meines Rücktritts gesagt: Ich scheid hier ohne Zorn und Bitterkeit. – Das möchte ich hier wiederholen. Zorn hat eh keinen Zweck, und Bitterkeit hilft in der Politik nicht; denn es liegen Aufgaben vor uns, die bewältigt werden müssen.

Wir müssen den Blick nach vorne richten. Die Bundesrepublik Deutschland braucht eine starke Sozialdemokratie. Warum? Weil nur ein sozial gerechtes, ein starkes und ein auf Friedenspolitik ausgerichtetes Deutschland Europa starkmachen kann. Ohne ein starkes Europa werden die Populisten dieser Welt gewinnen. Aber wenn die Populisten dieser Welt gewinnen, dann gibt es Krieg, Genossinnen und Genossen, dann gibt es Folter, und dann gibt es Mord. Dann geht das kaputt, wofür unsere Generation dankbar sein kann - nämlich, dass das große Erbe der Friedensmacht Europa uns ein Leben in Frieden und Freiheit, in Gerechtigkeit, Solidarität und mit den größten Möglichkeiten, die eine Generation je hatte, beschert hat. Wenn eine Partei die Verantwortung dafür hat, dass Deutschland wieder die führende Friedensmacht in Europa wird, dann ist es die SPD. Das ist die Aufgabe unserer Partei.

(Beifall)

Deshalb sage ich hier in aller Klarheit – weil mich das natürlich jede Menge Leute fragen –: Klar, wir haben das Kapitel zur Europapolitik in den Koalitionsverhandlungen nicht aus lauter Überdross an die erste Stelle gesetzt, sondern aus tiefem Bewusstsein für unsere Verantwortung. „Neuer Aufbruch für Europa“ – das sage ich hier – ist eine Gemeinsamkeit. Das haben wir gemeinsam herausverhandelt: Olaf Scholz und Andrea Nahles, genauso, was das außenpolitische Kapitel angeht, Sigmar Gabriel, der sich da hereingehängt hat, und Rolf Mützenich, der extrem viel daran gearbeitet hat. Leute, wir haben das nicht so hart verhandelt – das möchte ich deutlich sagen, auch als Mitglied des Deutschen Bundestages und als Mitglied der SPD-Fraktion, die sich für diese Regierung verantwortlich fühlt –, damit es Konservative in der CDU, drei

Wochen nachdem die Regierung ihr Amt angetreten hat, schon wieder blockieren. Wir meinen das ernst, und wir setzen das durch.

(Beifall)

Mir hat ein guter Freund, Genossinnen und Genossen, vor ein paar Tagen eine Geschichte erzählt, die mich wirklich tief aufgewühlt hat. Er schaut sich regelmäßig mit seinem zwölfjährigen Sohn die Nachrichten an. Er war ziemlich angefasst, als er mir gesagt hat, dass nach der letzten Nachrichtensendung der Junge, zwölf Jahre alt, ihm gesagt hat: Papa, ich habe Angst vor Krieg. – Ich finde, das muss man mal einen Moment sacken lassen. Ein zwölfjähriger Junge, der die Nachrichten sieht! Leute, wenn dieses Kind die Nachrichten sieht, sieht es nicht Bilder wie wir und wie meine Generation, wenn wir über Krieg reden. Für uns ist der Krieg immer noch das, was uns unsere Eltern oder Großeltern über den Krieg erzählt haben. Der sieht die Bilder aus Syrien, der sieht die Bilder aus dem Irak, der sieht die Bilder in Afghanistan. Deshalb, Genossinnen und Genossen, ist es so wichtig, dass wir darüber reden, was „Friedensmacht“ bedeutet.

Die Europäische Union ist zugegebenermaßen nicht in einem guten Zustand. Ich habe schon gesagt: Wenn sie nicht von Grund auf reformiert wird, wird sie ihren Aufgaben nicht gerecht werden können. Aber es geht nicht um irgendeine Institution in Brüssel. Es geht nicht um irgendeine kleine Schraube, an der mal gedreht werden muss. Unabhängig von Detailvorschlägen, über die man streiten kann, die Emmanuel Macron vorgelegt hat, hat der Mann etwas getan, was in Deutschland bis dato fehlte und was wir nachholen müssen: Er hat ein grundsätzliches Bekenntnis zu Europa an die Spitze seiner Erklärungen gesetzt. Klar kann man im Detail anderer Meinung sein. Aber was Macron als französischer Präsident zum ersten Mal seit langer Zeit in Europa wieder ermöglicht und was dringend einer Ergänzung aus Deutschland bedarf, ist dies: Ohne eine starke Europäische Union wird die Welt nicht friedlicher. Umgekehrt heißt das: Frieden und Demokratie in der Welt wird es – angesichts von Donald Trump, angesichts von Nordkorea, angesichts von Recep Tayyip Erdogan, angesichts von Wladimir Putin oder anderen autoritären Politikern, angesichts eines expansiven chinesischen Staatskapitalismus – ohne eine starke Europäische Union nicht geben.

Deshalb sage ich euch eines: Man kann im Detail über die Europapolitik streiten. Worüber wir nie streiten dürfen – das ist die DNA unserer Partei -: Europa bedeutet Demokratie, Europa bedeutet Menschenrechte, Europa bedeutet Frieden. Egal welche Detaildebatte wir führen: Für Menschenrechte, für Solidarität, für Frieden muss keine Partei mehr kämpfen als die deutsche Sozialdemokratie. Das, Genossinnen und Genossen, ist unser Auftrag.

(Beifall)

Macht euch keine Illusionen: Es fängt immer mit dem Rhetorischen an. Was wir da in Europa hören! Andrea hat darauf hingewiesen. Die Feinde der Demokratie und dieser europäischen Demokratiegemeinschaft, die Feinde von Toleranz und gegenseitigem Respekt als die Grundlage des demokratischen Staates habe ich eben genannt. Das sind mächtige Leute. Die wollen die Europäische Union spalten. Das ist ihr Ziel.

Wir haben sie aber auch im Inneren der Europäischen Union sitzen. Du hast Marine Le Pen genannt, du hast Viktor Orbán genannt. Aber ich erlebe im Deutschen Bundestag auch diese sogenannte Alternative für Deutschland. Jeden Plenartag des Deutschen Bundestages müssen wir uns deren Hetzreden, deren Verachtung gegenüber Minderheiten, deren Intoleranz gegenüber anderen Meinungen anhören.

Ich sage euch ganz klar: Was wir da im Deutschen Bundestag hören, ist antieuropäisch und deutschnational, und die Deutschnationalen waren schon einmal die Steigbügelhalter für diejenigen, die die Demokratie zerstört haben. Der Kampf für Europa ist immer auch ein Kampf gegen rechts, und in Deutschland ist es ein Kampf gegen die AfD.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, die Andrea hat gesagt: „Du wirst deine Stimme erheben“. Jawohl, das werde ich. Und ich werde versuchen, weiterhin meinen Beitrag für das zu leisten, was wir schon errungen haben.

Ich finde, wir können stolz auf unseren Koalitionsvertrag sein. Das war eine Gemeinschaftsleistung. Dass ich daran teilhaben durfte, bleibt für mich für den Rest meines Lebens ein - - heller Moment in manchmal dunklen Stunden. – Es ist schwierig, hier die richtigen Worte zu finden. Es war ein heller Moment in manchmal dunklen Stunden.

Genossinnen und Genossen, ich habe in diesen Koalitionsverhandlungen trotz aller Widrigkeiten etwas erlebt, womit ich schließen will: Da saßen wir – Malu, Manuela Schwesig, Andrea Nahles, Olaf Scholz, Lars Klingbeil und ich selbst – mitten in der Nacht bis drei, vier, fünf Uhr morgens zusammen. Dabei habe ich etwas erlebt, Genossinnen und Genossen, was ich mir dauerhaft für unsere Partei wünsche. - Wir sind nicht alle Freunde fürs Leben, und man muss sich auch nicht immer lieben. Und manchmal darf man auch das Recht haben, kontrovers die Meinungen auszudiskutieren. Aber in diesen Nächten, in den Koalitionsverhandlungen bis zur physischen und manchmal auch bis zur psychischen Grenze, habe ich etwas erlebt, was ich mir für meine Partei wünsche, dass nämlich das Erbe, das uns große Leute in

dieser Partei hinterlassen haben, von uns viel stärker gepflegt wird, nämlich das Gefühl, zusammenzugehören. Das Gefühl des Zusammenhalts!

Wenn ich „das Gefühl“ sage, dann meine ich nicht die rationale Erkenntnis, dass man zusammengehört - das wissen wir alle -, sondern das Gefühl hier im Bauch und im Herzen. Wir müssen spüren: Wir sind eine gemeinsame Familie mit einer gemeinsamen Vision.

(Beifall)

Dass das Leben der Menschen durch uns friedlicher und besser wird: Das müssen wir öfter nicht nur im Kopf, sondern auch im Bauch und im Herzen spüren. Wenn uns das gelingt, dann gibt es für die SPD eine gute Zukunft in Deutschland, und mit einer starken SPD in Deutschland gibt es ein starkes Deutschland, und mit einem starken Deutschland gibt es ein friedliches Europa. Und nichts braucht die Welt in diesen Tagen mehr. – Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit und eure Solidarität. Schönen Dank!

(Anhaltender Beifall – Die Anwesenden erheben sich)

Doris Ahnen, Tagungspräsidium: Lieber Martin, dir auch noch mal einen ganz herzlichen Dank und alles Gute vom gesamten Parteitag!

Bevor ich jetzt Andrea das Wort zum Schlusswort gebe und dann zum gemeinsamen Lied bitte - das singen wir aber alle gemeinsam; das muss Andrea nicht alleine machen -, könnte es sein, dass der eine oder andere von euch schnell noch mal den Text von „Wann wir schreiten Seit‘ an Seit“ auf seinem Handy nachgucken will. Sollte jemandem dabei auffallen, dass er kein Handy hat, dann könnte der- oder diejenige hier nach vorne kommen. Wir haben nämlich eines gefunden.

Liebe Andrea, du hast das Wort.

Schlusswort der Parteivorsitzenden

Andrea Nahles, Parteivorsitzende: Wir haben heute den Anfang für eine Erneuerung gemacht, und wir haben unterschiedliche Stimmen dazu gehört, wie sie aussehen soll.

Wir haben aber nicht eine Stimme gehört, die die Notwendigkeit dieser Erneuerung infrage gestellt hätte, und das sehe ich als gutes Zeichen; denn das ist der richtige Geist.

Ich habe um Vertrauen geworben, dass wir diese Erneuerung gemeinsam, solidarisch, neugierig angehen. Dass wir damit auch den Zusammenhalt in unserer eigenen Partei stärken: Das ist noch ausbaufähig, und dafür werde ich arbeiten; dafür werde ich auch rackern.

Wir haben heute die Grundlage gelegt, liebe Genossinnen und Genossen, aber wir haben auch noch viel zu tun. Aber warum sollte uns das schrecken? Das ist immer so. Ich denke, viel zu tun, hat eine Arbeiterpartei noch nie geschreckt. Wir sind eine Arbeiterpartei, auch Arbeiter am eigenen Weinberg. Ich sage dies als Rheinland-Pfälzerin. Das meine ich gar nicht so biblisch, wie dies geklungen hat.

(Beifall)

Ich denke, wir sollten uns unterhaken. Das machen wir jetzt auch. Wir haken uns wieder unter und singen: Mit uns zieht die neue Zeit! - Diese Textzeile habe ich wirklich einwandfrei und ohne Fehler drauf.

In diesem Sinne: Auf! Packen wir es an!

(Beifall - Lied: Wann wir schreiten Seit' an Seit' - Beifall)

Ende des Parteitags: 16.21 Uhr.

Anhang

Delegierte

Baden-Württemberg

Arnold, Rainer
Baehrens, Heike
Boos, Luisa
Cademartori, Isabel
Castellucci, Lars
Distler, Katrin
Drakul, Petar
Elser, Sonja
Erler, Gernot
Esken, Saskia
Fechner, Johannes
Gebhardt, Evelyne
Hahn, Leon
Harsch, Daniela
Herrera Torrez, Markus
Hoffmann, Jonas
Hornung, Lukas
Hostert, Jasmina
Hummel, Rebecca
Juratovic, Josip
Karaahmetoglu, Macit
Katzmarek, Wolfgang
Kirgiane-Efremidou, Stella
Könnecke, Birte
Köpfler, Benjamin
Lange, Christian
Löw, Jens Ulrich
Lutz, Udo
Marvi, Judith
Marvi, Parsa
Mast, Katja
Mattheis, Hilde
Nothofer, Ronja
Perc, Dejan
Pfaff, Raphael
Rolland, Gabi
Rosemann, Martin
Roth, Jeannette
Schiele, Andrea
Seitzl, Lina
Simon, Peter
Stoch, Andreas
Utz, Thomas
Weber, Jonas
Wölfle, Sabine
Wulff, Annkathrin

Yildirim, Nezaket

Bayern

Agha, Munib
Bach, Bela
Bahr, Ulrike
Barthel, Klaus
Baumann, Martina
Baur, Hannelore
Bauske, Thomas
Bergmann, Uwe
Blöhm, Bettina
Brehm, Thorsten
Brunner, Karl Heinz
Brütting, Dominik
Burger, Simone
Burkert, Martin
Corongiu, Enrico
Deppisch, Eva-Maria
Dietz, Anno
Eder, Marietta
Egerer, Lutz
Erdogan, Abuzar
Ertug, Ismail
Fehlner, Martina
Fiorentino, Isabella
Fischer, Roland
Flauder, Christina
Gerdes, Christa
Güller, Harald
Hacker, Bertram
Hagl-Kehl, Rita
Höllein, Carsten
Hümpfer, Markus
Jabs, Ingeborg
Jazdzewski, Daniel
Kick, Michael
Kofler, Bärbel
König, Anja
Kuhn, Beate
Laurien, Marlen
Lohmeyer, Herbert
Luckner, Annette
Mehltretter, Andreas
Merzbacher, Jonas
Metzger, Petra
Müller, Ruth
Negele, Christine
Nürnbergger, Jörg
Pappler, Anette
Petersen, Johannes
Raab-Wasse, Helga

Ritter, Florian
Roidl, Ulrike
Roloff, Sebastian
Rösch, Christoph
Rothmayer, Julia
Rützel, Bernd
Sauer, Maria
Sauerteig, Stefan
Schmid, Christoph
Schmid, Wolfgang
Schmitt, Gisela
Schrader, Katharina
Schrodi, Michael
Schwarz, Andreas
Sommerfeld, Olaf
Steiner, Mirjam Beate
Stvrtecky, Anna
Tausend, Claudia
Tremel, Michaela
Unfried, Harald
van Eckert, René
Vujovic, Milos
Wein, Peter
Wengatz, Micky
Yilmaz, Yasemin

Berlin

Boermann, Frank
Bozkurt, Aziz
Cecere, Vito
Drewnicki, Robert
Giffey, Franziska
Haß, Christian
Hönicke, Kevin
Klose, Annika
König, Barbara
Kühnert, Kevin
Kujath, Rudolf
Lambertin, Knut
Monteiro, Birgit
Nowacki, Petra
Rothe, Julie
Scheffer, Barbara
Schermer, Gerlinde
Schmidt, Matthias
Siebert, Ingo
Sommer, Ulrike
Stüwe, Ruppert
Tietje, Rona
Wiegand, Rolf

Brandenburg

Biesterfeld, Dietlind
Holzschuher, Ralf
Irmer, Thomas
Noack, Katja
Schmale, Hans-Heiko
Stohn, Erik
Weide, Kerstin
Wendland, Lars
Zierke, Stefan

Braunschweig

Bosse, Marcus
Busse, Frank
Dick, Charlotte Rosa
Emmerich-Kopatsch, Petra
Kleinöder, Gerold
Mohrs, Falko
Niemann, Margrit
Perik, Muzaffer
Riedel-Kielhorn, Miriam
Schneider, Julius
Schwarz, Jan
Thiel, Stephanie
Willner, Christine
Witt, Erika

Bremen

Aulepp, Sascha Karolin
Böhrnsen, Sören
Bronke, Karl
Dirks, Shirin
Herzog, Janne
Schmidt, Uwe
Schuster, Joachim
Schwellach, Gisela

Hamburg

Damerau, Inka
Dressel, Andreas
Herbers, Rudolf
Holster, Lars
Leonhard, Melanie
Petersen, Mathias
Rose, Wolfgang
Schaal, Monika
Schlage, Britta
Schmager, Ronja
Stapelfeldt, Dorothee
Tschentscher, Peter
Veit, Carola Alexandra
Wagner, Hauke

Weiland, Nils Gustav

Hannover

Abend, Theresa
Andres, Katharina
Biewener, Marcus
Blankenburg, Jakob
Bugla, Ludger
Dörbaum, Heiko
Fahncke, Barbara
Friedemann, Waltraud
Garrelts, Virginia
Gerdau, Martin
Gierke, Sonja
Grambow, Thomas
Hansmann, Silke
Hendricks, Knud
Hillberg, Antonia
Kahle, Matthias
Kramer, Anja
Maiwald, Horst
Meier, Daniel
Niedenzu, Anja
Oetke, Monika
Putzier, Jan Henner
Rödel, Bernd
Rüter, Michael
Schmalstieg, Philipp
Schröder-Köpf, Doris Maria
Schüßler, Claudia
Seidel, Marcus
Straßburger, Frank
Tack, Kerstin
van der Zanden, Lisa
Watermann, Ulrich
Westphal, Bernd
Wieduwilt, Sven Björn
Willers, Gabriele
Yousaf, Amina

Hessen-Nord

Bartol, Sören
Bethke, Cornelia
Dilcher, Esther
Fehr, Manfred
Gremmels, Timon
Großkurth, Susanne
Hartdegen, Tanja
Herbold, Bernd
Hillenbrand, Silvia
Holstein, Ilona
Kalhöfer-Köchling, Karl-Heinz

Kalveram, Esther
Klitsch, Marcel
Kranz, Gretel
Lappöhn, Silke
Meßmer, Ullrich
Montag, Karl
Riemenschneider-Wickert, Bettina
Risch, Tracy
Schäfer, Enrico
Schlitzberger, Udo
Simonsky, Georg
Sommer, Daniela
Telschow, Gerhard
Vaupel, Monika
Warnecke, Torsten

Hessen-Süd

Alex, Ulrike
Bastian, Swen
Boukayeo, Sanaa
Costanzo, Vivien
Deboy, Jan
Degen, Christoph
Dittmar, Ansgar
Eckert, Tobias
Faeser, Nancy
Geier, Catrin
Geis, Kerstin
Gnadl, Lisa
Grobeis, Oliver
Grüger, Stephan
Grumbach, Gernot
Hofmann, Heike
Josef, Mike
Karademir, Hidir
Kavai, André
Kavai, Marie-Christine
Kourtoglou, Filippou
Kunert, Ralf
Kunz, Cirsten
Kunze, Sylvia
Lambrecht, Christine
Mansoori, Kaweh
Nissen, Ulli
Ostrowicki, Julia
Pawlik, Natalie
Polat, Murat
Rabanus, Martin
Rottloff, Simon
Schecker, Sebastian
Schmitt, Norbert
Seewald, Ilja-Kristin

Siebel, Michael
Sinß, Carsten
Spiegelberg-Kamens, Viktoria
Stang, Gisela
Strank, Oliver
Volk-Borowski, Dennis
Wade, David
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Yüksel, Turgut
Zimmermann, Jens
Zypries, Brigitte

Mecklenburg-Vorpommern

Julitz, Nadine
Junge, Frank
Krüger, Thomas
Reinke, Christian
Wandt, Sandra

Nord-Niedersachsen

Brandt, Doris
Jantz-Herrmann, Christina
Johannßen, Claus
Kempf, Uwe
Kilinc, Murat
Paatsch, Alexander
Puvogel, Susanne
Schwarz, Gitta
Tiemann, Petra

Nordrhein-Westfalen

Axourgos, Dimitrios
Aydemir, Cem
Bähr-Losse, Bettina
Baran, Volkan-Tevfik
Bas, Bärbel
Beck, Anneka
Becker-Lettow, Christa
Bell, Alexa Silke
Bennarend, Jens
Besler, Thomas
Birke, Juliette
Bischof, Arno
Blask, Inge
Blienert, Burkhard
Böhme, Sarah
Boneberger, Theres
Börner, Frank
Börschel, Martin
Brüggenhorst, Ute
Buhre, Michael
Bunse, Maximilian

Buttkereit, Elke
Buttler, Angelika
Ciftci, Feride
Cikoglu, Atilla
Coße, Jürgen
Depta, Silke
Dos Santos Herrmann, Susana
Duscha, Peter
Eggert, Romina
Engelbrecht, Carsten
Friedrich, Hardy
Fritz, Eva Maria
Gebhard, Heike
Göddertz, Thomas
Görtzen, Tobias
Gottschlich, Simone
Grabowsky, Jörg
Gräf, Marc
Groeger, Bernd
Groß, Michael
Hammelrath, Gabriele
Hartmann, Sebastian
Heinrichs, Felix
Heitkamp, Micha
Herter, Marc
Heuser, Nadine
Hobusch, Alexander
Hördemann, Julian
Jäger, Christiane
Jäger, Ralf
Janke, Oliver
Jansen, Daniela
Jauer, Hanna
Joisten, Christian
Killewald, Norbert
Klaer, Ralph-Harry
Klute, Thorsten
Knipps, Anna
Koch, Karsten
Krampe-Reinermann, Julia
Krüger, Nina
Kuiper, Manfred
Kunz, Matthias
Kunze, Gabriel
Küpper, Anne
Kutschaty, Thomas
Lange, Gudrun
Lauterbach, Karl Wilhelm
Lippelt, Stefanie
Löffler, Alisa
Löhr, Mario
Lüders, Nadja

Maaß, Susanne
Mayregger, Patrick
Moll, Claudia
Molzberger, Adhemar
Müller, Frank
Mützenich, Rolf
Nezi, Antonio
Niedermaier, Sandra
Nitsch, Christian
Ossowski, Silke
Ott, Jochen
Özdemir, Mahmut
Peick, Jens
Peters, Martin
Philipp, Sarah
Pliete, Beate
Pocha, Benedikt
Poß, Joachim
Preuß, Jürgen
Ramers, Markus
Rampe, Carsten
Rasp, Peter
Razanica, Isabel
Reisewitz, Margit
Ricciardi, Fabiola
Richter, Silvia
Rinkert, Daniel
Ristau, Sigrid
Rode-Bosse, Petra
Römer, Norbert
Rosenthal, Jessica
Rottmann, Andrea
Rudolph, Karsten
Ruß, Oliver
Rutenkröger, Susanne
Sander, Irmgard
Schäfer, Axel
Schimmels, Karin
Schindler, Doris
Schmeltzer, Rainer
Schug, Jennifer
Schultheis, Karl
Schwartz, Stefan
Seitz-Dahlkamp, Christiane
Sierau, Ullrich
Sohner, Dennis
Soylu, Dilara
Spaenhoff, Anna
Spinrath, Norbert
Starcken, Sally Lisa
Stock, Ellen
Stotz, Marlies

Strack, Birgit
Striepen, Karin
Ströttchen, Caroline
Tacer, Philipp
Tanjsek, Gerti
Thews, Michael
Tsalastras, Apostolos
van den Berg, Guido
Vogt, Alexander
von Olberg, Robert
Vöpel, Dirk
Voßbeck, Sonja
Warden, Marion
Wedekin, Lars
Weller, Jürgen
Westermann, Astrid
Wietheger, Karin
Wittebur, Klemens
Zorlu, Sara

Parteivorstand

Ahnen, Doris
Annen, Niels
Barley, Katarina
Breymaier, Leni
Bullmann, Udo
Dreyer, Malu
Engelmeier, Michaela
Esdar, Wiebke
Geywitz, Klara
Griese, Kerstin
Groschek, Michael
Grötsch, Uli
Heil, Hubertus
Högl, Eva
Kaczmarek, Oliver
Klingbeil, Lars
Kohnen, Natascha
Kolbe, Daniela
Lösekrug-Möller, Gabriele
Matschie, Christoph
Midyatli, Serpil
Miersch, Matthias
Müller, Michael
Nietan, Dietmar
Özoguz, Aydan
Pähle, Katja
Pistorius, Boris
Rehlinger, Anke
Roth, Michael
Ryglewski, Sarah
Schäfer-Gümbel, Thorsten

Schmidt, Dagmar
Scholz, Olaf
Schulz, Martin
Schulze, Svenja
Schweitzer, Alexander
Schwesig, Manuela
Sieling, Carsten
Stegner, Ralf
Uekermann, Johanna
Vogt, Sascha
Vogt, Ute
Woidke, Dietmar

Rheinland-Pfalz

Alt, Denis
Anklam-Trapp, Kathrin
Baldy, Daniel
Barnett, Doris
Bätzing-Lichtenthäler, Sabine
Brück, Bettina
Conrad, Jürgen
Ebling, Michael
Eichhorn, Carolin
Fuhr, Alexander
Glöckner, Angelika
Glogger, Christoph
Greb, Eva-Luise
Gros, Anna
Haas, Birgit
Haller, Martin
Hartloff, Jochen
Herbst, Corinne
Hering, Hendrik
Herzog, Gustav
Hitschler, Thomas
Janson-Peermann, Petra
Jenssen, Jens
Jung, Michael
Kissel, Michael
Klinkel, Nina
Küsel, Karin
Langner, David
Lewentz, Roger
Mackensen, Isabel
Nahles, Andrea
Neuser, Norbert
Noss, Hans Jürgen
Oster, Benedikt
Pilger, Detlev
Puchtler, Frank
Rauschkolb, Jaqueline
Reich, Beate

Ruland, Marc
Schäfer, Roland
Schäffner, Daniel
Scharfenberger, Heike
Schleicher-Rothmund, Barbara
Simon, Anke
Sippel, Heiko
Steinbach, Nico
Stich, Daniel
Teuber, Sven
Winter, Friedrich

Saarland

Altesleben, Bettina
Arweiler, Pascal
Barke, Jürgen
Berg, Petra
Blau, Britta
Clivot, Michael
Commerçon, Ulrich
Eli, Fabienne
Fischer, Sabine
Hiry, Johannes
Holzner, Martina
Jung, Christine
Jung, Magnus
Kerner, Dorothea
Limbacher, Esra-Leon
Meyer, Steffen-Werner
Morsch, Anke
Ortleb, Josephine Loulou
Pauluhn, Stefan
Petry, Christian
Rase, Georg
Roth, Eugen
Weber, Volker
Zibold, Rainer

Sachsen

Bombien, Julia
Engel, Stefan
Froh Wieser, Dana
Homann, Henning
Köpping, Petra
Schmidt, Michael
Zabel, Benjamin

Sachsen-Anhalt

Brecht, Eberhard
Fiebig, Anne-Sarah
Keune, Kornelia

Lietz, Arne
Möbbeck, Susi
Reifgerste, Carlo

Schleswig-Holstein

Awad, Tarek
Baasch, Wolfgang
Bolln, Stefan
Buhl, Christiane
Burkhardt, Delara
Daude, Ulf
Degner, Immo
Dolgner, Kai
Dürbrook, Niclas
Eickhoff-Weber, Kirsten
Habersaat, Martin
Hagedorn, Bettina
Klein, Melanie Sabine
Kreft, Enrico
Ludwig, Katja
Nägele, Frank
Rix, Sönke
Rodust, Ulrike
Scheer, Nina
Schiebe, Sophia
Stein, Mathias
Ünsal, Özlem
von Pein, Tobias
Wagner, Alexander

Thüringen

Becker, Dagmar
Dressel, Carl-Christian
Heß, Petra
Lehmann, Diana
Lemme, Steffen-Claudio
Luckert, Martin
Shevchenko, Oleg

Weser-Ems

Ambrosy, Sven
Börgmann, Johann
de Boer, Dirk
De Ridder, Daniela
Forster, Hans
Frintrup, Tina
Goldenstein, Andre
Harms, Meike
Hunter-Roßmann, Hannelore
Hüser, Geert
Kater, Kristian
Kirchner, Wolfgang

Kruse, Laura
Kunde, Sebastian
Langer, Nora
Mandel, Roswita
Mandel, Sören
Mehlmann, Timo
Peters, Cornelius
Peters, Gero
Pott, Guido
Ulferts-Dirksen, Sophia

Delegierte mit beratender Stimme

Baumann-Hasske, Harald
Binding, Lothar
Brunn, Anke
Daldrup, Bernhard
Eichel, Hans
Fleckenstein, Knut Wilhelm
Gerdes, Michael
Glomb, Matthias
Hänsch, Klaus
Hoffmann, Reiner
Jobs, Thorsten
Junker, Karin
Kaiser, Elisabeth
Kasztantowicz, Susanne
Kelber, Ulrich
Kocks, Mathias
Kohl, Hannelore
Kolbow, Walter
Kompe, Gerhard
Lindh, Helge
Lischka, Burkhard
Marks, Caren
Randzio-Plath, Christa
Rixecker, Roland
Schiefner, Udo
Schmidt, Wilhelm
Steffen, Sonja
Velter, Boris
Weinbrecht, Ralph
Wettig-Danielmeier, Inge
Yüksel, Gülistan

Rednerinnen und Redner

| | |
|---------------------------------|----------------------|
| Agha, Munib | 78 |
| Ahnen, Doris | 30, 55, 93, 99, 106 |
| Annen, Niels | 21, 25, 57, 62, 65 |
| Böhrnsen, Sören | 85 |
| Burger, Simone | 92 |
| Dick, Charlotte Rosa | 86 |
| Dreyer, Malu | 98 |
| Gerich, Sven | 18 |
| Giffey, Franziska | 88 |
| Grüger, Stephan | 87 |
| Grumbach, Gernot | 59 |
| Hartmann, Sebastian | 75 |
| Haß, Christian | 15 |
| Heitkamp, Micha | 81 |
| Herter, Marc | 63 |
| Jung, Michael | 73 |
| Kaczmarek, Oliver | 46, 51 |
| Kahle, Matthias | 60 |
| Klingbeil, Lars | 93 |
| Klose, Annika | 80 |
| Kohnen, Natascha | 57 |
| Köpping, Petra | 73 |
| Kühnert, Kevin | 90, 97 |
| Lange, Simone | 30, 47, 67 |
| Langer, Nora | 55, 66 |
| Lösekrug-Möller, Gabriele | 77 |
| Nahles, Andrea | 36, 52, 66, 101, 107 |
| Rehlinger, Anke | 65 |
| Rosenthal, Jessica | 97 |
| Sánchez, Pedro | 22 |
| Schäfer-Gümbel, Thorsten | 6 |
| Scholz, Olaf | 26, 68, 95 |
| Schulz, Martin | 103 |
| Schwesig, Manuela | 13, 15 |
| Siebel, Michael | 61 |
| Yousaf, Amina | 83 |